

Die Politische Meinung

PROPHEZEIUNGEN

—
Hilfreich oder schädlich?

ZUM SCHWERPUNKT Martina Heßler, Zur Bedeutung von Technikvisionen; Norbert Bolz, Warum Prognosen sinnlos sind; Udo Di Fabio, Über Samuel Huntington und den „Clash of Civilizations“

ZUKUNFTSBILDER INTERNATIONAL Michela Wrong, Afrika zwischen Enthusiasmus und Depression; Ansgar Graw, Über das asiatische Jahrhundert

REPORTAGE Nils Wörmer und Lucas Lamberty, Stunde Null in Mossul

INTERVIEW Norbert Lammert, Über die Zukunft der Demokratie

WÜRDIGUNG Roland Koch, Zum 85. Geburtstag von Bernhard Vogel

”

Komplexität ist unser postmodernes Schicksal. Und gerade deshalb haben die Verheißungen von Einfachheit, Echtheit und Glaubwürdigkeit heute Hochkonjunktur.

Norbert Bolz

Der Blick in die Geschichte von Technikvisionen zeigt, dass sie ernst zu nehmen sind; nicht als Vorhersagen, sondern als Teil der Frage, wie Menschen leben wollen.

Martina Heßler

Wenn sich alles verändert und wenig konstant bleibt, dann unterscheidet sich die Zukunft so vollständig von der Vergangenheit, dass die Ökonomik orientierungslos wird.

Thomas Straubhaar

Unsichere Zeiten, fundamentalistische Polarisierungen und strikte Milieubildungen [...] erfordern reflektierende und ethisch gebildete Bürger [...]. Das erübrigt den Rat des „Propheten“ – egal, ob er wahr ist oder falsch.

Michael Utsch

Visionäre Zustände kommen nur dann, wenn wir sie herstellen.

Norbert Lammert

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Wer über ein intaktes Gedächtnis verfügt, wird auf prophetische Aussagen wenig geben. Insbesondere die „Trefferquote“ früherer Endzeitszenarien – von Atomtod bis Waldsterben – erwies sich bis heute als gering. Seltsamerweise haben aber zuletzt Ereignisse, die kaum jemand vorausahnte, wie die Flüchtlingskrise, der Brexit oder der Wahlsieg Donald Trumps, die Bereitschaft erhöht, sich wieder verstärkt auf derartige Prophezeiungen einzulassen. Eine diffuse, oft vom persönlichen Wohlergehen losgelöste Beunruhigung, dass etwas nicht stimmt und irgendetwas passieren müsse, reizt die Phantasie und lässt nüchternen Realitäts- und Möglichkeitssinn allzu schnell inspirationslos erscheinen. Dabei gerät die deutsche, vor allem aber die europäische Politik mehr und mehr in den Ruf, nur ewige Krisen zu verwalten. Zukunft als Leerstelle ist noch eine temperierte Negativprophetie. Meist bleibt es nicht unter dem Selbstmord des Kontinents.

Die Unterscheidung zwischen wahren und falschen Propheten ist ein biblisches Thema. Die gestiegene gesellschaftliche Fieberkurve macht sie wieder aktuell. Woran lässt sich erkennen, was eine valide Vorausschau eines imaginationskräftigen Zeitgenossen ist? Warnt sie vor Gefahren? Beflügelt sie die politische Phantasie? Oder entstellt sie die Wirklichkeit? Führt sie in die Irre und verleitet so zu neuem politischen Abenteuerum? Ist die Prophezeiung am Ende selbst Ursache ihrer Verwirklichung?

Eric Blair alias George Orwell entwarf 1948 mit dem Roman *1984* ein Zukunftsbild, das pessimistischer nicht sein könnte. Doch indem seine Horrorvision darauf zielte, die Realisierung der Möglichkeiten, die er in der Gegenwart angelegt sah, mit allen Mitteln zu verhindern, ist *1984* das Gegenteil von Defätismus. Bald siebzig Jahre nach Orwell scheint manche dunkle Prophezie geeigneter, die befürchtete Katastrophe zu beschleunigen, als sie aufzuhalten. Der prophetische Geist wird leicht zum Gespenst, wenn er Ängsten immer nur neue Bilder gibt – ohne Rettung in Sicht, ohne Antrieb.

Darf man prophetisch sein, ohne die Konsequenzen zu erwägen? Manche lehnen jegliches Bedenken als Zwangsjacke des Freigeistes ab. Michel Houellebecq, der unablässig die Unverantwortlichkeit des Autors predigt, sagte auf die Frage, ob er dem Front National mit der Vision einer islamischen Republik auf französischem Boden eine Steilvorlage geliefert habe: Noch nie habe ein Leser wegen eines Romans seine Weltanschauung geändert! Man könnte versucht sein, dies zu bezweifeln. Noch besser ist es aber, die offenen Fragen politisch zu „bearbeiten“, die Ursachen und Katalysatoren der gesellschaftlichen Verunsicherung sind. Damit wäre die Endzeit für Apokalyptiker erneut eingeläutet.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Prophezeiungen – hilfreich oder schädlich?

14 DER VISIONÄR ALS WAHRER REALIST

Martina Heßler

Zur Bedeutung von Technikvisionen

20 KOMPLEXITÄT IST UNSER SCHICKSAL

Norbert Bolz

Warum Prognosen sinnlos sind

31 VERFÜHRERISCHES GEHIRN

Stephan Schleim

Prophezeiungen und Mythen
der Neurowissenschaften

41 VOM SIEG DER LIBERALEN DEMOKRATIE

Matthias Oppermann

Der Liberalismus und die These
vom „Ende der Ideologien“

46 KEIN OSWALD SPENGLER

Udo Di Fabio

Samuel Huntington und
der „Clash of Civilizations“

56 NEUE MORGENRÖTE?

Norbert Seitz

Über regressive Utopien des
Kommunismus

61 NICHT SO SIMPEL!

Alexander Brakel

Francis Fukuyamas „Ende
der Geschichte“

71 „BLÜHENDE LANDSCHAFTEN“

Thomas Straubhaar

Vorhersagen über die Wohlstands-
entwicklung gestern und heute

77 PICHTS „BILDUNGS- KATASTROPHE“

Heinz-Elmar Tenorth

Falsche Diagnose oder Anstoß zur
notwendigen Modernisierung?

89 A NEVER ENDING STORY?

Roland Steinacher

Römische Antike und die Prophezeiung
des Untergangs

96 FALSCHER PROPHETEN

Michael Utsch

Wann Menschen besonders empfänglich
für sie sind

Interview

24 VISIONEN IN DER POLITIK

Norbert Lammert über die Zukunft
der Demokratie

110 ETWAS UNTERNEHMEN IN DER PFLEGE

Die neue Bundesvorsitzende der
Wirtschaftsjunioren Kristine Lütke
über Unternehmen und Pflege

Zukunftsbilder international

51 „ES IST KOMPLIZIERT“

Michela Wrong

Afrika zwischen Enthusiasmus
und Depression

66 ES WIRD, WIE ES WAR

Ansgar Graw

Über das asiatische Jahrhundert

85 DAS TICKEN DER „DOOMSDAY CLOCK“

Michael Rühle

Nukleare Prophezeiungen und
Prognosen gestern und heute

Gelesen

36 „PROPHETE RECHTS, PROPHETE LINKS“?

Michael Braun

Utopien in der Gegenwartsliteratur

106 AUCH JENSEITS VON TERROR UND LEID

Stefan Meining

Ansätze zur Bewältigung der
IS-Schreckensherrschaft

119 „DIE UNGEDULD IST KEINE POLITISCHE GABE“

Hermann Wentker

Über die Deutschland- und Ostpolitik
Bernhard Vogels

Reportage

100 STUNDE NULL IN MOSSUL

Nils Wörmer, Lucas Lamberty
Eindrücke aus der ehemaligen
„Hauptstadt des Islamischen Staates“

Würdigung

115 LEHRMEISTER MIT INNEREM KOMPASS

Roland Koch
Zum 85. Geburtstag von Bernhard Vogel

Aus der Stiftung

123 DER WEG ZUR MODERNEN VOLKSPARTEI

Kathrin Zehender
Die CDU in den 1970er-Jahren

126 FUNDSTÜCK



Über den Wolken?

Tomás Saraceno Projekt „Aerocene“

Brandenburg, Schönfelde am 22. Juli 2017 (Cover; S. 4) und
Müncheberg, 23. September 2017 (S. 6 ff.):

Frühmorgens heben gigantische Ballonskulpturen allein durch die Kraft der Thermik – ohne Motor, ohne Gas oder Solarzellen – sanft vom Boden ab. Über der Müncheberger Kiesgrube schweben mit einem Durchmesser von acht Metern die größten „thermischen“ Flugobjekte, die je gebaut worden sind.

Tomás Saraceno – Künstler, Forscher, Ökologe und Gesellschaftstheoretiker – kooperiert etwa mit großen Raumfahrtagenturen wie der NASA, ist Inhaber mehrerer Patente. Kunst und Ingenieurwissenschaft in einem: Seine Projekte verstehen sich als offene Plattformen zur experimentellen Forschung.

Alles Erdschwere – alte Denkschablonen, Skeptizismus und Pessimismus – scheinen seine Schwebekörper spielerisch hinter sich zu lassen. Visionäre Geister eines nachhaltigen Umgangs mit Klima und Natur müssen also nicht notwendigerweise von apokalyptischem Ingrimmt erfüllt sein. Vielleicht geht es heute doch nicht allein darum, das Schlimmste zu verhindern? Tomás Saraceno jedenfalls arbeitet an frei schwebenden, modularen „Wolkenstädten“.

Fotos: © Studio Tomás Saraceno, Courtesy the Aerocene Foundation
Photography licensed under CC-BY-SA 4.0 2017

Prophezeiungen

Hilfreich oder schädlich?









Der Visionär als wahrer Realist

—
Zur Bedeutung von Technikvisionen

MARTINA HESSLER

Geboren 1968 in Bad Nauheim, Professorin für Neuere Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Elon Musk, ein ausgesprochen visionärer Unternehmer, warnte kürzlich vor den Gefahren künstlicher Intelligenz (KI). Er sprach ihr eine zerstörerische Kraft zu, bis hin zu dem Bedenken, sie könne zum Auslöser eines Dritten Weltkriegs werden. Drohnen, die autonom töten können, sah er als Realisierung der Science-Fiction-Reihe „Terminator“. Musk steht mit solchen dramatischen Visionen nicht allein; Stephen Hawking äußerte sich hinsichtlich der KI-Forschung ähnlich. Aus historischer Perspektive finden sich derartige, apokalyptisch anmutende Prophezeiungen für fast alle Schlüsseltechnologien, sei es für die Atomkraft, für die Gen- oder Nanotechnologie oder für die künstliche Intelligenz. Der Widerspruch ließ nach Musks Äußerung nicht lange auf sich warten. Der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg attestierte dem Warner Musk ein begrenztes Verständnis der Materie, das zu Ängsten führe.

Zukunftsvisionen sind seit jeher umstritten. Die Debatte ist oft von einer Polarität der Enthusiasten und euphorischen Visionäre auf der einen und der Kritiker und Warner auf der anderen Seite charakterisiert. Wechselseitig werfen sie sich Unkenntnis, Hysterie, Leichtsinn oder Blindheit vor.

Technische Wunschbilder und Zukunftsvorstellungen gibt es, so betonte der Philosoph Ernst Bloch, bereits in Märchen, in denen beispielsweise ein Schlaraffenland existiert, Siebenmeilenstiefel oder Tarnkappen zur Verfügung stehen. Insbesondere das orientalische Märchen entfalte mit seinen technisch-magischen Phantasien, wie Bloch schrieb, den vollen „Glanz technischer Wunschbilder“. In der Bibel gibt es Propheten, die Antike kannte das Orakel, das Mittelalter ist voller Apokalyptiker und Seher.

IM WARTESAAL DER ZUKUNFT

Dass man *in die Zukunft* als ein offenes Geschehen denkt und darüber streitet, wie sie aussehen wird und soll, ist jedoch ein modernes Phänomen. Glaubte man im Mittelalter an das „Buch des Schicksals“, in dem die Zukunft festgeschrieben sei, so bildete sich, wie der Historiker Lucian Hölscher herausgearbeitet hat, im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts in Westeuropa unsere moderne Zukunftsvorstellung heraus. Das Konzept einer offenen und damit von Menschen gestaltbaren Zukunft entstand. Im 20. Jahrhundert versuchte die Futurologie, mannigfach Systeme zu entwickeln, um die Zukunft wissenschaftlich vorauszusagen. Sie wurde zum Objekt wissenschaftlicher Forschungen. Die Annahme ihrer Gestaltbarkeit machte es – das ist der Zwang der Moderne – nicht nur möglich, sondern vielmehr notwendig, Zukunftsentwürfe zu liefern, zu diskutieren und über die „richtige“ Zukunft zu streiten. Die Menschen befinden sich im Wartesaal der Zukunft, von wo aus sie versuchen, sie zu gestalten.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass immer wieder die Frage gestellt wird, ob Zukunftsentwürfe, seien es Visionen, Prophezeiungen oder Prognosen, Wirklichkeit werden. Der Wert eines Zukunftsentwurfs scheint sich daran zu bemessen, ob er sich realisiert. Nicht selten werden Beobachtungen geäußert, wie auch von Elon Musk, dass Aspekte aus dem Science-Fiction-Genre Realität zu werden scheinen. Vor nicht allzu langer Zeit fragte ein Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*, inwieweit Ideen aus der Kultserie „Star Trek“ Wirklichkeit geworden sind.¹ Der Autor konstatierte, dass die in der Science-Fiction verwendete Technik heute teils eine Selbstverständlichkeit geworden sei: die Funkgeräte vom Typ „Kommunikator“, die in der intergalaktischen Diplomatie so bedeutsame Videotelefonie oder der „Replikator“, der ungefähr dem 3-D-Drucker entspreche. Das „Beamern“ beziehungsweise die Teleportation allerdings stelle, so das Resümee, noch immer eine technische Vision dar, auf deren Verwirklichung zu warten sei.

Vielfach lassen sich solche – teils sehr kurzweiligen – „Evaluierungen“ vergangener Visionen finden. Gleichwohl verkürzt diese Frage die Bedeutung und Funktion von Zukunftsentwürfen. Es gibt gleichermaßen viele Beispiele für „Irrungen und Wirrungen“, wie sie kürzlich Joachim Radkau in einem Buch beschrieb², ebenso wie Beispiele für Visionen, die in ähnlicher Form verwirklicht wurden wie der Replikator aus der Star Trek-Serie. Sicher ist allerdings: Die Zukunft tritt selten so ein, wie sie sich die Zeitgenossen ausdachten. Zu komplex ist das Zusammenwirken unzähliger Akteure, zu wenig linear das Handeln der Menschen, zu überraschend und komplex sind die „Volten“ der Natur, seien es Vulkanausbrüche, Hochwasser oder Erdbeben, die die Menschen trotz ausgefeilter wissenschaftlicher Prognosemethoden noch allzu oft unvorbereitet treffen. Die primäre Funktion von Zukunftsentwürfen ist nicht, Zukunft *vorauszusagen*. Ihre Bedeutung und ihre Funktionen sind weitaus komplexer.

„STAR TREK“ ALS INSPIRATION

Visionen sind eine Möglichkeit, Neues zu denken, Ideen zu entwickeln, sie auszumalen und auch auszutesten. Dass beispielsweise Science-Fiction vielfach als Inspirationsquelle für Naturwissenschaftler und Ingenieure diente, ist bekannt. Das scheinbar Phantastische wurde zum Leitbild der Technikentwicklung. Ernst Bloch, Philosoph des „Prinzips Hoffnung“, sprach davon, das Unvorstellbare möglich zu machen, es überhaupt in den Horizont der Phantasie zu bringen. Jules Vernes durchaus satirisch zu lesende Technikvisionen formulierten die Idee einer Rakete, machten sie anschaulich und greifbar, sodass sich über Jahrzehnte lang eine Gruppe von Enthusiasten und begeisterten Technikern so intensiv damit beschäftigten, bis Menschen 100 Jahre später zum Mond flogen.

Technikvisionen ermöglichen es, wie auch Brigitte Felderer in ihrem Buch *Wunschmaschinen*³ schreibt, „Unvorstellbares denkbar zu machen, ein Bild des Noch-nie-Gesehenen zu entwerfen“. Sie liefern „plausible Bedeutungen [...] für Vorgänge, die eigentlich außerhalb unseres Wissens und unserer Vorstellungswelt liegen“.

Damit wird eine Idee, und dies ist eine weitere Funktion von Zukunftsvisionen, zur Verhandlungsmasse. Die in der Vision entworfene Technik wird zum Thema gesellschaftlicher Diskurse, in denen ihr Sinn, ihre Versprechungen und ihr Nutzen diskutiert werden. Daher erzählen Technikvisionen zu meist Geschichten, die Technik in ihren Möglichkeiten präsentieren und verständliche Erklärungen bieten, wozu sie zu gebrauchen ist. Sie beschränken sich nicht allein auf die technische Darstellung, sondern entwerfen zugleich gesellschaftliche Szenarien, Bilder der Nutzung und meist auch eine mit der Vision verbundene heilere Welt oder – ganz im Gegenteil – mögliche Gefahren.

Visionen sind notwendiger Teil eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, wie die Zukunft aussehen soll. Vor allem seit dem 20. Jahrhundert stellt technofuturistisches Denken ein bedeutendes Element der Technikdiskurse dar, indem Technologien als Lösung gegenwärtiger und künftiger Probleme interpretiert und verhandelt werden. Lange bevor etwas technisch realisierbar ist, wird es uns vorgeführt, können wir darüber diskutieren, es uns vorstellen und uns daran gewöhnen.

GEDANKENEXPERIMENTE MIT GEWÖHNUNGSEFFEKT

Denn neben der Funktion von Visionen, völlig Neues zu denken und in ihrer Zeit teils skurril wirkende Ideen auszuprobieren, ist einer ihrer Effekte, dieses Neue und scheinbar Unmögliche vertraut zu machen. Ein Beispiel ist das Konzept des autonomen Fahrens. Bereits im Jahr 1914, als die Idee eines Autopiloten für Flugzeuge entwickelt wurde, diskutierte man auch, ob Automobile „selbst fahren“ könnten. Was in dieser Zeit der beginnenden Automatisierung phantastisch schien und zudem nicht in das Bild des sportlichen „Selbstfahrers“ passte, kommt in den folgenden Dekaden immer wieder als Idee vor, wie Felix Krämer herausgearbeitet hat. Der US-amerikanische Verkehrserziehungsfilm *The Safest Place* aus dem Jahr 1935 zeigte ein eigenständig fahrendes Auto als Vorbild für korrektes, regelkonformes und sicheres Fahren. Auf der New Yorker Weltausstellung 1939 wurde das autonome Fahren als Vision spektakulär inszeniert. In den 1950er-Jahren sind in amerikanischen Magazinen Bilder von futuristischen Wagen abgedruckt, in denen Familien entspannt sitzen und spielen oder lesen.

Es ging in diesen Konzepten um das Schaffen von Bildern und Erwartungen. Sie stellen den Vorlauf der Realisierung dar. Lange Zeit schienen diese Bilder Spielereien und unrealistische Phantastereien. Doch sind sie gleichwohl ein Leitbild der Technikentwicklung, das in kleinen Schritten umgesetzt wurde. Die lange gültige Einschätzung, dass Visionen von selbststeuernden Automobilen in den Bereich der Science-Fiction gehören, unterschätzt den langen und schrittweisen Prozess der Automatisierung im Automobilbereich. Seit den späten 1950er-Jahren gibt es sogenannte Fahrerassistenzsysteme: den Tempomaten, das Antiblockiersystem, Bremshilfen, den Abstandshalter bis hin zu Einparkhilfen. Visionen, die in der Welt sind, werden häufig nach und nach verwirklicht. Das autonome Fahren beginnt nun auf der Autobahn, nicht im komplexen Stadtverkehr. Der langsame Gewöhnungseffekt, die Teilschritte, mit denen Visionen „erreicht“ werden, werden in der Regel übersehen, wenn nach dem Realitätspotenzial von Visionen gefragt wird.

Auch die Visionen Ray Kurzweils, der das Ende der Menschen im herkömmlichen Sinne prognostiziert und ihre Zukunft als körperlose Wesen auf

einem digitalen Chip sieht, scheinen heute zu den grenzenlosen Phantastereien überdrehter Naturwissenschaftler zu gehören. Kurzweil weist aber auf einen wichtigen Punkt hin: Den Menschen scheint ein Gehirn auf dem Chip unmöglich und unvorstellbar. Doch vollzieht sich die Entwicklung, wie er betont, in kleinen Schritten. Inzwischen wandert Technik in Chipform unter die Haut, Menschen bezeichnen sich als „Cyborgs“, die Grenze zwischen künstlicher Technik und scheinbar natürlichem Körper ist längst verwischt. Kurzweil prognostiziert daher eine schrittweise Gewöhnung und Technikentwicklung. Das digitale menschliche Gehirn der „posthumanen“ Menschen wäre dann nur der Endpunkt einer allmählichen Entwicklung, in der ein Gedanke, der heute absurd erscheint, immer vertrauter und gleichsam natürlicher wird.

GRENZEN DES VORSTELLBAREN

Gleichwohl zeigt ein Blick in die Geschichte vergangener Technikvisionen ebenfalls, wie sich diese im Laufe der Zeit verschieben, verändern und insbesondere, dass es immer durch die Zeit bedingte Grenzen des Vorstellbaren gibt. Dies veranschaulicht die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandene Dystopie des Internet von E. M. Forster mit dem Titel *Die Maschine steht still*.⁴ Der Informatiker und Internetkritiker Jaron Lanier kommentierte, es handle sich vermutlich um „die früheste und wahrscheinlich auch heute noch treffendste Beschreibung des Internet“. Forster zeichnet eine beklemmende, in der Apokalypse endende Dystopie. Anfangs dominiert Bequemlichkeit und grenzenlose Verfügbarkeit. Alles, was die Menschen wünschen, erhalten sie per Knopfdruck, sei es die Kommunikation mit anderen Menschen, sei es eine ärztliche Diagnose, ein Buch oder ein warmes Bad. Die „Maschine“, die das alles ermöglicht, ist ein technisches System, das im Hintergrund verbleibt. Doch endet alles im Stillstand der Maschine, womit – gleichsam mit dem totalen Versagen einer kritischen Infrastruktur – das Leben unmöglich wird.

Technikvisionen und auch Forsters Dystopie sind in zweifacher Weise zeitgebunden. Sie sind stets eine Kreuzung aus Vergangenheit, erlebter Gegenwart und Fiktionen. Forster kannte die Telegrafie, die Telefonie sowie die zeitgenössischen Diskurse um das Verschwinden von Raum und Zeit – Konzepte und Gedanken, die er weiterspannt. Die Zukunft hat jeweils, mit einem späteren Wort Robert Jungks, schon begonnen.

Was jedoch fehlt in Forsters in vieler Hinsicht hellseherischen Vision, ist Angst vor Kontrolle und das Thema der Überwachung. Kontrolle war nicht das zentrale und beunruhigende Problem seiner Zeit, das die Zukunftsentwürfe anleitete. Dies änderte sich seit den 1920er-Jahren mit den großen Kontrolldystopien von Jewgeni Samjatin, Aldous Huxley und George Orwell. So wie die Visionen und Dystopien einerseits ihre Gegenwart spiegeln, die sie

phantasievoll verlängern, so liegen andererseits in den zeitgenössischen Denk- und Problemkonstellationen Grenzen der Phantasie.

Zukunftsentwürfe sind immer Exkursionen in eine unbekanntere Zukunft, die dabei zugleich den Grenzen des gegenwärtigen Denkens unterliegen. Die Frage, ob Visionen Wirklichkeit wurden, ob Prognosen eintrafen, ist daher zu schlicht. Zum einen kann es viele Jahrzehnte dauern, gar Jahrhunderte, bis eine vormals gedachte Vision Wirklichkeit wird. Zum anderen handelt es sich häufig nur noch um die Grundidee, den Kern einer Vision, während die gesellschaftlichen und kulturellen Kontexte die Bedeutung und Wirkung der Idee veränderten. Zukunftsentwürfe treten nie so ein, wie sie die Zeitgenossen gedacht haben, aber nicht selten in verschobener Form. Dies liegt auch daran, dass Visionen Teil des notwendigen und unabdingbaren gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses über die Zukunft sind und diese mitgestalten. Im Wartesaal der Zukunft wird mit Entwürfen und Visionen die Zukunft gestaltet, die häufig viel später und anders kommt.

DENKANSTÖSSE, EXPERIMENTALRÄUME UND KOMPASS

Der Blick in die Geschichte vergangener Visionen lässt sich zweifellos als skurrile und amüsante Geschichte phantastischer Ideen von fliegenden Autos, Menschen auf dem Mars oder „gebeamteten“ Sternenflottenoffizieren schreiben; auch als Geschichte stets falscher Erwartungen. Sie lässt sich jedoch auch erzählen als eine Geschichte der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse über die Zukunft, über identifizierte Probleme und über angedachte Lösungen, über Wunschvorstellungen, wie die Gesellschaft auszusehen habe.

Der Blick in die Geschichte von Technikvisionen zeigt, dass sie ernst zu nehmen sind; nicht als Vorhersagen, sondern als Teil der Frage, wie Menschen leben wollen. Sie sind Denkanstöße, Experimentalräume und Kompass. Sie sind Teil der Zukunftsgestaltung, auch wenn sie wieder vergessen wurden, es anders kam, sie „nur“ in verschobener Version oder nach vielen Jahren in völlig anderen Kontexten Realität werden. Der einzig wahre Realist sei der Visionär, so der italienische Regisseur Federico Fellini.

¹ Christian Endt: „Mr. Spock lebt“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.12.2016, www.sueddeutsche.de/wirtschaft/science-fiction-mr-spock-lebt-1.3306446 [letzter Zugriff am 02.11.2017].

² Joachim Radkau: *Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute*, München 2017.

³ Brigitte Felderer: *Wunschmaschine Welterfindung. Eine Geschichte der Technikvisionen seit dem 18. Jahrhundert*, Wien / New York 1996.

⁴ Edward Morgan Forster: *Die Maschine steht still*, Hamburg 2016 [1909].

Komplexität ist unser Schicksal

—
Warum Prognosen sinnlos sind

NORBERT BOLZ

Geboren 1953 in Ludwigshafen am Rhein, Medien- und Kommunikations-theoretiker sowie Designwissen-schaftler, Professor für Medienwissen-schaft an der Technischen Universität Berlin.

Moderne Politik ist durch das Problem der Unplanbarkeit definiert. Ideologie, das *grand design* der Politik, wird nur noch von Außen-seitern formuliert. Dass niemand das Patent-rezept hat, ist heute politische Selbstverständ-lichkeit. Unplanbarkeit ist ein wesentliches Charakteristikum komplexer Systeme. Doch

was bedeutet das? Zunächst einmal besteht Einigkeit darüber, dass unsere Welt hochkomplex ist. Doch das bedeutet mehr als nur „nicht einfach“. Einfachheit ist nicht der Gegensatz von Komplexität – das wäre ein zu simples Verständnis des Begriffs. Das Problem der Komplexität taucht also bereits in ihrer Bedeutung auf.

„Komplex“ heißt für uns meist *zu* komplex – für unser vertrautes lineares Denken. Wenn sich dieses lineare Denken eine Vorstellung von Komplexität macht, ergeben sich zwei Grundformen: das Chaos und die Blackbox. Unfassbare Komplexität erscheint als Unordnung, erzeugt den Anschein von Chaos – man spricht dann gern von der „neuen Unübersichtlichkeit“. Das betrifft zum einen vor allem Großsysteme, die „irgendwie“ funktionieren – die

Börse etwa. Zum anderen treffen wir immer wieder auf komplexe Sachverhalte, die wir zwar „beherrschen“, aber nicht verstehen – zum Beispiel Computer. Hier sprechen wir von Blackboxes, deren Magie darin besteht, dass sie auf einfache Weise funktionieren, aber über eine hochkomplexe Struktur verfügen. Je komplexer unsere Welt wird, desto dringlicher wird die Gestaltung der Schnittstelle zwischen Menschen und Systemen, das sogenannte *Interface-design*, das sich mit der Gestaltung von Benutzeroberflächen zwischen Mensch und Maschine beschäftigt und dessen Heilsversprechen lautet: Orientierung im Unübersichtlichen, Mustererkennung im Regellosen, Sinn im kaleidoskopischen Wechsel.

Komplexität ist unser postmodernes Schicksal. Und gerade deshalb haben die Verheißungen von Einfachheit, Echtheit und Glaubwürdigkeit heute Hochkonjunktur. Unser Problem ist nämlich, dass wir nur simplifizierend auf die Komplexität unserer Welt antworten können. Politiker haben längst von der Illusion eingreifenden, geplanten Handelns Abschied genommen und rechnen „stattdessen“ mit dem Geschehen. Das Provisorische wird zum Dauerzustand, und nichts ist heute stabiler als die Funktion „bis auf Weiteres“. Aus Überkomplexität folgt für die Politik ein Vorrang der Praxis. Jeder Politiker entscheidet nämlich unter dem Zwang zur Verkürzung. Deshalb darf er es „so genau“ gar nicht wissen wollen. „Als ob“, „stattdessen“, „bis auf Weiteres“ – das soll besagen: Man hat nie genug Eigenkomplexität, um auf die Umwelt angemessen zu reagieren; deshalb braucht man Reduktionen und Kompensationen.

KOMPLEXE KOMPLEXITÄT

Offenbar handelt es sich bei Komplexität um einen autologischen Begriff, das heißt einen Begriff, den man sinnvollerweise auf sich selbst anwenden kann. Und das bedeutet: Der Begriff Komplexität ist selbst komplex. Das zeigt sich, wie schon gesagt, daran, dass Komplexität nicht einfach das Gegenteil von Einfachheit ist. Und Komplexität bedeutet auch nicht Kompliziertheit. Wenn man ein System komplex nennt, ist immer mitgemeint, dass wir es mit Verknüpfungen von Fall zu Fall zu tun haben. Das kann man sich gut an Netzwerken wie dem Internet verdeutlichen. Diese Verknüpfungen von Fall zu Fall schließen aber jede strukturelle Eindeutigkeit aus; es gibt kein Flussdiagramm des Komplexen. Komplexität heißt demnach: Es fehlen Informationen, um sicher zu rechnen. Auf organisatorischer Ebene – also etwa für Firmen oder Regierungen – bedeutet das jedoch: Je komplexer ein System ist, desto wahrscheinlicher werden Fehlentscheidungen getroffen. Und auf der Stuebene der Algorithmen – zum Beispiel im Softwaredesign – bedeutet es: Kein komplexes Programm ist fehlerfrei; es gibt kein Ende des Debuggings, der Fehlerbeseitigung.

So kommt der Zufall ins Spiel. Man könnte geradezu sagen: Komplexität ist ein Maß für den Zufall; sie zwingt Systeme, sich auf Zufälle einzustellen. In unserer sozialen Erfahrung zeigt sich das im Schwinden des Konformismus, in der Unverbindlichkeit der Tradition und an der Unvorhersehbarkeit der Karriere. Konstant ist nur der Eindruck: Das war nicht zu erwarten. Je komplexer eine Gesellschaft ist, desto wahrscheinlicher wird abweichendes Verhalten. Daher können wir komplexe Gesellschaften als Zufallsgeneratoren modellieren. Die Börsenkurse, die Karrierechancen, die Prognosen der Wissenschaftler – wahrscheinlich ist nur: Morgen ist es anders! Und niemand kann bei der Informationsflut und der Fülle von Optionen auf dem Markt auf die Frage antworten: Was ist wichtig? Weil alles auch anders möglich wäre und niemand verbindlich sagen kann, was wichtig ist, ist alles Handeln eine Verkettung zufälliger und deshalb riskanter Entscheidungen.

Kein Mensch und kein System könnte unter dem Trommelfeuer der Daten und Optionen existieren. Es geht nicht ohne Reizschutz beziehungsweise Ignoranz. Ein Filter reduziert Komplexität, indem er eine gewisse Informationsmenge als „Noise“, als Rauschen, ausblendet. Damit funktioniert das Bewusstsein als Reizschutz; so funktioniert auch das Ohr als – mit den unnachahmlich präzisen Worten des US-amerikanischen Mathematikers Norbert Wiener – frequenzbandbescheidender Empfänger. Auf diese Weise funktionieren die Massenmedien mit ihrem Filter der Sensation. Das Problem ist nur: Die Reduktion der Komplexität von innen steigert die Komplexität von außen. Das klingt kompliziert, ist aber ganz einfach zu verstehen: Die Politik etwa bezieht sich auf eine Umwelt, die aus extrem unterschiedlichen Individuen besteht: unterschiedlich in Begabung, Einkommen, Risikobereitschaft und Initiative. Um nun diese Individuen „gleich“ zu behandeln, die Unterschiede also zu reduzieren, bedarf es einer ungeheuer komplexen Sozial- und Steuerpolitik. Aber jeder, der einmal an einer Universität war, weiß: Mehr Demokratie – im Sinne von Gleichheit aller – wagen heißt, die Bürokratie zu vermehren.

KRISE ALS NORMALZUSTAND

Komplexe Systeme sind ein Skandal für den Humanismus und ein Ärgernis für die Aufklärung, denn sie lassen wenig Raum für planende Vernunft, souveräne Subjekte und progressive Ideen. Je komplexer ein System nämlich ist, desto weniger ist es durch Befehle steuerbar; es lässt sich nicht einmal zentral überwachen. Die Patentrezepte der Gurus sind deshalb ebenso sinnlos wie die Reformprogramme der Meisterdenker. Komplexität schließt Rezepte aus. Sie bürdet alle Beweislast den Veränderern auf. Mit dem Wort „Krise“ simplifiziert und politisiert man hohe Komplexität. Im Klartext: Die Krise ist nicht Ausnahmezustand, sondern Normalform unserer modernen Existenz.

Auch der Humanismus verdeckt das Komplexitätsproblem. Seine Menschenfreundlichkeit besteht ja darin, die Welt am Maß des Menschen zu messen, also den Menschen für das, was geschieht, verantwortlich zu machen. Komplexität beschreibt aber gerade nicht Zurechnungsfähigkeit oder Zurechenbarkeit. Wenn ein Manager wegen spektakulärer Fehlinvestitionen entlassen wird oder ein Innenminister etwa wegen polizeilichen Fehlverhaltens den Hut nimmt, dann wird auf Einzelne zugerechnet, was sich „systemisch“ ergeben hat. Dass Einzelne in dieser Form „die Verantwortung übernehmen“, ist zwar nicht mehr als ein großes Als-ob, erfüllt aber das Bedürfnis nach Reduktion der Komplexität – man personalisiert das Problem.

Genau das tun auch die „Warner und Mahner“. Sie reduzieren Komplexität, indem sie Theorie- in Moralprobleme verwandeln. Wer in Diskussionen mit ihnen etwa auf Komplexität verweist, muss erfahren, dass er die ganze Last der Komplexität zu tragen hat und deshalb von jedem „Betroffenen“ zum Schweigen gebracht werden kann. Nicht nur, weil sie mediengerecht sind, setzen sich die Moraliserer in der Öffentlichkeit durch, sondern auch, weil sie die Psychologie auf ihrer Seite haben. Denn ein neues Denken hat gerade dann keine Realisierungschancen, wenn man es am dringendsten braucht. Unter Stressbedingungen greift man auf altvertraute Praktiken zurück – deshalb bleiben komplexe Ideen zumeist folgenlos.

APOKALYPSE UND STATISTIK

Im Allgemeinen will der gesunde Menschenverstand also nichts von Komplexität hören. Umso beliebter ist die Statistik. Man muss einmal fragen: Warum? Statistiken sind deshalb so beliebt, weil sie suggerieren, man könne komplexe Zusammenhänge ohne strukturelle Einsicht einfach durch Zahlenvergleiche verstehen. Jede Statistik „entorganisiert“ Komplexität und neutralisiert gegenseitige Abhängigkeiten. Damit ist Statistik ein ideales Werkzeug für den öffentlichen Umgang mit der Zukunft. Man könnte auch sagen: Die Statistik ist die wissenschaftliche Rhetorik des Vertrauens. Als Grundlage der Risikokommunikation tritt die Statistik gleichwertig neben die Angst rhetorik der „Warner und Mahner“. Auf die Frage „Wie geht man öffentlich mit Zukunft um?“ müssten wir also antworten: apokalyptisch und zugleich statistisch.

Nicht nur die Existenz von Zukunftsforschern und die ungebrochene Faszination für Science-Fiction, sondern auch der Sehnsuchtsruf jedes Managerseminars „Visionen für das nächste Jahrhundert“ macht deutlich, dass sich die Zukunft schon längst nicht mehr von selbst versteht. Der Fortschritt ist veraltet. Die Zukunft ereilt deshalb ein doppeltes Schicksal: Zum einen verschwindet sie in der Gegenwart, zum anderen verwandelt sich die Zukunft in das Risiko schlechthin. Mit anderen Worten: In einer riskanten Welt ist die Zukunft das ganz andere.

Visionen in der Politik

Norbert Lammert über die Zukunft der Demokratie

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, von 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages.

Herr Bundestagspräsident, welche politische Frage beschäftigt Sie nach der Bundestagswahl am meisten? Ich hätte einen Verdacht, aber vielleicht überraschen Sie mich.

Norbert Lammert: Wenn ich mich, was ich als etwas artifizuell empfinde, auf *die eine Frage* festlegen muss, dann ist es das Missverhältnis zwischen der objektiven

Lage, in der sich unser Land befindet, und der subjektiven Wahrnehmung dieser Lage vieler, wenn auch glücklicherweise nicht aller Zeitgenossen. Mit anderen Worten: Ich kann nicht erkennen, wann sich dieses Land politisch, wirtschaftlich, ökonomisch, auch kulturell in einer besseren Verfassung befunden haben sollte als gegenwärtig. Aber wir beobachten nicht ein korrespondierend hohes Maß an allgemeiner Zufriedenheit, sondern ein erstaunliches Ausmaß an Frustration.

Manche befürchten, dass es nicht nur bei Frustration bleibt, wenn nun eine Protestpartei mit klaren nationalistischen Tendenzen in den 19. Bundestag einzieht. Schließlich könnte das



© Deutscher Bundestag / Melde [CC BY-SA 3.0 de (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)], via Wikimedia Commons

Parlament als Plattform für eine völkische Agenda oder Verschwörungstheorien missbraucht werden.

Norbert Lammert: Diese Sorge habe ich persönlich nicht, sondern bin beinahe sicher, dass sich mindestens dieser Teil eines neu artikulierten oder eines mit neuen Adressen versehenen Protestbedürfnisses sehr schnell entzaubern wird. Dass die Richtungskämpfe schon vor der Konstituierung des Deutschen Bundestages zu Selbstaflöschungstendenzen dieser vermeintlichen „Alternative für Deutschland“ (AfD) führen würden, überbietet selbst meine eigenen Erwartungen für einen solchen, von mir durchaus erwarteten Prozess. Wenn wir im Übrigen aber über das Festmachen von Frust, von Enttäuschung, von Protest anderer politischer Gruppie-

rungen reden, dann muss man außer diesen, jetzt auf dem rechten Spektrum festgemachten Effekt der AfD natürlich auf der linken Seite auch die frühere PDS und SED und jetzige Linke nennen, die in ähnlicher Weise von einem erheblichen Teil ihrer Wählerinnen und Wähler nicht mit Blick auf ihre vermutete Gestaltungskraft gewählt wird, sondern als Adresse für ein Protestbedürfnis.

Die Selbstaflöschungstendenzen lassen erstaunen. Aber gibt es Ihrerseits – als nach zwölf Jahren scheidender Parlamentspräsident – einen Rat, was im parlamentarischen Alltag aktiv getan werden könnte?

Norbert Lammert: Nein, und schon gar nicht öffentlich. Wenn ich das Bedürfnis

gehabt hätte, mich auch in der 19. Legislaturperiode aktiv an diesem Teil parlamentarischer Urteilsbildung zu beteiligen, hätte ich wieder kandidieren müssen. Da ich mich anders entschieden habe, finde ich es nur passend, mich – wenn überhaupt – nur dann zu äußern, wenn ich gefragt werde, aber nicht, um alles von der Tribüne besser zu wissen als die Spieler auf dem Sportplatz.

Seit 1980 gehören Sie dem Deutschen Bundestag an. Sind Sie heute, kurz vor Ihrem Abschied aus dem Parlament, besorgter um den Zustand und die Zukunft der Demokratie in Deutschland als vor 37 Jahren?

Norbert Lammert: Der Vergleich ist schwierig, weil ich vor 37 Jahren 37 Jahre jünger war und man sich – wenn man um die Dreißig ist – weniger Sorgen um das eigene Land macht als vielleicht um die eigene berufliche oder familiäre Zukunftsperspektive. Zu den Kuriositäten der aktuellen Situation gehört, dass drei Viertel aller Deutschen ihre eigenen Verhältnisse für zufriedenstellend und gut geregelt halten, aber Zweifel an der Gerechtigkeit und Berücksichtigung der Interessen aller oder insbesondere offenkundig anderer haben. Wie ich eben gesagt habe, haben wir es mit einem Problem zu tun, das es in dieser Form anderswo in Europa nicht gibt, wo man sich das auch schwerlich vorstellen kann und vielleicht gern mit unseren Problemen tauschen würde. Aber wenn ich sagen würde, dass ich mir deswegen Sorgen um die Zukunft des eigenen Landes mache, müsste ich übertreiben. Denn ich schätze sowohl die Vitalität des Landes als auch die Stabilität unserer politischen Institutionen so hoch ein, dass ich keinen

Zweifel daran habe, dass auch solche Turbulenzen und Herausforderungen bewältigt werden.

Der Krisendiskurs um die Demokratie verlässt die deutschen Debatten seit Jahrzehnten nicht – Krise als Normalzustand gewissermaßen. Dennoch klingt die Warnung in Ihrer Abschiedsrede vor einem „Ausbluten der Demokratie“ dramatisch. Verdichten sich die Probleme doch zu einer Krise existenzieller Art?

Norbert Lammert: Ja, aber dabei geht es nicht um meine Einschätzung der Stabilität politischer Institutionen, sondern um eine Mischung aus Bequemlichkeit, bräsi-ger Zufriedenheit und erstaunlichem Frust.

Aber das eine lässt sich doch von dem anderen nicht trennen.

Norbert Lammert: Ja klar, sicher! Diese Stimmungslage, die nicht mit den tatsächlichen Verhältnissen korrespondiert, verkennet, wie sehr eine Demokratie – im Unterschied zu anderen politischen Systemen jedenfalls – von einem Mindestmaß an Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger lebt. Das droht, verloren zu gehen, weil es *neben* der Minderheit, die sich, aus welcher Art von Enttäuschung auch immer, abwendet, eine viel größere Zahl von Menschen gibt, die die Verhältnisse für so gut geordnet einschätzen, dass sie sich für hinreichend entschuldigt halten, sich selbst darum nicht mehr kümmern zu müssen.

Ist eine offene und selbstkritische Debatte über die Demokratie möglicherweise auch deshalb schwierig, weil man befürchten muss, destruktive oder

resignative Einstellungen noch größer zu machen, als sie in Wahrheit sind?

Norbert Lammert: Na ja, es gibt halt Übertreibungen in die eine wie in die andere Richtung. Der Eindruck der Verweigerung einer Debatte trägt erheblich zu dem Frust bei, der sich wiederum die Adressen sucht, von denen man lautstark die Artikulation des vermeintlich Unterdrückten und Verdrängten erwartet. Und nun – wie in kommunizierenden Röhren – wird die eine Übertreibung durch die nächste ersetzt und fokussiert die gesamte mediale, teilweise auch internationale Öffentlichkeit auf das Teilergebnis einer Bundestagswahl, das man erstens auch als eine mindestens Acht-Zehntel-Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für demokratische Parteien oder zweitens als eine Ergänzung der neunzehn Mitgliedsländer der Europäischen Union lesen kann, in denen es seit Jahren rechtspopulistische Parteien in Parlamenten gibt, nämlich um Deutschland, das bisher zu den wenigen Ausnahmen von dieser Regel gehörte. Es wird aber weder die eine noch die andere Relativierung prominent vorgetragen, sondern nur die befürchtete Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte, die, wenn man denn Zäsuren sucht, jedenfalls nicht die einzig bedeutende wäre, die es in den letzten Jahren festzuhalten lohnt.

Auch international entwickelt sich die Debatte über Demokratie und Freiheit nicht zum Besten: „Rückkehr der Autokraten“, „Postdemokratie“ sind nur zwei Stichworte. Von der Vorstellung eines weltweiten Triumphes der Demokratie, wie sie nach 1989 herrschte, sind wir gefühlte Lichtjahre entfernt. Inzwischen meinen die meisten, ein

demokratisches Rollback zu erleben. Halten Sie das positive Narrativ über Globalisierung und Demokratie für beendet – möglicherweise mit der Konsequenz, unseren universellen Anspruch auf Geltung von Demokratie und Menschenrechten einmotten zu müssen?

Norbert Lammert: Nein, ganz sicher nicht. Aber wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass auf dem Boden der europäischen Zivilisation über Jahrhunderte gewachsene Orientierungen ganz selbstverständlich universale Geltung hätten. Spätestens mit dem 21. Jahrhundert und den unter dem Sammelbegriff Globalisierung stattgefundenen Veränderungen ist die Zeit vorbei, in der sich Europa mit Aussicht auf Erfolg als natürliches Zentrum der Welt begreifen konnte. Nicht nur die zahlenmäßigen Relationen haben sich dramatisch zugunsten Europas und zugunsten anderer Weltregionen verschoben, sondern auch die wirtschaftlichen Gewichte verschieben sich tendenziell immer stärker und haben sich teilweise schon deutlich verschoben. Deswegen finde ich gerade vor diesem Hintergrund das leider nicht eingebil- dete Rollback in einer Reihe europäischer Staaten, weg von einer Vergemeinschaftung der Bewältigung von Herausforderungen zurück zu einem nationalen Alleingang, im wörtlichen Sinne anachronistisch. Das ist eine Orientierung, die aus der Zeit gefallen ist. An allen großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, und mit „wir“ meine ich jetzt die Europäer in Gestalt der Deutschen, der Engländer, der Franzosen, der Spanier, der Luxemburger, der Belgier oder der Balten, lässt sich mühelos zeigen, dass sie als Nationalstaat nicht bewältigt werden können.

Sie appellieren hier an die Vernunft. Aber wie sollte man mit den dunklen Prophezeiungen von Rechtspopulisten – etwa der „Islamisierung des Abendlandes“ – umgehen?

Norbert Lammert: Ich habe schon im Allgemeinen Mühe mit Prophezeiungen. Diese setzen nicht nur seherische Gaben bei den Propheten voraus, sondern auch eine Schicksalsergebenheit bei den Adressaten der Prophezeiung – was mir beides fremd ist. Ich kann sie als Phänomen registrieren, aber ich kann sie eigentlich als denkender Mensch nicht nachvollziehen.

Die Befürchtung einer „Islamisierung des Abendlandes“, die nicht nur mit Blick auf die Zahlen eine groteske Verzerrung einer stattfindenden Entwicklung darstellt, wird nur dann wenigstens halbwegs logisch plausibel, wenn sie von einer parallelen Entchristianisierung des Abendlandes ausgeht. Der Anteil der Menschen, die für diesen zweiten Teil einer befürchteten oder erwarteten Entwicklung verantwortlich sind, ist aber um ein Vielfaches größer als der Kreis derjenigen, denen man diese „Islamisierung des Abendlandes“ zutraut.

Sie sagen, dass sich diejenigen, die dieser vielfachen Mehrheit angehören, zu klein machen?

Norbert Lammert: Sie machen sich nicht nur zu klein, sie machen es sich auch zu einfach, was das logische Abtreten der eigenen Verantwortung angeht, um dann auf einer vermeintlich „grünen Wiese“ ein Naturereignis zu betrachten und zu beschwören, als hätte man damit nichts zu tun.

Rechtspopulisten schüren mit dunklen Prophezeiungen Ängste. Wenn wie in Michel Houellebecqs „Soumission“ Intellektuelle literarische Untergangsszenarien entwerfen, wird das teilweise gefeiert. Worin liegt der Unterschied? Sehen Sie – was das Buch betrifft – auch positive Aspekte?

Norbert Lammert: Ja, die sehe ich durchaus. Die Kunst im Allgemeinen und die Literatur im Besonderen hat nicht nur eine eigene Legitimation, sondern sie hat auch eine eigene Kompetenz, sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen in einer anderen Weise auseinanderzusetzen, als das Schulen, Parlamente oder Regierungen oder gar Gerichte tun müssten.

Ich persönlich finde mich als denkenden Zeitgenossen solcher literarischen Auseinandersetzungen am ehesten angesprochen, wenn sie mich herausfordern und zwingen, die angereicherte Conclusio des Autors oder des Regisseurs zu hinterfragen: Ist das eigentlich richtig oder maßlos überzeichnet? Das ist immer subjektiv – und ich würde da auch keinen Verallgemeinerungsanspruch erheben –, weil andere natürlich zu einer völlig anderen Wertung kommen können. Das Buch von Houellebecq und insbesondere auch die zu Recht gefeierte Inszenierung mit Edgar Selge in der Titelrolle fand ich aufklärend und erhellend. Aber glücklicherweise hat die Literatur genauso wenig einen Monopolanspruch wie die Politik, sondern kann und soll zur Deutung beitragen – allerdings nicht im Sinne von Prophezeiungen oder Erweckungserlebnissen, sondern in der Eröffnung von analytischen Zugängen, die einer Gesellschaft helfen, mit neuen wie mit alten Phänomenen sortierend umzugehen.

Haben wir als christliche Demokraten noch Träume, die groß genug sind, um sie den oftmals überwältigenden Albträumen – denken Sie an die atomaren Drohgebärden zwischen Nordkorea und den USA – entgegensetzen zu können?

Norbert Lammert: Das ist eine leider gute Frage. Wenn ich mich einmal selbst aus meiner Dresdner Rede zum 3. Oktober 2016 zitieren darf: Wir haben in Deutschland nicht das Paradies auf Erden, aber Millionen Menschen, die irgendwo sonst auf diesem Globus von einer besseren Zukunft träumen, vermuten das Paradies auf Erden nirgendwo häufiger als bei uns.

Wenn wir die inzwischen zwei Generationen währende deutsche Nachkriegsgeschichte betrachten, sind so viele Träume wahr geworden, die die Gründergeneration Ende der 1940er-Jahre für völlig unrealistisch hielt, dass das schon wieder einen Teil des Übermutes erklärt, mit dem wir uns vorhin beschäftigt haben. Nichts ist schwieriger, das sagt mir meine politische Lebenserfahrung, als für eine stabile Demokratie im Normalzustand Leidenschaften zu erzeugen. Ausnahmezustände erzeugen ihre eigene Dynamik und Begeisterungsfähigkeit. Aber hier appelliere ich wiederum an den Verstand und nicht an den Bauch: Wir können uns doch nicht ernsthaft Ausnahmezustände als Dauerzustände wünschen, um auch für satte Demokraten Begeisterung zu erzeugen.

Im Getümmel der Koalitionsbildung wird der Vorwurf der Visionslosigkeit, vielleicht sogar der fortgesetzten Visionslosigkeit, nicht ausbleiben. Was

ist von Visionen zu halten? Welche Bedeutung haben sie in der Politik? Wir alle kennen ja Helmut Schmidts Diktum: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen!“.

Norbert Lammert: Mir reicht es völlig aus, wenn ich von Leuten, die sich für Ämter bewerben und um meine Stimme werben, den Eindruck habe, dass sie wissen, wofür sie dieses Mandat eigentlich erteilt bekommen wollen. Mit anderen Worten: Ich erwarte von ihnen nicht eine Fortschreibung von Thomas Morus' „Utopia“ für das 21. Jahrhundert. Das war zweifellos eine Vision, die sich, wie wir heute auch genauer wissen, als wirklichkeitsfremd herausgestellt hat.

Zum Glück!

Norbert Lammert: ... und deswegen ist mein persönlicher Anspruch viel bescheidener. Aber darunter, finde ich, darf es dann auch nicht gehen. Die Verwaltung des Status quo reicht nicht einmal als Aufgabenbeschreibung einer Administration aus. Für politische Führung greift sie sicher zu kurz. Politik, Parteien, politische Institutionen und schon gar Menschen, die sich für wichtige Ämter zur Wahl stellen, müssen den plausiblen Nachweis führen können, dass sie wissen, was sie mit ihrem Amt eigentlich anstellen wollen. Sie müssen nachvollziehbare Ziele verfolgen, und sie müssen sich die regelmäßige Frage gefallen lassen, ob sie eigentlich noch auf dem Weg zu diesem Ziel sind, ob sich die dafür bisher in Anspruch genommenen Mittel als tauglich erweisen.

Der kürzlich verstorbene Heiner Geißler fand, dass der Satz von Helmut

Schmidt „großen Schaden angerichtet“ habe. Ohne visionäre Entwürfe und Konzepte gebe es seiner Meinung nach keinen Fortschritt. Wie viel Platz ist in der Politik für Weltverbesserer? Wie will man junge Menschen für Politik gewinnen, ohne den Schwung einer großen Idee?

Norbert Lammert: Als junger Abgeordneter und junger Parteivorsitzender im Ruhrgebiet habe ich von Heiner Geißler viel gelernt. Er war für mich nicht nur einer der wichtigsten Wegbegleiter, sondern gab Orientierung, ein Vorbild für mich, selbst wenn sich das ein bisschen zu schwülstig anhört. Aber ich setze dem Schmidt-Zitat die spekulative Vermutung gegenüber: Wenn der kritisierte Satz nicht von Helmut Schmidt gestammt hätte, hätte er auch von Heiner Geißler formuliert werden können.

Können Sie das näher erklären?

Norbert Lammert: Will ich eigentlich nicht. So viel Phantasie traue ich dem Leser zu, einschließlich der damit verbundenen Verunsicherung. Ich glaube, dass Heiner Geißler das, was ich zuvor gesagt habe, Satz für Satz unterschreiben würde: Politiker müssen etwas wollen und müssen sich auch befragen lassen. Und wenn sie keine Ziele haben, dann sollen sie nicht antreten und, und, und. Als Generalsekretär der CDU setzte Heiner Geißler etwas Profilierteres dagegen, wenn irgend-einer etwas Profilierteres sagte. Deswegen behaupte ich, wenn nicht ausgerechnet Schmidt diesen Satz gesagt hätte, hätte er

auch von Geißler stammen können, man hätte ihm oder der CDU nur mangelnde Visionen vorwerfen müssen.

„Dein Reich kommt, wenn dein Wille geschieht, auch auf Erden“, so lautet Ihre Textfassung für das „Vaterunser“ in der Neuvertonung der „Deutschen Messe“ vom Komponisten Stefan Heucke. Wie viel christlicher Hoffnungs-mut und wie viel politischer Realismus spiegelt diese Textvariante wider?

Norbert Lammert: Das „Vaterunser“ ist kein politisches Programm, weder ein Grundsatz- noch ein Wahlprogramm, es ist ein Gebet, und es ist auch nicht irgend-ein Gebet, sondern *das* Gebet. Meine Übersetzung ist ein Versuch, sich mit seinen Botschaften auseinanderzusetzen – oder ich sage es mal umgekehrt: Ich will mit meiner Übertragung eines vertrauten Textes in eine zum Widerspruch reizende neue Version ja gerade nicht den Anspruch erheben, einen bisher ständig missverstandenen Satz nun endlich in die korrekte Fassung zu bringen. Sondern ich will auch in diesem Zusammenhang an die Verantwortung von Christen für die ihnen übertragene Schöpfung erinnern und deswegen aus der für mich leicht passiv überinterpretierten tradierten Aussage „Dein Reich kommt“ – wie schön! Darauf müssen wir eigentlich nur warten – eine aktive Botschaft entwickeln, dass wir einen Auftrag haben. Visionäre Zustände kommen nur dann, wenn wir sie herstellen.

Die Fragen stellte Bernd Löhmann am 27. September 2017.

Verführerisches Gehirn

Prophezeiungen und Mythen der Neurowissenschaften

STEPHAN SCHLEIM

Geboren 1980 in Wiesbaden, Philosoph, promovierter Kognitionswissenschaftler und Associate Professor für Theorie und Geschichte der Psychologie an der Universität Groningen (Niederlande).

Spätestens seit den 1990er-Jahren sind die Neurowissenschaften „in“. Dies bescheinigte dieser bunten Mischung aus Wissenschaftsdisziplinen – unter anderem der Biologie, Chemie, Medizin, Informatik und Psychologie – kein Geringerer als der damalige Präsident der USA, George H. W. Bush. Mit seiner Proklamation einer „Dekade des Gehirns“ strömten

finanzielle Mittel und Aufmerksamkeit in die Erforschung des Nervensystems. Ziel: neurodegenerative Erkrankungen wie Alzheimer oder Parkinson besser zu verstehen und, typisch für amerikanische Verhältnisse, den „Krieg gegen Drogen“ zu unterstützen.

Wenige Jahre später folgte auch die Europäische Kommission diesem Trend. Im Jahr 2004 legte Deutschland nach: Elf, wie es hieß, führende Neurowissenschaftlerinnen und Neurowissenschaftler veröffentlichten ein Manifest „über Gegenwart und Zukunft der Hirnforschung“¹, das in den Medien

große Beachtung fand. Allerdings stieß das darin vermittelte Bild der Disziplin als einer Art Superwissenschaft des Menschen mit dem Ziel, „Geist, Bewusstsein, Gefühle, Willensakte und Handlungsfreiheit als natürliche Vorgänge“ zu erklären, auf Kritik. Selbstverständlich sollten die Fortschritte auch Patientinnen und Patienten zugute kommen.

Dass man den Neurowissenschaften weiterhin großes Potenzial beimisst, zeigt das 2013 von der Europäischen Union geförderte *Human Brain Project*.² Dabei steht die Vision im Zentrum, ein menschliches Gehirn in einem Supercomputer zu simulieren. Wie realistisch dieses Ziel ist und was es zum Verständnis des Nervensystems beitrüge, wird in der Fachwelt kontrovers diskutiert. Jedenfalls ist die Hälfte der Projektlaufzeit schon verstrichen.

WILLENSFREIHEIT – AUSGESCHLOSSEN?

Ich bestreite keinesfalls die Bedeutung der Neurowissenschaften, insbesondere angesichts älter werdender Gesellschaften. Die geschürten Erwartungen – einhergehend mit so mancher Prophezeiung – der letzten drei Jahrzehnte verdienen aber eine kritische Betrachtung. Zum einen befeuerte die Medienberichterstattung so manchen Hype; zum anderen verbreiteten sich selbst in der Wissenschaft „Neuro-Mythen“. Zu bedauern ist vor allem auch, dass die Dominanz der Neurowissenschaften in einigen Bereichen, etwa in der Psychiatrie, inzwischen zu verlorenem Wissen um konkurrierende Ansätze führte.

Ein Paradebeispiel für einen Hype um einen Mythos ist die Diskussion um die Willensfreiheit – und zwar sowohl im deutschsprachigen Raum als auch international. Vorweg sei betont, dass die Frage, wie sich die Freiheit des Menschen zu den Naturkräften verhält, mindestens seit der griechischen Antike immer wieder philosophisch, theologisch und naturwissenschaftlich diskutiert wurde. Auch im sogenannten Materialismusstreit im 19. Jahrhundert vertraten Physiologen die These, natürliche Determination lasse keinen Raum für Freiheit und erfordere eine Anpassung des Rechtssystems, vor allem des Strafrechts. Für das Argument bedarf es freilich keiner neurowissenschaftlichen Erkenntnisse. Ein auf die Spitze getriebener physikalischer Determinismus würde implizieren, dass *genau dieser Satz* schon zum Zeitpunkt des Urknalls vor Milliarden Jahren festgelegt war, und nicht im Moment meiner als frei erfahrenen Entscheidung dafür, ihn zu schreiben.

Relevanter als der Streit um Determinismus oder die philosophischen Antworten darauf ist in unserem Zusammenhang die Frage, auf welches Wissen man sich in der Hirnforschung berief, um Willensfreiheit auszuschließen.

Ausschlaggebend waren dafür Untersuchungen von Benjamin Libet (1916 bis 2007), der in den 1970er- und 1980er-Jahren mithilfe der Elektroenzephalografie (EEG) im Gehirn die zeitliche Dynamik von Bewusstseinsprozessen erforschte. Dabei wurde in der Diskussion behauptet, die Hirnaktivierung

zur kausalen Determination einer Bewegung würde bereits einige Hundert Millisekunden vor der bewussten Entscheidung für diese Bewegung auftreten. Mit anderen Worten: Das Gehirn habe längst unbewusst entschieden, wenn wir meinen, es bewusst zu tun. Am Rande sei erwähnt, dass Sigmund Freud (1856 bis 1939) bereits vor 100 Jahren ähnliche Thesen vertreten hatte.

FOLGENREICHE FEHLINTERPRETATIONEN

Dass Libet sich dieser Interpretation nicht anschloss und die entsprechende Gehirnaktivierung, das sogenannte Bereitschaftspotenzial, seinen Messungen zufolge auch *ohne* die Bewegung auftrat und daher nicht ihre (hinreichende) Ursache sein konnte, wurde bei der vorherrschenden Interpretation geflissentlich übersehen. Auch Gehirnstimulationsexperimente, die zeigen sollten, dass Menschen ihren eigenen Willen fehlinterpretieren, wurden falsch zitiert. So wurde behauptet, dass sich Patientinnen und Patienten fälschlicherweise eine Bewegung selbst zugeschrieben hätten, obwohl diese mit einem elektrischen Puls im Gehirn ausgelöst wurde. Tatsächlich weisen die Quellen auf das Gegenteil hin: Die Betroffenen waren sich darüber im Klaren, dass der Strom die Ursache für die Bewegung war, nicht ihr Wille.

Nachdem einige Koryphäen der Forschung diese (Fehl-)Interpretationen verbreitet hatten, wurden diese vielfach abgeschrieben und unter diesem Vorzeichen diskutiert. Ähnlich verhält es sich mit dem wohl berühmtesten neurologischen Patienten, dem Bahnarbeiter Phineas Gage, der bei einem Arbeitsunfall 1848 einen Hirnschaden erlitt. In den folgenden rund 170 Jahren wurden ihm die unterschiedlichsten Persönlichkeitsveränderungen zugeschrieben, um bestimmte Theorien über Gehirnfunktionen zu stützen, die gerade in Mode waren. Dabei verbietet allein die dürftige Quellenlage solche Schlüsse, zumal Änderungen der Persönlichkeit auch Folgen eines psychischen Traumas sein können, ähnlich, wie wir es bei Kriegsveteranen oder Unfallopfern schon bei weniger schlimmen Verletzungen beobachten können.

VERMEINTLICHE DURCHBRÜCHE

Wissenschaftlicher Fortschritt ist oft langsam und geht in kleinen Schritten voran. Allein deshalb sollte man behaupteten Durchbrüchen kritisch gegenüber stehen. Die hier angerissenen Beispiele widerlegen nicht die Relevanz der Neurowissenschaften, werfen jedoch die Frage auf, ob sie neue Erkenntnisse vom Menschen im zeitlichen Rahmen von Initiativen wie der „Dekade des Gehirns“ oder dem *Human Brain Project* liefern können.

Tatsächlich empfahl der Hirnforscher und Nobelpreisträger Roger Sperry schon 1981 seiner eigenen Zunft, der Gesellschaft aus strategischen

Gründen praktische Lösungen zu versprechen.³ Beachtlich an seinem Essay ist das Selbstverständnis der Hirnforschung, wie wir es seitdem immer wieder erlebt haben: „Ideologien, Philosophien, religiöse Doktrinen, Weltmodelle, Wertesysteme und dergleichen werden in Abhängigkeit von den Antworten stehen oder fallen, wie sie die Hirnforschung schließlich entdecken wird. Alles kommt im Gehirn zusammen.“

Man stelle sich einmal vor, es gäbe statt parlamentarischer Demokratie, statt politischer Bildung und statt eines Diskurses mit Argumenten und Gründen eine Versammlung von Vertreterinnen und Vertretern der Hirnforschung, Neurochirurgie und Neuropsychologie, die aus Gehirnuntersuchungen Gesetze ableiten würde. Dass das durchaus ernst gemeint ist, bewies Michael Gazzaniga, ein Schüler Sperrys und heute einer der bedeutendsten Neurowissenschaftler, rund 25 Jahre später. Er behauptete, man könne durch Hirnforschung entdecken, was die „richtige“ Moral für uns Menschen sei.

HYPER-WETTBEWERB IN DER WISSENSCHAFT

Darin äußert sich nicht nur eine problematische politische Sichtweise, sondern auch ein grundlegendes Missverständnis über den Status experimentellen Wissens. Dieses muss nämlich interpretiert werden. Es ist nicht so, dass „Fakten“ in der Welt versteckt sind und darauf warten, von uns „entdeckt“ zu werden. Vielmehr sind diese Erkenntnisse menschengemacht, von Forscherinnen und Forschern, die Hypothesen formulieren, sich Versuchsaufbauten ausdenken, Instrumente und Methoden auswählen, Daten interpretieren und schließlich in einer bestimmten Weise aufschreiben, sodass die Erklärungen von einer Fachgemeinschaft akzeptiert werden.

Es verhält sich also gerade umgekehrt, als Sperry es formulierte: Auch die Ergebnisse der Hirnforschung hängen von Denkweisen und Moden ab, wie wir es an den einschlägigen Beispielen Willensfreiheit und Phineas Gage gesehen haben. Wie könnte sonst jemand auf die Idee kommen, die reiche Fülle menschlicher Erfahrungen und Entscheidungen auf eine spontane Fingerbewegung zu reduzieren, wie es mit Benjamin Libets Experimenten getan wurde?

Die Kultur heutiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schließt Bedingungen extremen Wettbewerbs mit ein, gar eines Hyper-Wettbewerbs, wie es führende amerikanische Forscherinnen und Forscher kürzlich formulierten. Danach müssen sie in vorgegebenen Zeitfenstern und vorgegebenen Zeitschriften Erfolge produzieren, die genügend Aufmerksamkeit und Zitationen erfahren, damit das nächste Forschungsprojekt finanziert wird und die folgende Evaluation und Beförderungsrunde positiv verläuft.

Aus dieser Perspektive überraschen die vielen Neuro-Prophezeiungen nicht. Sie folgen kurzfristigen Erfolgsstrategien, ersetzen aber nicht die Notwendigkeit solider Grundlagen- und Anwendungsforschung, die auf Hypes verzichtet. Die kritische Reaktion auf so manches unerfüllte Versprechen hat gezeigt, dass Hirnforschung andere Disziplinen nicht ersetzt, sondern voraussetzt: Die Psychologie bleibt erste Experimentalwissenschaft vom Menschen. Soziologie, Ökonomie und Politikwissenschaften beschreiben gesellschaftliche Prozesse und die Philosophie bietet Orientierungswissen. Ich prophezeie, dass sich daran auf absehbare Zeit nichts ändern wird.

Weiterführende Literatur des Autors

Die Neurogesellschaft: Wie die Hirnforschung Recht und Moral herausfordert, Hannover 2010.
„Brains in context in the neurolaw debate: The examples of free will and ‚dangerous‘ brains“, in: International Journal of Law and Psychiatry, 35(2), 2012, S. 104–111.

¹ Christian E. Elger / Angela D. Friederici / Christof Koch / Heiko Luhmann / Christoph von der Malsburg / Randolph Menzel / Hannah Monyer / Frank Rösler / Gerhard Roth / Henning Scheich / Wolf Singer: „Das Manifest. Elf führende Neurowissenschaftler über Gegenwart und Zukunft der Hirnforschung“, in: Gehirn & Geist, Zeitschrift für Psychologie und Hirnforschung, 6/2004, S. 30–37.

² European Commission: Horizon 2020. The EU Framework Programme for Research and Innovation, FET Flagships, ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/2020-section/fet-flagships; Human Brain Project, www.humanbrainproject.eu.

³ Roger W. Sperry: „Changing Priorities“, in: Annual Review of Neuroscience, 4/1981, S. 1–15.

„Prophete rechts, Prophete links“?

—
Utopien in der Gegenwartsliteratur

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter des Referates Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin und außerplanmäßiger Professor für Neuere deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Im Sommer 1774 speiste Goethe auf einer Rheinfahrt bei Koblenz zu Abend, gemeinsam mit dem Popularphilosophen Johann Bernhard Basedow und dem evangelischen Theologen Johann Caspar Lavater. Doch

den „Stürmer und Dränger“ interessierten nicht die tiefsinnigen Unterhaltungen der Tischgenossen. Er widmete sich den kulinarischen Genüssen, ein weltfrommer Realist in prophetischer Gesellschaft: „Prophete rechts, Prophete links, / Das Weltkind in der Mitten.“ Was ihn nicht daran hinderte, am *Faust* weiterzuarbeiten, der größten und wohl auch folgenreichsten Vision deutschen Meistertums.

Und was ist aus dieser literarischen Utopie geworden? Zum einen ein kolossales Missverständnis, so in der ehemaligen

DDR. Ihr Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht berief sich einst auf das faustische Wort vom „freien Volk auf freiem Grund“. Dabei war ihm aber offenbar entgangen, dass Faust blind ist, als Goethe ihn das im zweiten Teil seines Menschheitsdramas sagen lässt, und dass er insofern nicht sehen kann, wie ihm die Lemuren bereits das Grab schaufeln.

Zum anderen gibt es eine Reihe prophetischer Romane, von Heinrich Manns *Der Untertan*, der vor 1914 den Ersten Weltkrieg satirisch vorwegnahm, bis zu Michel Houellebecqs *Unterwerfung*, einer verstörenden Utopie über die islamistische Beherrschung Frankreichs. Der Roman des französischen Autors erschien im Januar 2015 genau an dem Tag, an dem der Anschlag auf die Zeitschrift *Charlie Hebdo* verübt wurde, auf deren vorangegangenen Cover wiederum eine Karikatur des Autors zu sehen war. Ein „Antizipationsroman“, meinte Houellebecqs Kollege Emmanuel Carrère.

TREND ZU NEUEN UTOPIEN

In der Literatur der Gegenwart gibt es eine Tendenz zu neuen Utopien. „Wo die Dystopie zu zähneklapperndem Ernst verpflichtet ist, kann das Utopische sein schelmenhaftes Wesen treiben. Das führt zu erhellenden, aber auch nicht immer trittsicheren Experimenten“, schreibt Paul Jandl in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 24. Mai 2017. Ob es um Überbevölkerung geht, wie in Emma Braslavskys *Leben ist keine Art, mit einem Tier umzugehen* (2016), um ein meta-euphorisch glücksbefriedigtes Kollektiv wie in Leif Randts *Planet Magnon* (2015) oder um einen unbedarften

Emma Braslavsky: *Leben ist keine Art, mit einem Tier umzugehen*, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, 462 Seiten, 24,00 Euro.

Dietmar Dath: *Abschaffung der Arten*, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010 (EA: 2008), 552 Seiten, 12,00 Euro.

Thomas Glavinic: *Die Arbeit der Nacht*, dtv, München 2008 (EA: Carl Hanser Verlag 2008), 400 Seiten, 9,90 Euro.

Ders.: *Das Leben der Wünsche*, dtv, München 2011 (EA: Carl Hanser Verlag 2011), 320 Seiten, 9,90 Euro.

Michel Houellebecq: *Unterwerfung*, aus dem Französischen von Norma Cassau und Bernd Wilczek, DuMont Buchverlag, Köln 2015, 272 Seiten, 22,99 Euro.

Michael Kleeberg: *Ein Garten im Norden*, dtv, München 2001, 592 Seiten.

Thomas Lehr: *Schlafende Sonne*, Carl Hanser Verlag, München 2017, 640 Seiten, 28,00 Euro.

Leif Randt: *Planet Magnon*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2015, 304 Seiten, 19,99 Euro.

Eric-Emmanuel Schmitt: *Adolf H. – Zwei Leben*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2010 (EA: 2008), 512 Seiten, 9,95 Euro.

Thomas von Steinaecker: *Die Verteidigung des Paradieses*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2016, 416 Seiten, 24,99 Euro.

Anne Weber: *Kirio*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2017, 224 Seiten, 20,00 Euro.

Frank Witzel: *Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969*, Matthes & Seitz, Berlin 2015, 817 Seiten, 29,90 Euro.

Schelm, der nur Gutes will und das mit dem karnevalesken Charme eines Heiligen wider Willen auch vollbringt, wie in Anne Webers *Kirio* (2017): Stets ist die zukünftig mögliche Welt eine mit doppeltem Boden. Den Utopien der Gegenwart fehlen die Komfortzonen, die uns der Realismus des Bekannten in der Literatur bietet.

Denn wer sich bloß am Wahren, Echten und Wirklichen orientiert, ermisst das Kapital, nicht aber die ganze Potenz des Erzählens, das auch alternative Vergangenheiten und mögliche Zukunftswelten aufbauen kann. Deshalb operieren prophetische Autoren gern als visionäre Piraten, als Erfinder dystopischer Zukunftsmilieus.

Einer von ihnen ist Dietmar Dath. Der Filmkritiker der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hat mit *Abschaffung der Arten* (2008) einen Roman über das große Filmthema „Last Man on Earth“ geschrieben. Was macht der Einzelne, wenn die Menschheit fremd- oder selbstverschuldet zum Verschwinden gebracht worden ist? Dath hat das Problem „entzombifiziert“. Wenig erinnert noch an Francis Lawrence' New-York-Endzeitdrama *I Am Legend* (2007) oder die fünf *Terminator*-Filme (1984 bis 2015). Daths Roman führt in ein völlig menschenloses Zeitalter, in dem hochintelligente, sprechende Tiere das Zepter übernommen haben. Libellen, Affen, Wölfe und Füchse leben in einem komplizierten Stadtstaatsystem, empfänglich für Schönheit und gelenkt, wie sollte es anders sein, von einem Löwen. Sie debattieren darüber, wie es zu dem Untergang der Menschheit kommen konnte. Sind die ökologischen Sünden schuld oder ist es die selbstherrliche Genforschung? Aber der biotechnisch herbeigeführte Frieden zwi-

schen Natur und Vernunft trägt. Der Löwe fällt einem Attentat des Wolfs zum Opfer. Ein menschenähnlicher Erlöser namens „Feuer“ wächst heran und findet den letzten Menschen, vielleicht eine Hoffnung. Doch was kommt, schillert zwischen Ökoparadies und *Waste Land*. „Die Zweifel der Zukunft richteten sich auf Interessanteres als das nackte Überleben“, heißt es rätselhaft am Schluss.

ENDZEIT OHNE UNTERGANG

Wirklich? Dietmar Dath gehört zu der verschwindend kleinen Fraktion derer, die in postdarwinistischer Maske die Evolutionstheorie entzaubern und surreale Endzeitparabeln entwerfen. Thomas Glavinic lässt den Helden seines Romans *Die Arbeit der Nacht* (2006) durch ein menschenleeres Europa irren. In seinem Roman *Das Leben der Wünsche* (2009) lässt er die Zukunft zum Panikraum schrumpfen, in dem es nur ein wunschloses Unglück gibt. Es ist eine Endzeit ohne Untergang, die in diesen epischen Prophetien um sich greift.

Thomas von Steinaeckers Roman *Die Verteidigung des Paradieses* (2016) gewinnt dem Thema eine neue Note ab. Es ist die Sprache, die einen durch das Buch trägt: ein Mix aus Jugendjargon, digitalem Begriffszauber und dem *Mash-up*-Stil von Abenteuer-, Zombie- und Zukunftsromanen. Ein fünfzehnjähriger Junge, Heinz, zeichnet das Schicksal einer kleinen Gruppe auf, die nach einem apokalyptischen Ereignis eine faule Idylle in der Schweiz behaust. Eine Klimakatastrophe zwingt sie zur Flucht durch Europa, die mit aktuellen Bezügen zur Flüchtlingssituation beschrieben wird. Ziel ist ein „Großes Lager“

in Frankreich. Der Roman erzählt von dem Überleben einer exemplarischen Gemeinschaft und führt zu ebenso existenziellen wie religiösen Fragen: Was ist der Mensch, und was lässt ihn Mensch sein und bleiben in einer menschenfeindlichen Umgebung? Es ist der Bezug auf etwas Höheres, einen „Lord“, die Erinnerung an die biblischen, mythologischen und literarischen Quellen des Menschengeschlechts. Mit bizarren Einfällen, religiös-musikalischen Verweisen und großer Spannung erzählt Thomas von Steinaecker von der erschreckenden Zukunft, von Verteidigung und Vertreibung aus dem Paradies.

PROPHETIE AUS DER GEGENWART

Es gibt aber auch Romane, die ihre Prophetien in die Gegenwart und in die jüngere Zeitgeschichte ausstrahlen. Es geht dabei nicht um das Erzählexperiment „Was wäre, wenn?“, sondern um die Fragen „Was könnte sein?“ und „Was hätte gewesen sein können?“, also um Diagnose durch Prognose. Ein Bereich sind die alternativfaktischen Romane, die von einer Zeitgeschichte erzählen, wie sie hätte gewesen sein können, wenn bestimmte Prozesse anders verlaufen wären. Ein beliebtes Sujet ist ein Europa ohne Krieg im 20. Jahrhundert. Michael Kleeberg lässt in seinem Roman *Ein Garten im Norden* (1998) Martin Heidegger zum Tango tanzenden Salonphilosophen und Richard Wagner zum heiteren Aufklärer werden, um das faschistische Unheil zu verhindern; Eric-Emmanuel Schmitt setzt Hitler in seinem kontrafaktischen Roman *Adolf H. – Zwei Leben* (2008) auf Freuds Couch, lässt ihn

das Kunstexamen bestehen und eine ungefährliche Karriere machen. *Fake News* als kühne Phantasien: Hier zeigen sich Größe, vielleicht aber auch Grenzen der dichterischen Freiheit.

2015 wurde ein merkwürdiger Roman mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet: Frank Witzels *Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969*. Die 98 Kapitel des Romans stecken voller barocker Fabulierlust und surrealer Erzählfkraft. Erzählt wird von einer Kindheit im Schlagschatten des Terrorismus im Deutschland der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre. Witzel steckt seinen Erzähler in ein Sanatorium und macht ihn dadurch zu einem unzuverlässigen Zeugen der Zeit. Diese wird zwar üppig mit symbolischen Insignien der vom Terrorismus angegriffenen Wohlstandsgesellschaft ausgestattet, aber seitenlange Exkurse über Ideen und Ideologien, über die womöglich missbrauchte religiöse Musikalität der zeitgenössischen Jugend führen zu einer zweiseitigen Generationsvision. Die Erfindung des Teenagers, so der Autor im *Deutschlandfunk*, „ist im Grunde sein Zugang zur Realität, der über die Fantasie funktioniert. Und teilweise gibt es dann erstaunliche Übereinstimmungen und Überschneidungen mit der Realität, und teilweise driftet er natürlich immer wieder ins Mythische ab.“

Thomas Lehrs Roman *Schlafende Sonne* (2017) geht den Weg von der Struktur zu den Phänomenen. Das ist ein geschickt gesetztes Lesezeichen. Der Roman ist in Teile und diese wiederum sind in Kapitel gegliedert, die sich wie geschlossene Episoden lesen lassen. Die Struktur hilft bei der Lektüre dieses dickleibigen Buches, das Teil einer Trilogie werden soll.

„Wird fortgesetzt“: Damit endet der Roman. Denn der Leser ist gut beraten, innezuhalten und mit den Augen zu blinzeln angesichts des vielfach verschachtelten Verlaufs der Handlung, der wiedererkennbaren Figuren (Edmund Husserl und Edith Stein vor allem) und angesichts der auf ihn einstürmenden Phänomene. Es sind die großen und kleinen Geschichten des 20. Jahrhunderts, vom Ersten Weltkrieg über den Holocaust, den RAF-Terror, die Wiedervereinigung bis hin zur Erzählgegenwart, dem Jahr 2014, die aus dem Blickwinkel der erfolgreichen Künstlerin Milena Sonntag erzählt werden. Sie ist, wie bei Uwe Johnson, eine Art Gesine Cresspahl, nur dass es nicht die *New York Times* ist, die durch die „Jahrestage“ leitet, sondern eine Ausstellung von ihr mit dem Titel „Schlafende Sonne“, deren Exponate historische und persönliche Schlüsselbilder aufnehmen, deuten und weiter erzählen. So entsteht ein im wahrsten Sinne kunstvolles, ambitioniertes Erzählgemälde deutscher Kultur, Politik und Wissenschaft (der Autor ist studierter Biochemiker); ein Roman, der „ans Universum genagelt“ ist (Paul Jandl) und uns mit der Sonne im Titel erhellt, blendet und spiegelt.

DIE VISION VON DER „SCHINKENSEMMEL“

Die prophetischen Romane fragen nicht, was bleibt, sondern was kommen oder was gewesen sein könnte. Ihre Autoren sind Prognostiker, wagemutig nach vorn oder rückwärts gerichtet. Ihre Orientierungsmarke ist und bleibt aber die schuldhaft leidende Gegenwart, nicht anders übrigen als bei ihren unnachahmlichen Ahnherren aus der jüdischen Bibel.

Gegen Jeremiaden hilft nicht zuletzt die Ironie. Thomas Mann hat sie in seiner Novelle *Beim Propheten* (1904) in Szene gesetzt. Am Rande der Großstadt, wo es an Laternen fehlt, in einer Dachkammer, liest im Kerzenschein ein „Prophet“ aus dem ganzen Katalog prophetischer Schriften: „Predigten, Gleichnisse, Gesetze, Visionen, Prophezeiungen und tagesbefehlartige Aufrufe“. Daniel heißt er, sein Gesicht ist roh und bleich, seine Stimme wild und überlaut, seine Hand zittrig. Und der Erzähler, ein neugieriger Novellist, sucht während der Lesung vergebens nach einer Schonhaltung für seinen schmerzenden Rücken und verscheucht „mannhaft“, wie es heißt, die „Vision einer Schinkensemmel“.

Vom Sieg der liberalen Demokratie

Der Liberalismus und die These vom „Ende der Ideologien“

MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974 in Auetal-Rehren, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Universität Potsdam.

Der Sieg über die Achsenmächte, vor allem über das Hitlerreich, im Zweiten Weltkrieg war nur ein halber Sieg für die westlichen Demokratien. Wer nicht völlig realitätsblind war, musste das spätestens in dem Augenblick erkennen, als US-Präsident Harry S. Truman am 12. März 1947 den Übergang der Vereinigten

Staaten zur Politik der Eindämmung des Kommunismus (*containment*) verkündete. Dies war keine rein außenpolitische Aufgabe. Der Konflikt tobte auch im Innern der westlichen Staaten – zumindest dort, wo es starke kommunistische Parteien gab, wie in Frankreich oder Italien. Antitotalitär gesinnte Intellektuelle mussten sich zudem fragen, inwieweit der Einfluss des Marxismus auf das geistige Leben zurückgedrängt werden könne.

Seit Mitte der 1950er-Jahre hatten einige westliche Professoren den Eindruck, dass die ideologische Gefahr zwar nicht gebannt, aber doch unter Kontrolle sei. So veröffentlichte der amerikanische Soziologe Daniel Bell im Jahr 1960 ein Buch mit dem Titel *The End of Ideology*. Wenn er von „Ideologie“ sprach, dann dachte der liberale Demokrat Bell vor allem an den Marxismus, dessen Prestige er unter westlichen Intellektuellen im Schwinden sah. Das leuchtete nicht allen ein, denn auch in Amerika glaubten manche linke Intellektuelle an das Welterklärungspotenzial des Marxismus und die Reformfähigkeit der Sowjetunion. Sie betrachteten Bells These als eine Apologie des „liberalen Konsenses“, der die Vereinigten Staaten in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren prägte.

Der Begriff „liberaler Konsens“ ist keine Wortschöpfung von Historikern, sondern war zeitgenössisch gebräuchlich. Obwohl es nur dann einen Konsens geben kann, wenn alle – in Falle der Vereinigten Staaten die Demokratische und die Republikanische Partei – einig sind, stammte das Denken des liberalen Konsenses aus dem Lager der Demokraten. Es wurde erst zum überparteilichen Konzept, als die Republikaner die meisten Veränderungen der *New Deal*-Ära akzeptierten. Zumindest die moderaten Republikaner, die 1952 in Dwight D. Eisenhower eine Galionsfigur fanden, schienen die Auffassung demokratischer Intellektueller wie Lionel Trilling oder Louis Hartz zu teilen, dass der Liberalismus die einzige geistig-politische Tradition Amerikas sei.

GEGEN UTOPISMUS, PERFEKTIONISMUS UND MAXIMALISMUS

Während der Politikwissenschaftler Hartz 1955 in *The Liberal Tradition in America* eine Geistesgeschichte des amerikanischen Exzeptionalismus entwarf, hatte sich der ebenfalls demokratische Historiker Arthur M. Schlesinger Jr. bereits 1949 in die Niederungen der politischen Publizistik begeben und mit seinem Buch *The Vital Center* das Programm eines Liberalismus vorgelegt, der die Bereitschaft zu Sozialreformen mit einem kompromisslosen Antikommunismus verband. Dabei hatte der *Vital-Center*-Liberalismus durchaus eine konservative Seite, wie Schlesinger in einem Artikel aus dem Jahr 1956 deutlich machte: „Der zeitgenössische amerikanische Liberalismus hat keinen überwältigenden Zauber anzubieten. Ihm fehlt der Sinn für das Enthusiastische. Seine Grundstimmung ist realistisch, ja sogar skeptisch. Seine Ziele sind begrenzt. Er misstraut allen Formen von Utopismus, Perfektionismus und Maximalismus.“ Damit umschrieb Schlesinger einen konservativen Liberalismus, dem die zur Mitte neigenden Flügel beider Parteien zustimmen konnten und in dessen Mittelpunkt der Antitotalitarismus stand. Wie zuvor gegen Faschismus und Nationalsozialismus wandten sich die demokratischen und republikanischen Vertreter des liberalen Konsenses nun gegen den Kommunismus.

Wenn Bell im Jahr 1960 das „Ende der Ideologien“ voraussagte, dann verteidigte er dieses Denken und antizipierte den Sieg des Liberalismus im Kalten Krieg. Dass es ihm um die Rechtfertigung des liberalen Konsenses ging, konnte niemand übersehen, der nicht nur den provokanten Titel des Buches auf sich wirken ließ, sondern es auch tatsächlich las. Vom „Ende der Ideologien“ ist im ganzen Buch kaum die Rede. Es war nicht einmal ein richtiges Buch, sondern eine Sammlung von Aufsätzen, die alle bereits in verschiedenen intellektuellen Zeitschriften erschienen waren, etwa in *Commentary*, *Encounter* oder *The New Republic*. Nur das Nachwort war neu und trug eine Überschrift, von der sich der Buchtitel ableitete: „The End of Ideology in the West“, das Ende der Ideologie im Westen.

Worum ging es also? Bell analysierte die amerikanische Gesellschaft der 1950er-Jahre. Er setzte sich mit der Massengesellschaft, mit der Bedeutung einer Elite für die liberale Demokratie und mit der Zukunft des Kapitalismus auseinander. All das hatte am Rande auch mit dem Stellenwert von Ideologien zu tun. Bell verfocht die These, dass die großen Ideensysteme des 19. Jahrhunderts in den westlichen Gesellschaften nur noch in einer domestizierten Variante eine Rolle spielten. Indirekt drückte er damit die in seinem Umfeld verbreitete Hoffnung aus, dass die Politik wieder so unideologisch werden möge, wie sie es einmal gewesen sei. Ein anderer liberaler Demokrat, der Publizist Irving Kristol, schrieb schon 1958 mit Bedauern, dass die Politik nach 1789 von der „klugen Handhabung von Personen und Umständen“ zu einer „Verwirklichung von Ideen“ verkommen sei.

AUF DER LISTE DER EINHUNDERT EINFLUSSREICHSTEN BÜCHER

Aber die Erörterung dieses Ideals war für den Erfolg von Bells Buch nicht entscheidend. Nicht die Essays über die amerikanische Gesellschaft und Politik waren es, die ihm seinen Platz auf der Liste der einhundert einflussreichsten Bücher seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs des *Times Literary Supplement* sicherten – sondern das Nachwort gab den Ausschlag. In ihm wandte sich Bell einer anderen Art von Ideologie zu. Um den Unterschied deutlich zu machen, griff er auf Karl Mannheim zurück, der 1929 in *Ideologie und Utopie* einen „partikularen“ von einem „totalen Ideologiebegriff“ unterschieden hatte. Der erste Terminus sollte für das stehen, worüber Bell mit Blick auf die amerikanische Gesellschaft geschrieben hatte: die Verbindung von handlungsleitenden Werten mit den Interessen von Individuen und Gruppen. Verglichen damit sei eine „totale Ideologie“, so Bell, „ein allumfassendes System zum Verständnis der Wirklichkeit“. Ihr Ziel sei die Umwandlung einer ganzen Lebenswelt. Sie sei eine „säkulare Religion“.

Ebenso wenig wie seine Unterscheidung verschiedener Formen von Ideologien stammte dieser Begriff von Bell selbst. Er hatte ihn von einem

französischen Freund übernommen. In der Zwischenkriegszeit waren verschiedene Autoren auf die Idee gekommen, totalitäre Ideologien seien mit unaufgeklärten Religionen vergleichbar. Der erste war der französische Soziologe Raymond Aron, der 1944 den Begriff der „säkularen Religion“ für Nationalsozialismus und Kommunismus geprägt hatte. Das Konzept nimmt einen prominenten Platz in Arons Buch *L'opium des intellectuels* aus dem Jahr 1955 ein, einer heute berühmten Abrechnung mit den marxistischen oder paramarxistischen französischen Linksintellektuellen. Darin definierte Aron den Marxismus noch einmal als säkulare Religion und stellte im letzten Kapitel die Frage, ob die überlieferten politischen Denkmuster erschöpft seien.

Alles, was Bell fünf Jahre später schrieb, lehnt sich an dieses Kapitel an – mit dem Unterschied, dass Aron vorsichtiger war: Er sprach nicht vom „Ende der Ideologien“, sondern nur vom „Ende des ideologischen Zeitalters“ und versah diese Formulierung noch mit einem Fragezeichen. Doch auch er erwartete das Überleben der „partikularen Ideologien“ und den Niedergang der letzten „totalen Ideologie“. Wie Bell sah er die allmähliche Erschöpfung des Marxismus voraus. Diese Erwartung hatte in Frankreich, wo es im Geistesleben eine tatsächliche Hegemonie des Marxismus gab, viel größere Relevanz als im Amerika des liberalen Konsenses. Aber sowohl Aron als auch Bell hatte den gesamten Westen im Blick.

Schützenhilfe bekamen sie dabei von Edward Shils, der ebenfalls zu den Verfechtern des liberalen Konsenses gehörte und politische Soziologie lehrte. Wie Aron und Bell gehörte er dem Kongress für kulturelle Freiheit an. Als dieser im Jahr 1955 in Mailand eine große Konferenz zum Thema „The Future of Freedom“ veranstaltete, schrieb Shils für den *Encounter* einen Tagungsbericht mit dem Titel „The End of Ideology?“.

GEBURT DER „NEOCONS“

Indem sie alle dieselbe These vertraten, wiesen sich Bell, Shils und Aron als Angehörige eines transatlantischen *Vital-Center-Liberalismus* aus. Arons konservativer Liberalismus hatte viele Gemeinsamkeiten mit dem Liberalismus seiner amerikanischen Freunde. In gewisser Hinsicht war er sogar ein Vor-denker jener demokratischen Intellektuellen, die sich nicht mit der Linksverschiebung des amerikanischen Liberalismus abfinden wollten, zu der es nach der Ermordung John F. Kennedys kam. Während Schlesinger mit der Demokratischen Partei nach links rückte, wurden Bell, Shils und vor allem Kristol seit den 1970er-Jahren als *Neoconservatives* (*Neocons*) bezeichnet. Wenngleich Aron als Franzose dieser Gruppe nicht angehören konnte, betrachteten ihn viele *Neocons* der ersten Generation doch als einen ihrer wichtigsten Ideengeber. Sie teilten mit ihm die Überzeugung von der grundsätzlichen Überlegenheit des liberalen Systems.

In ihrer eigenen Zeit haben Aron und die späteren Neokonservativen recht behalten: In den 1970er-Jahren verlor der Marxismus sogar unter französischen Intellektuellen seine Strahlkraft, und mit dem Sieg des Westens im Kalten Krieg verschwand auch der Kommunismus als ernst zu nehmende politische Bewegung von der Weltbühne. Das heißt freilich nicht, dass die Urheber der These vom „Ende der Ideologien“ meinten, dass keine neuen Formen säkularer Religionen auftreten könnten. Der naive Glaube an ein „Ende der Geschichte“ war ihnen fremd. Später haben sowohl Aron als auch Bell noch einmal bekräftigt, dass die Idee vom „Ende der Ideologien“ zutreffend gewesen sei, aber beide erklärten auch, dass die Geschichte weitergehe.

In seinen im Jahr 1983 erschienenen Memoiren machte Aron eine neue säkulare Religion am Horizont aus, die paradoxerweise gar nicht säkular war, sondern eine politisch gewendete Transzendentalreligion. Aron hatte noch keinen Begriff für das, was heute radikaler Islam, politischer Islam, islamischer Totalitarismus, Islamofaschismus oder einfach Islamismus genannt wird. Aber er erkannte genau, dass sich in der islamischen Welt – damals im Iran – etwas in Bewegung gesetzt hatte. Auch hierin irrte er sich nicht. Heute sind wir längst nicht so weit, auf ein abermaliges „Ende der Ideologien“ hoffen zu dürfen. Doch die von Aron und Bell gehegte Erwartung, dass sich die liberale Demokratie im Kampf mit ihren Feinden am Ende als stärker erweisen werde, hat nichts von ihrer Suggestivkraft eingebüßt.

Kein Oswald Spengler

Samuel Huntington und der „Clash of Civilizations“

UDO DI FABIO

Geboren 1954 in Walsum, Professor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, von 1999 bis 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts.

Der Fall der Berliner Mauer und der Untergang der Sowjetunion veränderten die Sicht auf die Welt. Der Westen war Gewinner des Kalten Krieges. Seine Art, zu leben, zu wirtschaften, sich selbst zu regieren, schien von unwiderstehlicher Anziehungskraft, seine normativen Ideen schienen wahrhaft universell

und auf einem globalen Siegeszug. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach vor diesem Hintergrund vom Ende der Geschichte, weil der große, der systematische Herausforderer des Westens fehlte.

Im Sommer 1993 setzte Samuel Huntington dazu einen Kontrapunkt. Seine zuerst in der Zeitschrift *Foreign Affairs* gestellte Frage, ob der „Clash of Civilizations“, der Zusammenprall, ein Kampf der Kulturen drohe, passte

scheinbar gar nicht in die neue, in die „Eine Welt“.¹ Im Blick auf den wieder stärker politisierten Islam, wie er seit der Iranischen Revolution und der salafistischen Wende auftrat, schienen schon Fragestellung und Wortwahl als unnötige, beinahe gefährliche Provokation. Wollte sich hier, in den USA, ein Sieger, dem es ohne echten Gegner unwohl wurde, einen Feind konstruieren, damit die eigene Identität gewahrt bliebe? Solche Unterstellungen haben vermutlich die größere Ausarbeitung Huntingtons aus dem Jahr 1996 gar nicht recht zur Kenntnis genommen.² Denn dort wird in kritischer Weise hinterfragt, was alle für offenbar hielten, nämlich der unausweichliche Erfolg einer auf universellen Werten gegründeten globalen westlichen Zivilisation.

Huntingtons Kulturkreistheorie arbeitet – wenngleich nicht konsistent – mit der alten Unterscheidung von universeller Zivilisation und partikularer Kultur. Das Zivilisationspathos wurde wirkmächtig unter dem Einfluss französischer und englischer Ideengeber seit dem 18. Jahrhundert. Die europäische Zivilisation mit ihrem nordamerikanischen Ableger sah sich damals – im Zeitalter des Kolonialismus – durch den Auftrag der Aufklärung ermächtigt, die gesamte Menschheit vom Dunkel der Vorurteile und von unhinterfragten Traditionen in das Licht eines mündigen, selbstverantworteten und selbstgestalteten Lebens zu führen – mit Vernunft, Markt, Technik, Wissenschaft und Demokratie. Wer dagegen gerade in Deutschland von Kultur sprach, wie noch Thomas Mann in seinen *Betrachtungen eines Unpolitischen*, wollte offenbar etwas Partikulares, womöglich anthropologisch Vorgegebenes, religiös oder alltagsweltlich Geprägtes entgegensetzen.

COCA-COLA TRINKENDE BOMBENBASTLER

Fünf Jahre vor den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zeigte Huntington ein subtiles, seltenes Verständnis für die Dialektik der Globalisierung. Irgendwo im Nahen Osten – so Huntington – könne es sehr wohl ein paar junge Männer in Jeans geben, die Coca-Cola trinken und Rap hören, aber zwischen Verbeugungen in Richtung Mekka eine Bombe basteln, um ein amerikanisches Flugzeug in die Luft zu jagen. Damit wollte Huntington vor der naiven Annahme warnen, der westliche Konsum- und Lebensstil würde unwiderstehlich alles imprägnieren, alles nivellieren. Der „American Way of Life“ könne letztlich jeden religiösen Fanatismus, jeden Nationalismus, jede irrationale Gemeinschaftsidee einfach vom Lebensalltag wegschülen. Eine der damit zusammenhängenden, optimistischen Erwartungen nach 1990 war die Demokratisierung der Welt. Sie hatte zwar im Frühjahr 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens im bevölkerungsreichsten Land der Welt einen Dämpfer erhalten, aber niemand glaubte, dass dies auf Dauer in Asien und anderswo die Sehnsucht nach Demokratie und ihre Durchsetzung verhindern werde.

Huntington hatte bei China in der Prognose geschwankt, aber sich bereits lange vor dem Arabischen Frühling im Hinblick auf kulturelle Bedingungen und den Erfolg islamisch-politischer Bewegungen pessimistisch gezeigt. Liberale und demokratische Regierungen brächten nicht die Kraft auf, den islamistischen Tendenzen wirksam zu begegnen. Diese Einschätzung hat sich im Großen und Ganzen leider als zutreffend erwiesen: Das Schicksal Ägyptens und auch die Entwicklung der Türkei stehen für die für Huntington scheinbar unausweichliche Tendenz, zwischen säkularer Diktatur und islamistischem Regieren wählen zu müssen. Im religiösen Horizont der *ummah* (der muslimischen Gemeinschaft) sei der Staat, auch der Nationalstaat, als zivilisatorische Bedingung von vornherein relativiert und als mitunter künstlich empfundenes koloniales Erbe prekär. Für das Verständnis des politischen Islam ist zudem für Huntington das Streben von bestimmten Kernstaaten charakteristisch, im Sinne der *ummah* politische und religiöse Führung zu bieten.

VORHERSAGE ÜBER DIE TÜRKEI

Dies ist in der Tat ein Schlüssel, um die Rivalität nicht nur zwischen dem Iran und Saudi-Arabien zu verstehen, sondern auch den Neo-Osmanismus eines Recep Tayyip Erdoğan. Im Jahr 1996 – Jahre, bevor Erdoğan Ministerpräsident wurde – stellte Samuel Huntington die Frage: „Wie aber, wenn die Türkei sich neu definierte? An einem bestimmten Punkt könnte die Türkei es leid sein, die frustrierende und demütigende Rolle des Bittstellers zu spielen, der um Aufnahme in den Westen bettelt, und sich auf eine viel eindrucksvollere und herausragende historische Rolle als wichtigster islamischer Gesprächspartner und Antagonist des Westens zu besinnen. Der Fundamentalismus ist in der Türkei auf dem Vormarsch ...“.

In Asien will das wirtschaftlich sehr erfolgreiche China heute Modell sein gegen einen „überalterten“ Westen. Unter der europäisch-institutionellen Oberfläche der indischen Demokratie wirkt ein kulturidentitärer Hinduismus. Vor über zwanzig Jahren diagnostiziert Huntington, China sei auf dem Weg, die dominierende Macht in Ostasien zu werden. Bedrohlich sei, „dass China zunehmend energisch seinen Anspruch auf das Südchinesische Meer geltend macht“. Weil er asiatischen Akteuren nicht einfach mit Universalitätsfiktionen westliche Erklärungsmuster überstülpt, erkennt er konfuzianische Grundhaltungen, vor allem aber auch die hierarchische Orientierung, die geopolitisch anders ausfalle als europäische Gleichgewichtspolitik. Huntington prophezeit für Asien den Niedergang des Einflusses der USA: „Die Ära, die mit dem Eindringen von Westlern um 1840 begann, geht zu Ende. China nimmt wieder seinen Platz als regionaler Hegemon ein, und der Osten findet zu sich selbst.“

RUSSLAND UND DIE NATO

Man ist manchmal irritiert, wie umstandslos Huntington politische Aussagen aus religiösen oder kulturellen Strukturen ableitet, und bringt in diesem Punkt durchaus Verständnis für seine Kritiker auf. Das ändert aber nichts an der verblüffenden Treffgenauigkeit vieler Voraussagen. So schreibt er in seinem Buch *Kampf der Kulturen*: „Russland akzeptiert die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO um die westlich-christlichen Staaten Mittel- und Osteuropas, und der Westen verpflichtet sich, die NATO nicht darüber hinaus zu erweitern, es sei denn, die Ukraine zerbricht in zwei Länder.“ Dieses Zerbrechen der Ukraine in zwei Länder hat Putin fast zwei Jahrzehnte später mit der Annexion der Krim und der Erzeugung des ostukrainischen Separatismus aktiv befördert und scheint sich in seiner russischen Identitätspolitik durchaus an einer solchen religiös-kulturellen Linienziehung zu orientieren. Eine westliche, eine europäische Politik, die den Huntington von 1996 gelesen und ernst genommen hätte, wäre vermutlich etwas umsichtiger zu Werke gegangen.

WENN MAN HUNTINGTON GELESEN HÄTTE

Der 2008 verstorbene Huntington wäre mit einiger Sicherheit kein Anhänger Donald Trumps geworden. Aber die bei der Präsidentschaftswahl unterlegenen amerikanischen Liberalen und die Demokratische Partei hätten vermutlich die gefährliche politische Spaltung des Landes mindern können, wenn sie Huntingtons, noch 2006 in der deutschen Zeitschrift *Cicero* formulierte Warnung vor den Risiken unkontrollierter Einwanderung beherzigt hätten.³ Nach seiner Beobachtung verstärkten sich Wanderungsbewegungen weniger durch zunehmende Armut, sondern gerade durch wirtschaftliches Wachstum und die dadurch bewirkte soziale Mobilisierung, etwa in Herkunftsländern wie Mexiko mit den USA als Ziel oder in einigen afrikanischen Staaten mit Konsequenzen für Europa – ein Befund, der ein weiteres Mal sperrig wirkt im Vergleich zu den üblichen Annahmen zur Fluchtursachenbekämpfung. Sperrig ist auch seine geopolitische Gewaltanalyse. Aber wird Huntingtons Beobachtung des Übergangs zu „Fault Line Wars“ (Bruchlinienkriegen) durch den Zerfall Syriens und des Iraks nicht doch auch bestätigt? Und kann man die dortige Einflussnahme rivalisierender Regionalmächte nicht besser verstehen, wenn man sie nicht nur ökonomisch, sondern auch in ihrer kulturellen Signatur betrachtet?

Nein. Samuel Huntington ist kein kulturpessimistisch wabernder englischsprachiger Oswald Spengler, kein vorurteilsbehafteter schlimmer Konservativer mit eingeschränktem Blickfeld. Mit solch kruden Befunden will

man sich die Tatsache vom Leib halten, dass unsere vorherrschende westliche Weltwahrnehmung vielleicht doch unterkomplex ist, ihrerseits nur eine stark eingeschränkte, sozialtechnisch verengte Konstruktion. Rechtssystem, Marktwirtschaft, Bildung oder demokratischer und sozialer Rechtsstaat: All das sind entscheidende Bedingungen für das Gelingen einer offenen Gesellschaft, ganz ohne Frage. Aber es gibt eben noch mehr, und dieses „Mehr“ kann alle Institutionen der aufgeklärten Vernunft zerstören, wenn es nicht ernster genommen wird als bisher. Zur Wirklichkeit gehören auch jene subkutan höchst wirksamen anthropologischen, sprachlichen, religiösen und kulturellen Prägekräfte, die Huntington in seiner geopolitischen Perspektive manchmal allzu holzschnittartig markiert. Huntington hat nicht überall mit seinen Prognosen voll getroffen, das wäre auch sonderbar, und auch er pflegt wie jeder Mensch seine kleinen Vorurteile. Aber er ist unter den geopolitischen Analysten der letzten Jahrzehnte einer der Großen. Huntington verdient es, auch nach zwei Jahrzehnten wieder neu gelesen zu werden.

¹ Samuel P. Huntington: „The Clash of Civilizations?“, in: Foreign Affairs, Sommer 1993, www.foreignaffairs.com/articles/united-states/1993-06-01/clash-civilizations [23.10.2017].

² Samuel Huntington: The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996.

³ Samuel P. Huntington: „Mein Land ist gespalten“, in: Cicero, 30. August 2006, cicero.de/weltb%C3%BChne/%3Fmein-land-ist-gespalten-%3F/22405 [23.10.2017].

„Es ist kompliziert“

—
Afrika zwischen Enthusiasmus und Depression

MICHELA WRONG

Geboren 1961 in London, Journalistin und Schriftstellerin, verbrachte sechs Jahre als Auslandskorrespondentin von Reuters, der BBC und der „Financial Times“ auf dem afrikanischen Kontinent.

Jedes Mal, wenn ich um eine Prognose für Afrika gebeten werde, drängt sich mir im Stillen eine der Wahlmöglichkeiten für den Beziehungsstatus im Facebook auf: nicht „Single“ oder „vergeben“, sondern „Es ist kompliziert“. Wie kann es auch anders sein, wenn es um eine allgemeine Aussage über einen Kontinent geht, dessen 54 Nationen sich in manchen Dingen so radikal

voneinander unterscheiden wie die Schweiz von der Türkei?

Das Problem besteht nicht nur darin, eine Formulierung zu finden, die nichts-sagend genug ist für eine derartige Vielfalt. „Es ist kompliziert“ ist wohl deswegen die gescheiteste Antwort, weil man so oft in demselben Land und zu derselben Zeit von großen Fortschritten begeistert und ob der Anzeichen drohender Katastrophen bestürzt sein kann.

Nehmen wir Kenia, wo ich im August 2017 zum fünften Mal über die Wahlen berichtet habe. Ich habe in Nairobi tatsächlich einige Male die Orientierung verloren, weil zwischenzeitlich so viel Geld

in – größtenteils von Chinesen gebaute – Umgehungsstraßen, Brücken, Einkaufszentren und Bürogebäude investiert wurde, in eine dringend benötigte und schon lange überfällige Infrastruktur. Die Verbreitung der Mobilfunktechnik und des mobilen Zahlungsverkehrs ist eine der großen Erfolgsgeschichten Afrikas, und so hatte ich denn auch bereits nach zwanzig Minuten eine neue SIM-Karte und einen Safaricom-Mobilfunkanschluss ergattert. Ich blieb meinem vertrauten Taxifahrer treu, musste aber mit Bedauern feststellen, dass meine Freunde mit *Uber* zu einem Bruchteil der Kosten in der ganzen Stadt herumfahren. Alles gut, oder?

Dabei ist der Bau vieler neuer Gebäude so schäbig ausgeführt, dass sie bereits wieder auseinanderfallen. Die öffentlichen Ausschreibungen litten unter derartigen Abschöpfungen, dass Kenia noch Jahrzehntlang für diese überbewerteten Abzockergeschäfte bezahlen müssen. Die neuesten Malls, deren Bau im Wesentlichen einer korrupten Elite zur Geldwäsche dient, erscheinen geisterhaft und unbenutzt. Die zwei größten Supermarktketten des Landes stecken in einer Krise; ihre Regale erinnern an Ostberlin vor dem Mauerfall.

Außerdem waren die Wahlen selbst nicht gerade erfreulich. Der massenhafte Exodus ethnischer Gruppen, die sich in Nairobi und Kisumu im Feindesland fühlten, beweist, wie vergiftet die Beziehungen der mehr als vierzig kenianischen Stämme mittlerweile sind. Die Spannungen sind stärker denn je; einige Oppositionelle fordern bereits die Aufteilung des Landes in ethnische Zonen. Dass das Wahlergebnis durch den Obersten Gerichtshof aufgrund von „Unregelmäßigkeiten“ für ungültig erklärt wurde, mag

als Zeichen einer unabhängigen Justiz – in Afrika eine Seltenheit – in der ganzen Welt auf Beifall gestoßen sein, macht aber eine Aussöhnung noch unwahrscheinlicher.

LÖWEN IM AUFBRUCH?

Was mich aber am meisten beunruhigte, war die schreiende Ungleichheit. An Verkehrskreiseln, die von verglasten Hochhäusern überschattet werden, drückten sich zerlumpte Bettelbuben wütend gegen meine Autofenster, während ihre Mütter bittend die Hände ausstreckten. Kenias Bruttosozialprodukt wird in diesem Jahr um fünf bis sechs Prozent steigen, aber die Familien auf der Straße wissen, dass ihnen das nichts nützt.

Als die Unternehmensberater von McKinsey im Jahr 2010 in einem Bericht mit dem Titel „Lions on the Move“ den Slogan „Africa rising“ prägten, war ich nur eine der vielen Analytinnen und Analysten, die zynisch die Stirn runzelten. Veröffentlicht wurde der Bericht zu der Zeit, als aufgrund der Subprime-Hypothekenkrise in den USA und der Stagnation in der Europäischen Union das Geld der Anleger auf der Suche nach einer neuen Heimstätte um die ganze Welt wirbelte. Die Finanzklemme zeigte uns, dass Investitionen ebenso anfällig für Moden sind wie jeder andere Sektor auch. Es schien, als sei „Africa rising“ lediglich ein weiterer Fall von kollektivem Wunschenken.

Aber der Slogan hielt sich, gestützt von Wachstumsraten, die den industrialisierten Norden in den Schatten stellten, von Chinas rasch wachsendem Rohstoffhunger, von dem hohen Anteil von

„Es ist kompliziert“, Michela Wrong

Jugendlichen an der Bevölkerung – Arbeitskräfte für den alternden Norden – und von dem Eindruck, *good governance* sei endlich so weit fortgeschritten, dass die afrikanischen Volkswirtschaften jetzt abheben könnten, wenngleich auch gelegentlich von einer schockierend niedrigen Ausgangsbasis.

„AFRO-PESSIMISMUS“

Vielleicht beruht die Wirkung der Darstellung darauf, dass sie die Grundregeln der Ökonomie betont und Fragen, die mit Menschenrechten und politischer Vertretung zusammenhängen, ausklammert. Dies passt auch zu den Ansichten der Entwicklungsindustrie, die ganz im Stillen zu dem Schluss gelangt war, die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ließen sich besser mit autoritären Regimen wie von Meles Zenawi in Äthiopien, Paul Kagame in Ruanda oder Yoweri Museveni in Uganda erreichen als mit zerstrittenen Mehrparteien-Demokratien.

Aufgrund des erneuten Ölschocks und der Flaute in China wird das Mantra vom „Africa rising“ jetzt nuancierter betrachtet oder infrage gestellt, jedoch sind die Kriterien immer noch rein ökonomischer Natur. All das, was mir in Kenia die größten Sorgen bereitete – wachsende soziale Spannungen, die Polarisierung der Politik, die Manipulation demokratischer Prozesse durch Eliten, die sich als geborene Herrscher fühlen –, wird weiterhin vortätzig außer Acht gelassen. Das Leitwort dieser Kriterien stammt von Bill Clinton: „It’s the economy, stupid!“ Hat man das einmal begriffen – so die Annahme – kommt alles andere automatisch.

Dem kann ich nicht zustimmen. Diejenigen, die sich über den „Afro-Pessimismus“ empören, den Kommentatoren wie ich ihrer Ansicht nach vertreten, sollten sich vielleicht gelegentlich ein paar einfache Fragen stellen: Würde ich persönlich dort leben wollen? Würde ich dort mein eigenes Geld – nicht das meiner Investoren – anlegen?

Wenn der Fall der Berliner Mauer das Ende für Mengistu Haile Mariam, Mobutu Sese Seko und ihresgleichen bedeutete, die von den einst mit ihnen verbündeten Supermächten alleingelassen wurden, so führte die Zerstörung der *Twin Towers* am 11. September 2001 dazu, dass sich das Interesse des Westens nicht mehr auf *good governance*, sondern auf Sicherheit und den Schutz vor dem Schreckensbild des radikalen Islam konzentrierte. Die afrikanischen Führer, oftmals frühere Rebellen mit einem Gespür für militärischen Pragmatismus, sind sich dessen bewusst und schlagen daraus Kapital.

„FLEISCHFRESSER AUF BEUTEZUG“

John Githongo, der kenianische Kämpfer gegen Korruption, bezeichnet das letzte Jahrzehnt als eine „demokratische Rezession“. Ich sehe es als „die Rückkehr der Sekurokraten“; weniger „Löwen im Aufbruch“, eher „Fleischfresser auf Beutezug“.

Die Hardliner-Regime kopieren sich ganz offensichtlich gegenseitig: In einem afrikanischen Land nach dem anderen wird die Verfassung so geändert, dass der jeweilige Präsident endlos weiter regieren kann. Alternde Führer richten Quasi-Dynastien ein und bereiten Kinder

oder Ehepartner auf die Machtübernahme vor. Die Einführung einer kostspieligen digitalen Wahltechnik, die der industrialisierte Norden größtenteils für überflüssig hält, hat nur wenig dazu beigetragen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wahlen zu stärken, die routinemäßig manipuliert oder, wie in der Demokratischen Republik Kongo oder in Eritrea, gar nicht erst abgehalten werden.

Rechnet man die Zeit zusammen, die Idriss Déby, Paul Biya, Yoweri Museveni, Paul Kagame, Robert Mugabe und Isaias Afewerki als Herrscher von Tschad, Kamerun, Uganda, Ruanda, Simbabwe und Eritrea verbracht haben, dann kommt man auf ernüchternde 172 Jahre. Kein Wunder also, dass der zehn Jahre alte *Ibrahim Prize for Achievement in African Leadership* – der „Preis für vorbildliche ehemalige Staatschefs in Afrika“ – erst viermal verliehen werden konnte.

Die einstmals so rührige Zivilgesellschaft wird gewaltsam gefügig gemacht. Die Einführung gesetzlicher Vorschriften gegen die aus dem Ausland finanzierten Nichtregierungsorganisationen in Eritrea wird in Kenia, Uganda, Ägypten und anderswo nachgeäfft. Jedes Jahr veröffentlicht die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ einen Überblick über Fälle, in denen Journalisten bei der Erfüllung ihrer Pflichten schikaniert, verhaftet oder getötet wurden. Diese Berichte wirken genauso ernüchternd wie die Lagebilder von *Freedom House*. Und wenn Sie außerhalb von Südafrika als Schwuler oder Bisexueller auf die Welt kommen, dann helfe Ihnen Gott.

Die Verwirklichung einiger Millenniumsziele – fließendes Wasser auf dem Land, Dorfkliniken mit Medikamenten in den Regalen – zeigt einen gewissen

Trickle-down-Effekt, aber bessere Kommunikation bedeutet auch, dass sich die Afrikaner nur allzu bewusst sind, dass eine korrupte Elite den weitaus größten Teil des Kuchens für sich selbst beansprucht. Und wie mir ein mittlerweile nach Dubai ausgewanderte Freund sagte: „Mir fällt kein einziges afrikanisches Land ein, in dem ich mich sicher fühle, wenn ich einen Polizisten oder einen Uniformierten sehe.“

REIF FÜR EINEN AFRIKANISCHEN FRÜHLING

Natürlich hat es hier und da Lichtblicke gegeben. Wer freute sich nicht, als die Regierungen der Nachbarländer von Gambia dem größtenwahnsinnigen Yahya Jammeh im Januar 2017 heimleuchteten oder als die Wähler in Ghana und Nigeria 2016 und 2015 einen friedlichen Regimewechsel zustande brachten – gegen alle Erwartungen? Feiern war auch angesagt, als ein Volksaufstand Präsident Blaise Compaoré 2014 zwang, aus Burkina Faso zu fliehen.

Jedoch stecken nur allzu viele der afrikanischen Länder, die ich am besten kenne, entweder in einer Art existenziellen Klebstoff fest, oder sie stolpern rückwärts. Besonders niederschmetternd ist es, wenn man sieht, wie weit die zwei jüngsten Nationalstaaten des Kontinents, Eritrea und Südsudan, ihresgleichen hinter sich lassen, wenn es um Repression und Menschenrechtsverletzungen im Innern geht und Hunderttausende gezwungen sind, über die Grenzen zu flüchten.

Zusammen mit der Nabelschau der früheren Kolonialmächte bedeutet die Wahl eines isolationistischen Präsidenten

in den USA, dass die neuen Sekurokraten in Afrika auch weiterhin auf die Gleichgültigkeit des industrialisierten Nordens zählen können. Und jede Hoffnung, Südafrika könne sich nach der Apartheid zu einem moralischen und politischen Schwergewicht entwickeln, wurde durch die korrupte, rezessionsgeplagte Präsidentschaft von Jacob Zuma zunichte gemacht.

Der Jugendüberschuss, oft von Investoren als Grund für Optimismus angeführt, wird noch zur größten Herausforderung werden. Ungeduldige, arbeitslose und ehrgeizige Jugendliche, in den Armenvierteln der Städte durch die Urbanisierung zusammengewürfelt, waren die Triebfeder des Arabischen Frühlings, dessen Nachwehen der Nahe Osten immer noch verarbeitet. Afrika ist reif für seinen eigenen Frühling.

Wenn man diese Bedenken nicht anspricht, macht man sich meiner Ansicht

nach eines Rassismus schuldig, der auf geringen Erwartungen beruht. Ein herablassendes „Nicht schlecht für afrikanische Verhältnisse“ bringt den Bewohnern des Kontinents keinen Vorteil. Fühle ich mich also zuversichtlich oder besorgt? Wie ich schon sagte: Es ist kompliziert.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Wilfried Becker, Germersheim.*

Literatur der Autorin über Afrika:

Auf den Spuren von Mr. Kurtz: Mobutus Aufstieg und Kongos Fall, edition TIAMAT, Berlin 2002, 336 Seiten, 21,95 Euro.

I Didn't Do It For You. How the World Betrayed a Small African Nation, HarperCollins Publishers 2005, 464 Seiten, 12,99 Euro.

Jetzt sind wir dran: Korruption in Kenia. Die Geschichte des John Githongo, edition TIAMAT, Berlin 2010, 424 Seiten, 22,00 Euro.

Borderlines, Fourth Estate, London 2015, 352 Seiten, 18,49 Euro.

Neue Morgenröte?

Über regressive Utopien des Kommunismus

NORBERT SEITZ

Geboren 1950 in Wiesbaden, freier Hörfunkautor beim Deutschlandfunk und Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Im sechsten Pariser Arrondissement trafen sich Anfang der 1980er-Jahre der Liedermacher Wolf Biermann und der Schriftsteller Manès Sperber. „Warum nennen Sie sich eigentlich immer noch einen Kommunisten?“,

fragte der kommunistische Renegat den zuvor ausgebürgerten DDR-Dissidenten: „Es kann keinen guten, keinen richtigen Kommunismus geben.“

Sperber, bekannt geworden durch seine Trilogie *Wie eine Träne im Ozean*, erinnerte an seinen Lebensweg, der ihn aus dem jüdischen Shtetl in die Utopie des Kommunismus geführt hatte. Nach dem Bruch mit diesem „Kinderglauben“ bekam er es in Paris mit zwei verbündeten Todfeinden zu tun – als Jude mit der nationalsozialistischen Gestapo und als Ex-Kommunist mit Stalins Mördern im französischen Apparat der Komintern. „Von diesem Alten ließ ich es mir gesagt sein“, schreibt Biermann in seiner anrührenden Autobiographie *Warte nicht auf bessere Zeiten!*.¹ „Ich glaubte ihm das, was mein Kopf im Grunde längst wusste, aber mein Herz nicht hatte wahrhaben wollen.“ Und warum nicht? Aus einer Art „Kinderliebe“ zu seinem „ewig jungen“ Vater, der als Jude und Kommunist im KZ ermordet worden war.

Kommunismus-Forscher Gerd Koenen, selbst früher einer studentisch-maoistischen K-Sekte angehörend, sucht in seinem neuen Werk *Die Farbe Rot* nach Gründen für den „Kinderglauben“ (Sperber) an eine Ideologie, deren versuchte Umsetzung – nach Schätzungen in Stéphane Courtois' *Schwarzbuch*² – hundert Millionen Menschen das Leben kostete, darunter 65 Millionen Opfer in China und zwanzig Millionen in der Sowjetunion: „Nie hat es eine Bewegung gegeben, die sich in solch ultimativer Weise dem ‚Höchsten der Menschheit‘ geweiht und gerade deshalb in so flagranter Weise der Maxime gehuldigt hat, dass ihr ‚alles erlaubt‘ sei.“³

Auch wenn der Kommunismus am Ende desaströs scheiterte, möchten ihm manche linken Vordenker noch heute eine positive historische Rolle zuschreiben. Ihre Enttäuschung nach dem Epochenbruch 1989/90 wurde oft mit der These verarbeitet, der Kapitalismus sei nur sozial aufgestellt und leistungsfähig im unmittelbaren Wettstreit mit einer kommunistischen Weltmacht gewesen. Als Gegenmodell zum Kapitalismus habe er gleichsam zu dessen Zivilisierung beigetragen.

Doch diese Legitimationsthese ist wenig stichhaltig. So hat Sandrine Kott, Professorin für Moderne Europäische Geschichte an der Universität Genf, die Annahme widerlegt, seit der Oktoberrevolution hätten die bürgerlichen Klassen in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent permanent fürchten müssen, ihre Länder an den Kommunismus zu verlieren, wenn sie der Arbeiterschaft nicht durch soziale Reformen entgegenkämen. Kott lokalisiert die Ursprünge der westlichen Wohlfahrtsstaaten anderenorts: „Ich glaube nicht, dass der Sozialstaat primär eine Antwort auf die Revolution ist. Die Basis vom Sozialstaat wurde im Krieg in Abwehr von Nazi-Deutschland erfunden.“⁴ Eine These, wie sie der Historiker Götz Aly nicht müde wird, mit Beispielen zu belegen.⁵ Wer behauptete, Hitler habe seine Macht lediglich mit SA, SS und Konzentrationslagern gefestigt, verbreite die halbe Wahrheit – so Aly: „Zustimmung und Massenloyalität gewann er mit sozialpolitischen Maßnahmen, die auch heute noch funktionieren.“⁶

„NICHT ALLES WAR SCHLECHT“?

Selbst Kritiker eines noch so krisengeschüttelten Kapitalismus in globalisierten Zeiten verspüren keine Sehnsucht nach dem ökonomisch gescheiterten Modell des Realsozialismus. Auf der Habenseite der wohlwollenden Bilanzierer, für die „nicht alles schlecht“ war, wird demgegenüber gern das Loblied auf die Bewegung der „Blockfreien“ in den Gremien der Vereinten Nationen angestimmt. Überdies wird – wie von der Berliner Historikerin Annette Leo – mit Blick auf die DDR gerade die Förderung sozialer Frauenrechte hervorgehoben, zum Beispiel die Einrichtung von Tages- und Wochenkrippen sowie das „liberalere“ Abtreibungsrecht, um das die Feministinnen im Westen viel

länger hätten kämpfen müssen. Berufstätigkeit und Mutterschaft seien in sozialistischen Ländern wie der DDR aufgrund der Sozialgesetzgebung viel einfacher zu vereinbaren gewesen als im Westen.⁷

Weltökonomisch betrachtet, lieferte sich die Sowjetunion in den 1950er- und 1960er-Jahren mit dem Westen eine technologische Aufholjagd auf den Gebieten der atomaren Rüstung und der Raumfahrt („Sputnik-Schock“, 1957). Chruschtschows und Ulbrichts Lösungen aber, den westlichen Konsumkapitalismus „zu überholen ohne einzuholen“, ernteten alsbald nur Hohn und Spott. Zumindest für die nachholende Entwicklung zurückgebliebener Volkswirtschaften sei die planwirtschaftliche „gewaltsame Modernisierung“ der Sowjetunion unter Stalin ein „Vorbild“ gewesen, fasst Ralph Bollmann die ökonomische Bilanz des Sowjetkommunismus zusammen: „Das erklärt die relativen Erfolge, die kommunistische Bewegungen nach der Entkolonialisierung in einigen Ländern der ‚Dritten Welt‘ erlebten.“⁸ Am Ende der kommunistischen Zwangsherrschaft jedoch konnte auch Gorbatschows Perestroika („Umbau“, 1986) das Ruder nicht mehr herumreißen. Lenins planwirtschaftliches Modell war, weltgeschichtlich betrachtet, krachend gescheitert.

WAS ÜBRIG BLIEB

Es mag heute abwegig erscheinen, die Hoffnung auf eine gerechtere Welt oder die Zähmung des globalen Kapitalismus mit einer Renaissance des Kommunismus zu verbinden. Im Zenit seiner Machtstellung um 1980 gab es 22 Volksrepubliken auf der Welt. Übrig geblieben ist nur die seit Deng Xiaoping turbokapitalistisch aufgestellte Kommunistische Partei Chinas, deren Programm noch immer mit dem Satz beginnt: „Das Ziel ist der Kommunismus.“ Was viele freie Geister im Westen beunruhigt, ist, wie eine kommunistische Parteidiktatur mit einem staatlich gelenkten Kapitalismus zu einem – um welchen Preis auch immer! – funktionierenden Gesellschaftsmodell vereint werden konnte.

So scheint die naive Selbstüberschätzung des Westens nach 1989 zu weichen, für die stellvertretend Francis Fukuyamas Befund stand, dem zufolge mit dem Sieg des liberalen Kapitalismus im Wettstreit der Systeme auch ein „Ende der Geschichte“⁹ in Sichtweite kam. Weit gefehlt, denn der Kommunismus scheint noch lange nicht tot. Er existiert noch – und zwar mental in Denkformen (*Paternalismus!*) sowie ideologisch in neu formierten Frontstellungen gegen hybride Formen des Globalkapitalismus und die westliche Wertegemeinschaft (Occupy-Bewegung und Linkspopulismus).

Das kommunistische Denken gründe auf der Überzeugung, „dass der Staat, der fürsorgliche Staat, der patriarchalische Staat, der nationale Staat letztlich ja auch alles richten soll, die nicht nur die Kommunisten gehabt

haben“, meint Gerd Koenen.¹⁰ So hält er es für keinen Zufall, dass am Ende der Sowjetunion in praktisch allen Republiken, in die das Land auseinandergefallen sei, erst einmal die Führer – und in vielen Fällen bis heute die alten Parteichefs – präsent gewesen seien. Ebenso verdeutlichen die in der Ost-Ukraine 2014 gewaltsam durchgesetzten sogenannten Volksrepubliken – wie auch Putins siegergeschichtlicher Zugang zu Stalins Erbe –, dass in Russland die Diktatur als akzeptable Staatsform immer noch nicht ausgedient hat. Schließlich wertet Koenen auch die Renaissance einer nationalreligiösen Ideologie als eine „Übersetzung“ von altem kommunistischem Denken.

DIE „SYSTEMFRAGE“

Dass in Zeiten der globalen Finanzkrise wieder die „Systemfrage“ gestellt und von einer „Renaissance des Sozialismus“ die Rede ist, kann kaum überraschen. Weltweit demonstrierten nach dem Ausbruch der Lehman-Pleite und ihrer verheerenden Folgen vor allem jüngere Menschen in der Occupy-Bewegung gegen die Macht der Märkte. Joachim Gauck, der frühere Bürgerrechtler, zog damals die Wut der schwärmerischen deutschen Anhänger auf sich, als er den Protesten kalt den Stöpsel herauszuziehen versuchte: „Ich habe in einem Land gelebt, in dem die Banken besetzt waren.“ Der Traum von einer Welt, in der man sich der Bindung an Märkte entledigen könne, sei eine romantische Vorstellung. Zu glauben, dass die Entfremdung vorbei sei, wenn man das Kapital besiege, und dann alles schön sei, sei ein fataler Irrtum.¹¹

Beeindrucken konnte der spätere Bundespräsident die neulinken Kapitalismuskritiker nicht. „Untergraben wir den Kapitalismus!“, lautet etwa die Kampfpapare des US-Soziologen Eric Olin Wright, der an der „realen Utopie“ zimmert; „anstatt den Kapitalismus durch Reformen ‚von oben‘ zu zähmen oder mittels eines revolutionären Bruchs zu zerschlagen“, will er dessen Erosion durch emanzipatorische Alternativen „in den Räumen und Rissen innerhalb kapitalistischer Wirtschaften“ vorantreiben.¹² Gedacht ist an eine Kombination aus einem bedingungslosen Grundeinkommen mit neuen Technologien, die auch nicht-kapitalistische Produktionsformen begünstigen und einen „wohlwollenden lokalen Staat“ vorsehen. Ebenso sei eingeräumt, dass heute, „nach dem Ende der Systemkonkurrenz und unter dem Eindruck der multiplen Krise des globalisierten Kapitalismus nicht nur Marxisten über das mögliche Ende der kapitalistischen Produktionsweise nachdenken“.¹³

Im Übrigen geht von den Postkommunisten – wie der deutschen Partei Die Linke – selbst in Zeiten schwerer Krisen des Kapitalismus keine zündende Idee oder Vision zum Aufbruch aus. Geblieben sind nur festgefahrene Ausstiegsszenarien sowie Schadenfreude über die Desorientierung im Westen und Putins neue Gegenmacht.

REFORMKOMMUNISTISCHE ILLUSIONEN

Ebenso geblieben ist vom Kommunismus die von Manès Sperber als so abwegig empfundene reformkommunistische Illusion, eine von Grund auf gute Idee sei nur nicht richtig umgesetzt worden. Leider haben gerade Sozialdemokraten – ungeachtet ihrer freiheitlichen Tradition – selbst nach dem Fall des Kommunismus munter an dieser Illusion partizipiert. 2008 zum Beispiel, im vierzigsten Gedenkjahr des „Prager Frühlings“, meldeten sich Günter Grass, Wolfgang Thierse, Claudia Roth und andere in die Jahre gekommene Alt-Juso-Vordere zu Wort, um den Impuls für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ wieder aufzunehmen: „Bei der jetzt beginnenden Suche nach dritten Wegen [...] können die Ideen, die Dubcek und die Seinen [...] entwickelten, [...] durchaus wieder von Interesse sein.“¹⁴ Im Jahr darauf wurde den Machhabern in Kuba zum 50. Jahrestag ihrer Revolution in der *Neuen Gesellschaft* empfohlen, sich künftig am „chinesischen Erfolgsweg“ zu orientieren.¹⁵

Kommunismusforscher Gerd Koenen warnt indes vor altlinker Nostalgie, Reform- und Renaissanceerwartungen: „Wer freilich nach der Morgenröte irgendeines neuen herrlichen ‚Sonnenaufgangs‘ Ausschau hält, begibt sich zum x-ten Male in das Gravitationsfeld jener [...] regressiven Utopien und Visionen, an denen der Sozialismus und Kommunismus des 19. und 20. Jahrhunderts schon viel zu sehr gekrankt hat.“¹⁶

¹ Wolf Biermann: *Warte nicht auf bessere Zeiten! Die Autobiographie*, Berlin 2016.

² Stéphane Courtois et al.: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München 1998.

³ Gerd Koenen: *Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus*, München 2017.

⁴ Sandrine Kott im Interview mit Andreas Beckmann: *Was bleibt vom Kommunismus? Abschied von einer Illusion*, in: *Aus Kultur- und Sozialwissenschaften*, Deutschlandfunk, 24.08.2017.

⁵ Götz Aly: *Hitlers Volksstaat*, Frankfurt am Main 2005.

⁶ Götz Aly: „Spanien zum Nachdenken“, Kolumne, in: *Berliner Zeitung*, 20.11.2012.

⁷ Annette Leo im Interview mit Andreas Beckmann, a. a. O.

⁸ Ralph Bollmann: „Good bye Lenin“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 08.10.2017.

⁹ Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte*, Reinbek 1992.

¹⁰ Koenen, a. a. O.

¹¹ Joachim Gauck in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.02.2012.

¹² Erik Olin Wright: „Untergraben wir den Kapitalismus!“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/17.

¹³ Ebd.

¹⁴ „Manifest zum 40. Jahrestag des ‚Prager Frühlings‘“, in: *Frankfurter Rundschau*, 21.08.2008.

¹⁵ Thomas Meyer: „Kuba, ach Kuba. 50 Jahre Revolution“, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, 3/2009.

¹⁶ Koenen, a. a. O.

SCHWERPUNKT

Nicht so simpel!

—
Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, Leiter des
Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-
Stiftung in Jerusalem, Israel.

Menschliches Handeln setzt Planung und damit Vorhersagen und Annahmen über die Zukunft voraus. Wer nicht damit rechnet, den nächsten Sommer zu erleben, kauft kein

Schlauchboot mehr. Gleichzeitig wohnt solchen Annahmen eine hohe Fehlerwahrscheinlichkeit inne, denn über die Zukunft hat der Mensch weit weniger Kontrolle als über die Gegenwart.

Im Nachhinein fällt es leicht, die Fehler früherer Zukunftsannahmen zu benennen. Die Vorhersagen bedeutender Entwicklungen laufen dabei stets Gefahr, dem Verdikt unglaublicher Dummheit anheimzufallen. Dieses Schicksal erfuhr auch eine Prognose von Franz Beckenbauer, als er im Einheits- und Weltmeistertaumel von 1990 prophezeite, dass die deutsche Fußballnationalmannschaft auf Jahre unschlagbar sein werde.

Eine weit größere Hybris wird seit Jahrzehnten einem Mann ganz anderen Kalibers unterstellt: Francis Fukuyama. Der in Stanford lehrende Politikwissenschaftler hatte 1989 in seinem Aufsatz „The End of History“¹ die These vom bevorstehenden weltweiten Sieg der liberalen Demokratie vertreten und diese in seinem gleichnamigen Buch weiter ausgearbeitet.² Bis heute

gilt diese Prognose bestenfalls als überoptimistische These eines von den Ereignissen in Ostmittel- und Osteuropa von 1988 bis 1991 zum Träumen verleiteten Utopisten. Der Spott, der seither über Fukuyama ausgegossen wird, speist sich dabei vor allem aus zwei Quellen: Ablehnung und Unkenntnis.

KRITIK AUS ALLEN RICHTUNGEN

Fukuyamas an Hegel angelehnte Vorstellung einer ideengeschichtlichen Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft zum Besseren stieß den meisten Konservativen sauer auf. Denn Fortschritt und erst recht historische Gesetzmäßigkeiten sind üblicherweise keine Kategorien konservativen Denkens. Vielen erschien die Prognose vom Ende der Geschichte als eine historische Dialektik des westlichen Gutmenschen. Beinahe triumphierend trotzig nannte der amerikanische Neokonservative Robert Kagan sein 2009 erschienenes Buch *The Return of History*.

Der umgekehrte Vorwurf erscholl von der linken Seite des politischen Spektrums, das Fukuyama einen Mangel an Utopie unterstellte. Der Historiker Ulrich Herbert sprach von einem „richtigen, aber problematischen Befund“, weil er bedeute, „dass hinfort die großen Probleme der Menschheit nicht mehr mit der stimulierenden Hoffnung auf die totale Alternative, auf den Systemumsturz, auf die Errichtung einer ganz anderen und besseren Gesellschaft angegangen werden konnten“. Trotz des Scheiterns der meisten sozialistischen Staaten und des Umstands, dass die Länder mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der höchsten Lebenserwartung, der besten Gesundheitsversorgung, den leistungsfähigsten Sozialsystemen und sogar der gleichmäßigsten Einkommensverteilung marktwirtschaftlich organisiert sind, lebt die Sehnsucht nach einem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem fort. Dass nun Fukuyama den endgültigen und weltweiten Triumph der kapitalistisch-liberalen Ordnung vorhersagte, empfanden viele Linke als Affront.

Mit Freude wiesen die Gegner Fukuyamas auf Ereignisse hin, die dessen These zu widerlegen schienen: Angefangen mit dem Golfkrieg 1990/91 über den Zerfall Jugoslawiens und die Terroranschläge vom 11. September 2001 bis zum Aufstieg der neuen autokratischen Regime in Russland und anderswo – überall zeigte sich, dass die Welt weiterhin von Kriegen, Umsturzversuchen und Revolutionen beherrscht wurde und nicht vom ewigen Frieden in Demokratie und Marktwirtschaft.

Doch diese Kritik basiert auf einer fundamentalen Verkürzung von Fukuyamas Aussagen. Der plakative Titel seines Buches, von dem offensichtlich viele meinen, er entbinde von der Notwendigkeit der Lektüre, verführt zu Missverständnissen. Wer das Buch tatsächlich liest, stellt fest, dass Fukuyama mit „Geschichte“ nicht die simple Abfolge von Ereignissen meint, sondern die ideengeschichtliche Fortentwicklung gesellschaftlicher Ordnungen im Sinne

Hegels. Demnach folgt die Geschichte einer zwar an Rückschritten reichen, aber stetigen Weiterentwicklung. Ihren Endpunkt habe sie mit dem demokratischen und liberalen Rechtsstaat erreicht. Zu dieser Schlussfolgerung gelangt Fukuyama aufgrund zweier Beobachtungen:

Erstens sei die Idee des demokratischen Rechtsstaats spätestens mit der Französischen Revolution in der Welt gewesen und habe seither keine wesentliche Weiterentwicklung erfahren.

Zweitens sei mit dem Zusammenbruch des Sozialismus der letzte bestehende Konkurrent der liberalen Demokratie verschwunden. Zwar existierten weiterhin viele nicht-demokratische Staaten, diese formulierten jedoch nur selten eine kohärente Ideologie. Selbst wenn sie es täten, leiteten sie keinen Anspruch auf weltweite Gültigkeit ab.

Der Sieg der Demokratie mit marktwirtschaftlicher Ordnung ist für Fukuyama nicht das Ergebnis eines historischen Zufalls, sondern Ausdruck einer systemischen Überlegenheit. Der Kapitalismus habe sich als leistungsstärkstes Wirtschaftssystem erwiesen. Für sein Gedeihen seien jedoch weitgehende Freiheitsrechte (Berufs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit), Partizipation und eine verantwortliche Regierung notwendig. Dies alles sei in einer Demokratie am besten gewährleistet.

FUKUYAMA VERSUS HUNTINGTON

Fukuyamas Thesen fußen auf der Vorstellung, dass der Mensch in erster Linie um Anerkennung (*thymos*) kämpfe. Diese sei die Treibfeder menschlichen Strebens nach Erfolg und damit auch entscheidender Treibsatz der Politik. Daher können politische Systeme nicht dauerhaft stabil sein, in denen Herrschaft im Sinne eines Herr-Knecht-Verhältnisses organisiert ist, also einem kleinen, herrschenden Teil der Bevölkerung ein Übermaß an *thymos* zusteht, der großen Mehrheit aber nur ein geringer Anteil. Die Demokratie ermöglicht theoretisch jedem den Aufstieg in die Regierung, begrenzt die Macht der Exekutive und macht sie zudem von der Zustimmung der Regierten abhängig. Sie sei damit das politische System, das das *thymos*-Bedürfnis der Regierten und Regierenden am ehesten in ein Gleichgewicht bringe. Eine bessere Regierungsform hält Fukuyama daher für unmöglich. Aufgrund dieser Überlegenheit sei eine allmähliche Entwicklung aller Staaten zur Demokratie logisch, schlussfolgert Fukuyama. Das schließt aber Rückschläge wie Militärputsche, Kriege oder Diktaturen nicht aus. Nur sind dies in Fukuyamas Diktion „Ereignisse“ und keine „Geschichte“. Über die Sinnhaftigkeit der Terminologie mag man streiten, nicht aber über die der Unterscheidung.

Einer der vehementesten Kritiker Fukuyamas war sein akademischer Lehrer Samuel Huntington, der mit *Clash of Civilizations* einen Gegenentwurf formulierte.³ Mit dem Werk seines Schülers teilt Huntingtons Buch das

Schicksal, wenig gelesen, dafür umso häufiger zitiert zu werden. Statt universellem Streben nach Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft werde die Welt von Konflikten der einzelnen Kulturkreise gegeneinander beherrscht sein, so Huntington. Bis jetzt spricht wenig für diese Annahme. In Südostasien ist von einem Zusammenrücken Japans, der beiden Koreas und Chinas gegen die Hegemonie der USA wenig zu erkennen. Wäre die Ostukraine tatsächlich so prorussisch und antiwestlich, wie Huntington annahm, hätten sich die von Putin gesteuerten Aufstandsbewegungen nicht in Donezk und Luhansk festgelaufen, sondern das gesamte Gebiet in Aufruhr versetzt.

NUR DEMOKRATIE IST WELTWEIT „SEXY“

Als Kronzeuge für Huntington und gegen Fukuyama wird meist auf den politischen Islam verwiesen, der dem universellen Anspruch der westlichen Werte entgegentritt. Bei genauem Hinsehen greift auch dieses Argument nicht. Zum einen sind die meisten militärischen und terroristischen Auseinandersetzungen des Islamismus nicht gegen westliche, sondern gegen muslimische Gesellschaften gerichtet. Der konfessionelle Unterschied zwischen Schia und Sunna scheint ein stärkerer Treibsatz zu sein als eine gesamtislamische Ablehnung des Westens. Die in der „Arabellion“ geäußerte Wut über korrupte und volksvergessene Herrscher und der Wunsch nach verantwortungsvollen Regierungen spricht eher für als gegen Fukuyamas Großthese. Das gilt auch für das weitere Schicksal islamistischer Regierungen, die mit dem „Arabischen Frühling“ an die Macht gekommen sind. Während die Muslimbrüder in Ägypten mit ihrem gewaltsamen Vorgehen gegen ihre Gegner schnell die Sympathien in der Bevölkerung verspielten, konnte sich die Ennahda-Bewegung in Tunesien an der Macht halten, gerade weil sie der radikalen Spielart des Islamismus abschwor und sich zum Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtete.

Trotz aller Resilienz der autoritären Regime in Russland oder China zeigt deren Suche nach einem ideologischen Überbau den Druck, den universalen Anspruch der liberalen Demokratie abzuwehren. Weder das Amalgam aus Nationalismus und angeblich traditionell-christlichen Werten, mit dem der erkennbar nicht nach den Lehren der orthodoxen Kirche lebende Putin seinen zynischen Nihilismus der Macht bemäntelt, noch das jüngste Update des Maoismus, das Xi Jinping auf dem vergangenen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas verkündete, präsentieren einen konzisen politischen Gegenentwurf – erst recht nicht mit globaler Attraktivität. Im Gegenteil: Beide Regime beschränken sich darauf, dem „westlichen Modell“ seine Allgemeingültigkeit abzuspochen, indem sie die angebliche Besonderheit des eigenen Landes postulieren. Doch Zustimmung erkaufen sich diese Regime mit

wirtschaftlichen Wohltaten; Unzufriedenheit versuchen sie, mit Nationalismus zu begegnen; als Antwort auf Opposition steht ihnen nur Repression zur Verfügung. Ein Konzept, wie sich der *thymos* der Herrscher mit dem der Beherrschten in Einklang bringen lässt, hat bislang kein autokratischer Staat hervorgebracht. Ob sich Diktatur und Marktwirtschaft tatsächlich dauerhaft vereinbaren lassen, wie unter Verweis auf China behauptet wird, muss sich zeigen. Die massiven Korruptionsprobleme, die das Land plagen, sprechen dafür, dass eine leistungsfähige Wirtschaft dauerhaft nicht ohne eine Regierung möglich ist, die in der Verantwortung der Bevölkerung steht.

NICHT ALTERNATIV-, ABER KONKURRENZLOS

Theoretisch ist der demokratische, liberale Rechtsstaat mit marktwirtschaftlicher Ordnung also weiterhin konkurrenzlos. Dennoch hat er seit Erscheinen von Fukuyamas Werk an Boden verloren. Seit 1992 ist die Zahl der Demokratien in der Welt zurückgegangen. Selbst in demokratischen Musterländern wie Großbritannien, Frankreich oder den USA gerät die liberale Ordnung unter dem Druck von Populisten und Nationalisten in Bedrängnis. Woran liegt das? Zwei Gründe lassen sich erkennen: Leistungsverlust und Hybris. Auch die liberale Demokratie ist nicht der Notwendigkeit enthoben, ihre Fähigkeit zur Problemlösung ständig unter Beweis zu stellen. Wo sie dies versäumt, wie etwa in den USA, können Populisten wie Trump Erfolg haben. Zudem haben die Ereignisse der vergangenen dreißig Jahre gezeigt, dass der liberalen Demokratie zwar kein ebenbürtiger Gegner erwachsen ist, dass aber die Erwartung ihrer flächendeckenden Durchsetzung in kurzer Zeit – was Fukuyama so übrigens nicht formuliert hatte – nicht gerechtfertigt war. Die Optimisten haben die Voraussetzungen für funktionsfähige Demokratien vernachlässigt; das zeigen die Beispiele im Nahen Osten vom Irak bis Libyen.

Bescheidenheit ist angesagt – gepaart mit der Zuversicht, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Marktwirtschaft weltweit wenn nicht alternativlos, so doch auf längere Sicht konkurrenzlos sind. Etwas weniger bescheiden, aber inhaltlich überzeugend formulierte Fukuyama es selbst: „History is still going our way“!

¹ Francis Fukuyama: „The End of History?“, in: *The National Interest*, 16 (1989), S. 3–18.

² Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

³ Samuel Huntington: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996.

Es wird, wie es war

Über das asiatische Jahrhundert

ANSGAR GRAW

Geboren 1961 in Essen, Chefreporter für „Die Welt“, „Welt am Sonntag“ und N24 in Berlin, von 2009 bis 2013 Korrespondent in Washington D.C. Graw ist Autor des Buches „Trump verrückt die Welt“ (Herbig Verlag, 254 Seiten, 20,00 Euro).

Schon für Immanuel Kant war China das „kultivierteste Reich der Welt“. Friedrich der Große orientierte sich an einem als aufgeklärt interpretierten Konfuzianismus. Und Voltaire, der wortmächtige Kritiker des weltanschaulichen Monopols der katholischen Kirche, hielt dem Vatikan die nach seinem Urteil höhere Sittlichkeit der Chinesen vor.

Asien im Allgemeinen und China im Besonderen haben die Europäer früh fas-

ziniert. Das hatte objektive Gründe: Im 15. Jahrhundert etwa, während der Ming-Dynastie, zählte China 100 bis 130 Millionen Menschen, während in Europa um die fünfzig Millionen wohnten. China und Indien zusammen produzierten fünfzig Prozent des globalen Bruttosozialprodukts. Und während Europa noch über 2000 Jahre auf die Aufklärung warten sollte, hinterließ der 551 vor Christus geborene Konfuzius eine Lehre, die um das Jahr 1000 zur Staatsdoktrin wurde und eine Ethik der Vernunft formulierte. Sie ermahnte die Menschen, durchaus ähnlich dem Christentum und ausgestattet mit quasi-religiösen Riten, zu einem tugendhaften Leben und zur Nächstenliebe, verzichtete aber auf einen Gott.

Die Kunde von dieser Lehre aus der frühen Hochkultur, die vor allem die deutschen Philosophen Gottfried Wilhelm Leibniz und Christian Wolff verehrten und verbreiteten, stellte eine Herausforderung für die christliche Weltansicht dar. Wolff wurde nach einer 1721 an der Universität Halle gehaltenen „Rede über die praktische Philosophie der Chinesen“ des Atheismus bezichtigt und musste unter Androhung der Todesstrafe auf Befehl des „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I. Halle binnen 48 Stunden verlassen.

China war jedoch vor allem eine Wirtschaftsmacht. Noch um 1800 produzierte China ein Drittel des globalen Bruttosozialprodukts. Europa lieferte zu diesem Zeitpunkt 28 Prozent – und aus den USA kamen ganze 0,8 Prozent. 1860 jedoch, so rechnet Paul Kennedy in seinem geopolitischen Klassiker über *The Rise and Fall of the Great Powers* vor, waren der relative Abstieg Chinas (19,7 Prozent) und der Aufstieg Europas (53,2 Prozent) vollzogen. Die USA lagen inzwischen bei immerhin 7,2 Prozent. Der stete Handel zwischen alter und neuer Welt hatte zu transatlantischem Wachstum geführt. China hingegen führte eine weitgehend abgeschottete Existenz.

Diese Stagnation wurde im Westen erst viel später erkannt. Zu den tatsächlichen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen Asiens trat der Zauber extremer Exotik. China erschien damals fast so unerreichbar wie das Paradies. Nahezu ein Jahr dauerte eine Reise in das „Mittlere Königreich“, wie es sich selbst bezeichnete, oder „Reich der Mitte“, wie es im Westen hieß.

Bald schon gefiel sich der Westen in (erkennbar verfrühten) Prophezeiungen, nach denen ein asiatisches Jahrhundert

vor der Tür stehe. So orakelte Karl Marx 1865, der Pazifische Ozean werde wegen des Goldrauschs in Kalifornien und eines dadurch aufblühenden Welthandels bald „dieselbe Rolle spielen wie jetzt das Atlantische und im Altertum und Mittelalter das Mittelländische Meer – die Rolle der großen Wasserstraße des Weltverkehrs; und der Atlantische Ozean wird herabsinken zu der Rolle eines Binnensees, wie sie jetzt das Mittelmeer spielt“.

In den jungen USA wurde diese Sicht geteilt. 1898 sagte Außenminister John Hay in einer bis heute berühmten Formulierung: „Das Mittelmeer ist der Ozean der Vergangenheit, der Atlantik ist der Ozean der Gegenwart und der Pazifik ist der Ozean der Zukunft.“ 1903 erklärte der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt zu einem Zeitpunkt, als Europäer und Nordamerikaner laut dem Stanford-Historiker Ian Morris „84 Prozent des Landes und 100 Prozent der Meere“ regierten: „Die atlantische Ära ist jetzt auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung und hat ihre Ressourcen bald erschöpft. Die pazifische Ära, dazu bestimmt, die größte von allen zu sein, beginnt gerade erst heraufzudämmern.“

„PACIFIC RIM“

Für die USA war dies eine spannende Perspektive, weil damit nicht nur die Ostküste einen Resonanzraum in Gestalt von Europa hatte, sondern nun auch das westliche Kalifornien seine Gegenküste in Form des „Pacific Rim“, der Anrainer des Pazifischen Ozeans, zu finden schien, von Ost- und Südostasien über Ozeanien bis zu Kanada sowie Mittel- und Südamerika.

Der Welthandel sah neuen Märkten mit Milliarden von Konsumenten entgegen.

Im Westen wurde die Rückkehr Chinas aus der selbst gewählten Isolierung jedoch nicht nur als ökonomische Chance, sondern auch als sicherheitspolitische Bedrohung wahrgenommen. Es war Steve Bannon, damals und heute Chef der rechtspopulistischen Website Breitbart.com und zeitweise Chefstrategie von Donald Trump, der wenige Monate vor dessen Wahl ins Weiße Haus voraussagte: „Wir werden in fünf bis zehn Jahren in den Krieg ziehen im Südchinesischen Meer. Daran gibt es keinen Zweifel.“

Und Trump sagte im Mai 2016 bei einem Wahlkampfauftritt in Indiana: „Wir dürfen China nicht weiter erlauben, unser Land zu vergewaltigen, und das tun wir bislang. Das ist der größte Diebstahl in der Weltgeschichte.“

„PAPIERTIGER CHINA“?

Seit den 1970er-Jahren ist das Wachstum in den asiatischen Staaten größer als in den entwickelten Ländern des Westens. Zu China und Indien gesellten sich etwas später – wengleich mit wesentlich stärker schwankenden Konjunkturen – die „Tigerstaaten“ Taiwan, Singapur und Südkorea, außerdem Indonesien und Malaysia.

Das asiatische Wunder! Als wolle er die häufige Charakterisierung seines Landes als „zaudernde Macht“ korrigieren, die Handel treibe, aber keine globale Verantwortung übernehme, schrieb der chinesische Präsident Xi Jinping 2014 in einem Beitrag für die indische Zeitung *The Hindu*: „Wenn China und Indien zusammenarbeiten, wird ein asiatisches Jahr-

hundert mit Wohlstand und Erneuerung sicher sehr bald beginnen.“ Andere Beobachter mit fachlicher Expertise bezweifeln den angeblich unvermeidlichen Aufstieg Asiens. Vom „Papiertiger China“ spricht der Geostratege George Friedman, Gründer und Chef des privaten Thinktanks „Stratfor“, in seinem 2009 erschienenen Buch *The Next 100 Years*. „Ich teile nicht die Sicht, dass China eine große Weltmacht wird. Ich glaube nicht einmal, dass es als Land zusammengehalten werden kann“, so Friedman. „Aber ich stimme zu, dass wir über die Zukunft nicht diskutieren können, ohne zuerst über China zu diskutieren.“

Die absehbare massive Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums werde zu Verwerfungen führen und Zentrifugalkräfte freisetzen. „Ein Geschäftsmann in Schanghai hat gemeinsame Interessen mit Los Angeles, New York und London. Tatsächlich verdient er viel mehr Geld mit derartigen Beziehungen, als er von Peking erwarten kann“, so Friedman. Deshalb sei die Loyalität der Chinesen gegenüber der Zentralmacht sehr begrenzt.

An das asiatische Jahrhundert glaubt eisern Kishore Mahbubani, indischer Diplomat und provokanter geopolitischer Denker. Aber er definiert zentrale Bedingungen für eine Fortsetzung dieser globalen Aufsteigerstory. Unter zustimmender Berufung auf chinesische Intellektuelle schreibt Mahbubani in dem Werk *The New Asian Hemisphere* (2008), „dass China sein Ziel einer modernen entwickelten Gesellschaft nicht erreichen kann, bis es sich einen Ruck gibt und dem chinesischen Volk erlaubt, sich seine Führer selbst zu wählen. Dies wird der schmerzlichste Schritt sein, den die chinesische Führung vornehmen muss.“

Doch von diesem Schritt ist nichts zu sehen. Derzeit zieht Präsident Xi Jinping die Zügel in China deutlich straffer. Zwar wird Konfuzius wieder beworben. Aber nichts deutet auf ein Demokratisierungsprogramm von oben hin. Zudem hat das Großreich, in dem eine kommunistische Staatspartei ein kapitalistisches Wirtschaftssystem in Gang zu setzen versucht, gewaltige Probleme zu meistern. Chinas Wachstum ist mit rund sieben Prozent weiterhin beneidenswert hoch, aber die absoluten Boomjahre rund um den Jahrtausendwechsel mit zweistelligen Zuwachsraten werden sich nicht wiederholen lassen.

Dramatisch ist die gesellschaftliche Schiefelage. Nach 35 Jahren wurde 2016 die Ein-Kind-Politik gelockert, weil sie zu einem drängenden Rentenproblem, einem massiven Männerüberschuss und einer Überalterung geführt hat. Betrug der Rentneranteil an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2000 noch gut elf Prozent, werden es 2025 bereits 25 Prozent sein und 2050 über 48 Prozent, sagen die Statistiker.

Trotzdem sucht Indien inzwischen sein Heil in ähnlichen Lösungen. Etwa ein Dutzend der 29 indischen Bundesstaaten hat eine Zwei-Kinder-Politik eingeführt. Wer im öffentlichen Dienst ist, darf kein drittes Kind haben. Dieser Restriktion unterliegen auch Bewerber für öffentliche Ämter. Dritt- oder Viertkindern werden staatliche Leistungen und medizinische Versorgung verweigert. Vätern vieler Kinder drohen Geld- oder gar Haftstrafen. So soll die Bevölkerung zum Arrangement mit Kleinfamilien umerzogen werden.

Ein ganz anderes, aber noch drängenderes Problem für die Gesamtregion stellt Kim Jong Un dar: Sollten Nordkoreas nukleare Provokationen zu einem Krieg mit

den USA führen, wäre die gesamte Welt in Mitleidenschaft gezogen. Aber der konkrete Schaden und der menschliche Blut-zoll wären in beiden Koreas, Japan und in Teilen Chinas am höchsten.

„VERÖSTLICHUNG DER WELT“?

Gerät angesichts dieser Probleme die „Veröstlichung der Welt“ ins Stocken? In seinem Buch *Easternisation* (Untertitel: Krieg und Frieden im asiatischen Jahrhundert) schreibt Gideon Rachman, Chinas kommunistisches System sei verwundbar durch politische oder wirtschaftliche Erschütterungen, und Indien sei ohnehin schwer zu regieren. Aber, so setzt der britische Journalist und Experte für Sicherheitspolitik fort, „die Idee, dass die Fragilität des chinesischen oder indischen Systems die Story der ‚Easternisation‘ bald stoppen werde, ignoriert das Ausmaß, zu dem der Aufstieg auch des Westens unterbrochen war von Episoden extremer Instabilitäten“.

Und in der Tat: Indien hat noch nicht einmal begonnen, sein Potenzial zu demonstrieren. Einerseits betrachtet sich der Subkontinent gemeinsam mit den USA als „Zwillingstürme der Demokratie“. Doch andererseits verkündet der Dritte-Welt-Gigant mit ambitioniertem High-Tech-Expertentum Pläne, „gemeinsam mit China die Weltordnung neu zu gestalten“.

Zudem schickt sich ausgerechnet Donald Trump an, die *Easternisation* zu beschleunigen. Unter dem Slogan des „America First“ behauptet der amerikanische Präsident, er rücke die Interessen seines Landes ins Zentrum, wenn er beispielsweise multilaterale Handelsverträge

eliminiere. Doch damit spielt er Peking in die Karten, etwa mit Washingtons Ausstieg aus dem transpazifischen Handelsabkommen TPP mit Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru und Vietnam. China war nie Vertragspartner von TPP, obgleich Trump im Wahlkampf offenkundig davon ausging. Nach seiner Abkehr von TPP sind Chinas Handelsaktivitäten in den asiatischen Ländern erkennbar gestiegen. Ein Freihandelsvertrag Pekings mit Kanada ist in Planung. Daneben gibt es Debatten, ob sich nicht auch ein modifiziertes TPP hinbekommen lasse – ohne die USA, dafür aber mit China. Zudem hat Präsident Xi Jinping bereits 2014 die Gründung einer Freihandelsregion für Asien-Pazifik (FTAAP) angeregt. Das faktische Ende von TPP macht FTAAP realistischer.

In Asien verläuft die Entwicklung so wenig störungsfrei, wie sich andere Groß- und Wirtschaftsmächte in den vergangenen Dekaden und Jahrhunderten an die Spitze gekämpft haben. Aber auch wenn die oft totgesagten USA für alle überschaubare Zukunft die wichtigste und stärkste, vermutlich einzige Supermacht bleiben werden, handelt es sich bei Asien um die viralste Weltwirtschaftsregion mit zwei der drei größten Volkswirtschaften. In China und Indien lebt bereits ein Drittel aller Menschen, mit steigender Tendenz.

Der Atlantik ist noch nicht zum Binnensee herabgestiegen, aber das Jahrhundert hat ja auch kaum begonnen. Europa wird mittelfristig nicht mehr die Rolle spielen, die es über Jahrhunderte innehatte, weil es demografisch aus dem Tritt geraten ist – mit einer zu alten Bevölkerung und zu wenig Nachwuchs. Zudem steht Europa im Fokus neuer Migrations-

ströme, die aus Afrika herandrängen. Langfristig mag dadurch tatsächlich das Rentenproblem in vielen EU-Ländern gelöst werden, kurz- bis mittelfristig drohen jedoch Parallelgesellschaften, soziale Verwerfungen und zunehmende Instabilitäten.

NEUES CONTAINMENT?

So bleibt nur Asien als nächster weltwirtschaftlicher Player. Längst verlaufen über den Pazifik die wichtigsten Seehandelsrouten. Das birgt ebenso Chancen wie Risiken. Vor allem zwischen Peking und Washington herrscht permanentes Misstrauen. Die USA fürchten, dass China sie aus Asien verdrängen will, und Peking interpretierte bereits die Handlungen der vorigen US-Präsidenten als *Containment*-Politik. Eine Verständigung wird nötig sein, und wenn sie mit Trump nicht hinzubekommen ist, dann mit einem Nachfolger.

„Jede große Errungenschaft war eine Vision, bevor sie Realität wurde“, schreibt Henry Kissinger, der in den 1970er-Jahren das Tor zu Peking aufstieß, in seinem grandiosen Werk *On China*, und er setzt fort: „In diesem Sinne entwickelte sie sich durch Engagement, nicht durch Resignation, zum Unvermeidlichen.“

Das asiatische Jahrhundert wird kommen. Richtiger formuliert: Das asiatische Jahrhundert kehrt nach langem Pausieren in weitgehender Isolation als ein alter Bekannter zurück. Diese Rückkehr ist verbunden mit Krisen und Rückschlägen. Die USA, die trotzdem die machtpolitische Nummer Eins bleiben werden, und Europa wären gut beraten, diese Entwicklung entlang ihrer Interessen mitzugestalten.

„Blühende Landschaften“

Vorhersagen über die Wohlstandsentwicklung gestern und heute

„Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln [...]. Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.“

(Helmut Kohl in seiner Fernsehansprache am 1. Juli 1990 aus Anlass des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR)¹

THOMAS STRAUBHAAR

Geboren 1957 in Unterseen (Schweiz), Ökonom und Migrationsforscher, Professor für Volkswirtschaftslehre der Universität Hamburg, Direktor des Europa-Kollegs Hamburg.

Lange ist Helmut Kohl für seine scheinbare Fehlprognose der „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland kritisiert und süffisant belächelt worden. Aus heutiger Sicht jedoch hat der Kanzler den Lauf der Dinge im Großen und Ganzen richtig eingeschätzt – zumindest

aus ökonomischer Perspektive. Dass es auch im gegenseitigen Verständnis zu einer Annäherung und damit zu einer Verbesserung der empfundenen Lebenssituation in Ostdeutschland gekommen ist, wird im Herbst 2017 ja

gerade heftig infrage gestellt. Kohl hatte lediglich die Zeitspanne zu optimistisch und die finanziellen Transferleistungen von West nach Ost zu gering eingeschätzt, bis es – abgesehen von einzelnen Ausnahmen – rein wirtschaftlich tatsächlich „niemandem schlechter“ ging als zuvor, dafür auch in Ostdeutschland sogar „vielen besser“.

Mit seiner Prognose hat der damalige Bundeskanzler Mut bewiesen. Er wagte eine Voraussage, wohlwissend, dass der Weg zu den „blühenden Landschaften“ lang und beschwerlich sein würde. Der historische Glücksfall der deutschen Wiedervereinigung bremste zunächst das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands in den 1990er-Jahren und beschleunigte die Arbeitslosigkeit. Unvergessen ist die brutale Einstufung Deutschlands als „The sick man of the euro“ des *Economist* im Juni 1999.² „Ist Deutschland noch zu retten?“, fragte der renommierte Ökonom Hans-Werner Sinn.³ Der bekannte Journalist und Herausgeber des *Handelsblatts* Gabor Steingart behauptete gar: „Deutschland – der Abstieg eines Superstars“.⁴

Mittlerweile wissen wir, dass Helmut Kohl mit seiner optimistischen Prognose gar nicht so weit danebenlag. Deutschland ist zum ökonomischen Kraftzentrum Europas und zu einem der verlässlichsten Stabilitätsanker der Welt(wirtschafts)politik geworden. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt seit 2010 ohne Unterbrechung an, und ein Ende des Aufschwungs ist im Herbst 2017 nicht in Sicht. Gerade haben die Forschungsinstitute eine Fortsetzung des Aufschwungs und für das nächste und übernächste Jahr einen Anstieg des BIP um zwei beziehungsweise 1,8 Prozent vorausgesagt. Der Arbeitsmarkt meldet Rekord um Rekord. Die Beschäftigung liegt auf einem historischen Höchststand, die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Niveau seit der Wiedervereinigung.

DER AUSNAHMEZUSTAND ALS NORMALITÄT

Helmut Kohl hätte seine helle Freude an den aktuell guten Wirtschaftsdaten. Er hatte für die deutsche Zukunft ein besseres Gespür als viele andere. So sagte Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das „Ende der Geschichte“ voraus.⁵ Was für ein fundamentaler Irrtum! Demokratie und Marktwirtschaft haben nicht überall gesiegt. Mit Wucht und Gewalt kehren in der jüngeren Vergangenheit ideologische Eiferer, religiöse Fundamentalisten, Nationalisten und Populisten auf die weltpolitische Bühne zurück. Sie markieren den Anfang einer neuen Zeitrechnung, bei der wenig Gültigkeit behält, was vorher als sicher galt.

Wie verlässlich und nachhaltig können Vorhersagen über die Wohlstandsentwicklung des vereinigten Deutschlands in Zukunft sein – in einem Zeitalter, in dem der Normalfall zur Ausnahme und die Unsicherheit zur

Regel werden dürfte? Letzteres hat immense Rückwirkungen auf die wissenschaftliche Analyse der Ereignisse der vergangenen Jahre und auf die Prognosefähigkeit der Ökonomik für künftige Entwicklungen.

Die Ökonomik strebt danach, wirtschaftliche Ereignisse zu erkennen, zu verstehen, zu beschreiben und zu erklären. Sie betrachtet die Realität und versucht, aus Beobachtungen möglichst vieler Einzelfälle allgemein gültige Muster abzuleiten; etwa, dass viele Menschen mehr kaufen, wenn etwas billiger geworden ist. Aus diesen Mustern werden Prognosen erstellt: Für Firmen, die ihren Umsatz steigern wollen, kann es sinnvoll sein, die Preise ihrer Produkte zu senken, um mehr Kunden zum Kauf zu bewegen.

Um aus Erkenntnissen der Vergangenheit sinnvolle Rückschlüsse für die Zukunft abzuleiten, bedarf es jedoch einer gewissen Stabilität der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen. Das Vergangene gilt somit zumindest als grobe Näherung für das Kommende. Solange sich die Weltpolitik und die Weltwirtschaft in ruhigem Fahrwasser bewegen, können Richtung und Geschwindigkeit des Vorankommens und von Veränderungen gut prognostiziert werden. Zwar wiederholt sich Vergangenes nicht wirklich, aber solange wenigstens ein typischer Normalfall für eine Vielzahl von Entscheidungen in der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft eine stabile Annäherung an die Wirklichkeit lieferte, war der Prognosefehler unbedeutend und oft vernachlässigbar gering.

„SCHWARZE SCHWÄNE“

Was aber, wenn es keinen Normalfall mehr gibt, an dem sich die Zukunft verankern lässt? Wenn die Gesetzmäßigkeiten der Vergangenheit unwirksam werden, weil nichts mehr sein wird, wie es war? Wenn Stabilität und Verhaltenssicherheit ausgehebelt werden durch Terroristen, Putschisten und Fundamentalisten? Wenn sich alles verändert und wenig konstant bleibt, dann unterscheidet sich die Zukunft so vollständig von der Vergangenheit, dass die Ökonomik orientierungslos wird. Die Übertragbarkeit von Bekanntem und Verstandenem aus der Vergangenheit in die Zukunft ist damit nicht mehr gegeben, und eine nicht kalkulierbare Unsicherheit dominiert die künftigen Veränderungen. Der Prognosefehler potenziert sich, und die Voraussagen über die Wahrscheinlichkeit von Ereignissen entbehren empirisch gesicherter Verlässlichkeit.

In Zeiten hoher Unsicherheit ohne Normalfall besitzt statistisch berechnete Evidenz oder Signifikanz keine Gültigkeit mehr. Es gibt nur noch das von Nassim Nicholas Taleb als „schwarze Schwäne“ bezeichnete „unbekannte Unbekannte“, das sich weder frühzeitig erkennen noch im Voraus verstehen, vorhersehen oder abwenden lässt.⁶ Wenn „Ausreißer“ nicht die Folge von Sondereffekten sind, sondern viel häufiger vorkommen als gemeinhin

erwartet, ist die Normalverteilung nicht mehr repräsentativ für Wahrscheinlichkeitsberechnungen. Dann existiert eine „Normalverteilung“ immer öfter nur noch in der statistischen Theorie und immer weniger im wirklichen Leben, und es droht die Gefahr, dass Prognosen, die auf der Glockenkurve des Mathematikers Gauß aufbauen – in den Worten Talebs – einen „großen intellektuellen Betrug“ darstellen.

Die Zeit seit der Wiedervereinigung war für Deutschland – bei allen Turbulenzen – im historischen Vergleich durch relative Stabilität und einen erst sehr langsam, dann aber schnell wachsenden wirtschaftlichen Wohlstand gekennzeichnet. Es gab keinen großen Krieg, sondern nur lokale militärische Konflikte. Mit der Europäischen Union entwickelten sich Schritt für Schritt zahlreichere Gemeinsamkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Bevölkerungen. Natürlich gab es auch immense Risiken. Prognosen konnten aber mit einer durch die vergangenen Ereignisse relativ gut abgesicherten Wahrscheinlichkeit getroffen werden.

„FORTSETZUNG DER ALCHEMIE MIT ANDEREN MITTELN“

Treten jedoch Ereignisse von völlig neuer Qualität ein, die somit weder frühzeitig erkennbar sind noch sich im Voraus verstehen, vorhersehen oder abwenden lassen, ist die Zukunft keine Wiederholung der Vergangenheit. An genau diesem Punkt befinden sich die Weltpolitik und Weltwirtschaft seit der Finanzmarktkrise 2007 und ihren dramatischen Folgen.

Brexit, Grexit, Gerxit (ein Euro-Austritt Deutschlands, wie er mancherorts empfohlen wird), eine mögliche Abspaltung Kataloniens vom Königreich Spanien und andere national(istisch)e Zentrifugalkräfte in Europa, machtpolitische Hasardeure in den USA, Antidemokraten in der Türkei und in Russland, ideologische Eiferer, religiöse Fundamentalisten und unberechenbare Terroristen sorgen für Unordnung und Ungleichgewicht. Eine radikale Unsicherheit ist die Folge. Niemand kann mit brauchbarer Präzision voraussagen, was, wann, wo als Nächstes passieren wird.

Wenn aber zunehmend der Mittelwert die Ausnahme und das Extrem die Regel wird, verlieren die gängigen Prognosemodelle bei Noten- und Geschäftsbanken, Ministerien, Ratingagenturen, Finanzanalysten, Anlageberatern und Börsenhändlern ihre wissenschaftliche Basis und damit ihre praxisrelevante Voraussagekraft. Geldpolitik oder Finanzprognosen werden dann zu einem Stochern im Nebel des Unvorhersehbaren. Oder, wie es Mervyn King ausdrückt, wird „Alchemie das Fundament des Geld- und Bankensystems“ – womit er auf den St. Galler Professor Hans Binswanger anspielt, der „die moderne Ökonomik als Fortsetzung der Alchemie mit anderen Mitteln“ brandmarkte.⁷

Wenn ökonomische Vorhersagen das Udenkbare und Unerwartete ausschließen, ist es möglich, dass eine geldpolitische Lockerung mit Zinssenkungen, Offenmarktgeschäften und riesigen Kaufprogrammen von Anleihen die gewünschten Wirkungen entfalten. Genauso gut aber ist möglich, dass Notenbanken das Gegenteil bewirken, weil sie selbst über keinen verlässlichen Kompass verfügen, Informationen über realwirtschaftliche Gegebenheiten verzerren, verfälschen und missachten. Eine expansive Geldpolitik vergrößert dann die Unsicherheit, die sie eigentlich verringern wollte.

Für die wirtschaftspolitische Praxis folgt aus dem Ende der Normalität, dass Regierungen und Notenbanken passiver und nicht aktiver werden sollten. Sie müssten sich auf eine langfristige Rahmengesetzgebung beschränken und auf eine kurzfristige Symptomtherapie verzichten. Denn einfache Kausalitäten erweisen sich mehr denn je als Illusionen. Sie werden den komplexen, nicht linearen Veränderungen und den daraus folgenden Risiken nicht gerecht. Immer öfter werden deshalb scheinbar einfache Lösungen Probleme nicht beheben, sondern verschärfen.

Es gibt eine einfache Erfahrungsregel für den Umgang mit „schwarzen Schwänen“ und mit dem „unbekannten Unbekannten“, für das es keine Erfahrung, keine Erwartung und keine Erklärung gibt: Man verwendet zu viel Zeit für die kleinen und zu wenig Zeit für die großen Veränderungen. Unternehmen sorgen sich über einen Umsatzrückgang, vernachlässigen jedoch die Veränderungen, die beispielsweise mit der Digitalisierung einhergehen und die völlig neue Geschäftsmodelle ermöglichen, aber auch bedingen. Oder: Firmen strengen sich immens an, um ihre Marktanteile auf „alten“ Märkten auszuweiten, und kümmern sich viel zu wenig um die Chancen, die neue Geschäftsideen eröffnen.

ANPASSUNGSFÄHIGKEIT GEWINNT

In turbulenten Zeiten überlebt erfolgreich, wer sich nicht von einzelnen Personen, Produkten, Märkten und schon gar nicht von politischen, steuerlichen oder wettbewerbsrechtlichen Sonderregelungen abhängig macht. Um durch unerwartet eintretende Schocks nicht zerstört, sondern gestärkt zu werden, sind eingeübte, allgemein bekannte Automatismen notwendig. Fixe (Verhaltens-)Regeln und flexible Anpassungsmechanismen sind kein Widerspruch. Sie sind die unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass Unternehmen oder Volkswirtschaften nach einer Phase der Veränderung wieder zu einer neuen, unbekannteren Normalität zurückfinden.

Für die wirtschaftspolitische Praxis folgt daraus, dass sie weniger auf Prognosen und mehr auf Szenarien setzen sollte, die allerlei Brüche und radikale Umwälzungen durchspielen müssten. So lassen sich grundsätzliche Erkenntnisse gewinnen, welche Schocks ebenso große Risiken wie immense

Chancen verursachen. Entsprechend können Vorkehrungen getroffen werden, damit unwahrscheinliche Ereignisse kein unkontrollierbares Chaos verursachen. Beim Scheitern von Plan A in der Realität sollte nicht nur Plan B, sondern auch ein aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich eintretender Plan C oder D rasch Orientierung bieten.

Wirtschaftspolitik muss mehr noch als zu Zeiten Helmut Kohls auf eine immer wieder herausgeforderte, rasche Fähigkeit zur Anpassung an völlig neue Gegebenheiten setzen. Wenn die Zukunft weniger denn je vorhersehbar ist, sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht ein für allemal perfekt für die Ewigkeit geplant werden, sondern brauchbar, rasch umsetzbar und flexibel veränderbar sein.

¹ Fernsehansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl am 1. Juli 1990, www.kas.de/wf/de/71.4516/ [04.10.2017].

² „The sick man of the euro“, in: *The Economist*, 03.06.1999, www.economist.com/node/209559 [04.10.2017].

³ Hans-Werner Sinn: *Ist Deutschland noch zu retten?*, München 2003.

⁴ Gabor Steingart: *Deutschland – der Abstieg eines Superstars*, München 2005 (aktualisierte Ausgabe).

⁵ Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, München 1992.

⁶ Nassim Nicholas Taleb: *Der Schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse*, München 2015.

⁷ Mervyn King: *The End of Alchemy. Money, Banking, and the Future of the Global Economy*, New York 2016; Hans Christoph Binswanger: *Money and Magic. A Critique of the Modern Economy in the Light of Goethe's Faust*, Chicago 1994.

Pichts

„Bildungskatastrophe“

—
Falsche Diagnose oder Anstoß zur notwendigen Modernisierung?

HEINZ-ELMAR TENORTH

Geboren 1944 in Essen, bis 2011
Professor für Historische
Erziehungswissenschaft am Institut
für Erziehungswissenschaften
der Humboldt-Universität zu Berlin.

Georg Pichts Diagnose der „deutschen Bildungskatastrophe“ gehört zu den bekanntesten Zeitdiagnosen der bundesrepublikanischen Geschichte.¹ In der Regel wird sie als Auftakt der bis heute andauernden Bildungsexpansion und der Reformepoche im Bil-

dungswesen rezipiert – und nicht selten zugleich als Startpunkt aller Probleme der Bildungsexpansion kritisiert.

Joachim Radkau widmet in seiner *Geschichte der Zukunft* Georg Picht ein ganzes Kapitel und charakterisiert ihn als Exempel sowohl für den fatalen Beginn als auch für das dauerhafte Elend der „Prognosen und Visionen“ über

die Situation des Bildungswesens „in Deutschland von 1945 bis heute“.² Auch hier nichts als „Irrungen“, von Picht bis PISA nur diagnostische Schwierigkeiten und argumentative Schwächen, triviale Analysen und immer neue Reformempfehlungen ohne Sensibilität für die Realität, die Leistungen und die kulturell-nationalen Eigenarten der Schule, zugleich unbesorgt gegenüber den intendierten und nicht intendierten Folgen der eigenen Ratschläge – so kann man Radkaus Thesen pointiert resümieren.

Aber wird man dem Religionsphilosophen, Plato-Forscher, Internatsleiter und Bildungskritiker Georg Picht (1913 bis 1982) damit gerecht? Mehr noch: Ist mit der Picht-Schelte quasi der Geburtsfehler für die in Zielen und Werten ideologisch gespaltene bundesrepublikanische Bildungspolitik identifiziert? Liest man heute Pichts Artikel – im Februar 1964 zuerst in der Stuttgarter Wochenzeitung *Christ und Welt* und bald danach auch als Buch (mit einer umfangreichen Dokumentation der zeitgenössischen Diskussion) erschienen – aus heutiger bildungshistorischer Distanz, wird man eher vorsichtig.

FAST EIN NEUER KLASSENSTAAT

Zunächst sieht sich der Leser einem heterogenen Gemenge von Argumenten gegenüber. Nüchterne empirische Daten, vor allem über den demografisch zu erwartenden Anstieg der Schülerzahlen, stehen neben bildungspolitischen Behauptungen, dass etwa der parallel notwendige Anstieg der Lehrerschaft und der Ausbau der schulischen Infrastruktur nicht einmal planerisch realistisch gesehen würden. Die Erhöhung der Abiturientenzahlen, für Picht die zentrale strategische Größe für die Sicherung des Lehrernachwuchses und deshalb – aus guten Gründen – ins Zentrum der Forderungen gerückt, sei ebenso wenig beachtet worden wie die notwendige Reform der Sekundarschulen (zumindest auf dem Lande) oder der Wandel der Bildungsverwaltung und die Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit durch die Einrichtung einer umfassenden, wissenschaftlich fundierten Bildungsplanung, die Universitäten und die Wissenschaft, Schule und Lehrer zugleich zum Thema macht.

Andererseits entwickelt Picht, wenn er immer wieder den drohenden „Bildungsnotstand“, ja einen „nationalen Notstand erster Ordnung“ behauptet, nahezu apokalyptische Diagnosen. Diese Dramatisierung begründet er mit der These: „Notstand des Bildungswesens heißt Notstand der ganzen Gesellschaft.“ Letztere sei nicht nur planungsunfähig, auch eine „gerechte Verteilung der Bildungschancen“ sei nicht gegeben, „Sozialauslese“ regiere – zulasten der Unterschichten, aber auch des katholischen Milieus. Giselher Wirsing, der Chefredakteur von *Christ und Welt* – einer konservativen protestantischen Zeitung, wie man hier erinnern muss –, resümiert besorgt, dass „fast ein neuer Klassenstaat“ zu erkennen sei.³

EIN ZIVILISATIONSBRUCH?

Dabei resultiert die Schärfe von Pichts Krisendiagnose aus der Annahme, dass der Abiturientenmangel mehr als ein technisches Planungs- und politisches Mobilisierungsproblem signalisiere: „Die Zahl der Abiturienten bezeichnet das geistige Potential eines Volkes.“ Neben den kulturellen Auswirkungen hingen davon auch die „Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, die Höhe des Sozialproduktes und die politische Stellung“ der Nation ab. Kulturkritik und Bildungsökonomie, politische Zeitdiagnose und pädagogische Sorgen, alte Bildungsempfehlungen und nationale Selbstbestätigung stehen also nebeneinander. Als „alarmierend“ empfand er vor allem das fehlende Bewusstsein für den Ernst der Lage. Der internationale Vergleich müsse wachrütteln – das „Ausland“ wird hier zum Argument! Es zeige sich ein „Rückstand“ gegenüber den Nachbarn und ein Absinken auf das Niveau von Ländern wie „Jugoslawien, Irland und Portugal“, bei denen es Picht offenbar schauderte. „Provinzialismus“ lautet deshalb seine zugespitzte Diagnose: „Unser Bildungswesen ist funktionsunfähig geworden.“ Umkehr sei nötig, aber auch möglich: „Deutschland kann als Kulturstaat noch erhalten bleiben.“ Aber die Politiker müssten jetzt handeln: „Tun sie es nicht, so steht schon heute fest, wer für den dritten großen Zusammenbruch der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert verantwortlich ist.“ Die Bildungskatastrophe steht auf gleicher Höhe mit dem Ersten Weltkrieg und dem Zivilisationsbruch des nationalsozialistischen Deutschland – darunter geht es für Picht nicht.

BEOBACHTER HINKTEN HINTERHER

Hat er recht mit seinen empirischen Befunden und seiner Krisendiagnose? Betrachtet man die Daten über die Entwicklung der Schülerzahlen sowie über den Lehrerbestand und -bedarf, dann wird man Picht auch heute nicht widersprechen können.⁴ Richtig ist darüber hinaus, dass im Bildungssystem Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre ein gravierendes räumliches und personelles Ausbaufizit und ein qualitativer Veränderungsbedarf bestanden. Picht sah diesen organisatorisch vor allem in der obligatorischen Sekundarschule, in der noch weit verbreiteten Landschule und – mit Blick auf den Lehrplan – zum Beispiel im fehlenden Fremdsprachenunterricht. Aber hier wird ersichtlich, wie selektiv sein Blick auf die Schule gewesen ist, denn die Berufsbildung kommt allenfalls am Rande vor.

Wird man auch seinen kulturkritischen Diagnosen heute noch zustimmen? Da sind die Antworten schwieriger, weil Pichts Diagnosen und Prämissen unterschiedliche Referenzen zugrunde liegen – relativ eindeutige statistische Daten neben sozialwissenschaftlichen Interpretationen, vor allem aus

der Bildungsökonomie, und dann vor allem die Studien von Friedrich Ed-
ding, die damals große Aufmerksamkeit fanden.

Er argumentiert aber auch mit traditionellen Begriffen der bildungs-
bürgerlichen Selbstverständigung über Staat und Nation, die sich im Begriff
des „Kulturstaates“ verdichten, und artikuliert schließlich bildungstheoreti-
sche, protestantisch gefärbte Grundüberzeugungen – etwa, dass Bildung und
individuelle Anstrengung, vor allem die akademische Bildung und Eliten-
bildung, das Wohl der Nation am besten sichern könnten. Hier treffen die ers-
ten großen (und in ihren starken Annahmen über die ökonomisch ausschlag-
gebende Rolle des Humankapitals bald falsifizierten) Prophezeiungen der
frühen Bildungsökonomien, dass Bildung und Wirtschaftswachstum kausal
eng gekoppelt seien und deshalb auch die Quote von Abiturienten und Akade-
mikern das ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft zuverlässig abbilde,
mit dem traditionellen großen Versprechen der Pädagogen und Bildungsthe-
oretiker zusammen, dass die Zukunft von Staat und Nation von „Bildung“
abhängig sei – was immer das bedeutet.

Aber schon für die Adressaten von Bildung ist seine Krisendiagnose
unzutreffend: Die Beteiligungsraten an höherer Bildung – gemessen am Über-
gang zum Gymnasium – stiegen bereits seit Mitte der 1950er-Jahre eindeutig
und rapide, nicht erst mit der Bildungswerbung nach 1964/65. Das Schulpubli-
kum hatte schon lange vor Picht verstanden, welche zentrale Bedeutung dem
Abitur zukommt.

Die alte bildungsbürgerliche Überzeugung von Bildung als Besitz war
gesellschaftsweit anerkannt, die großen Aspirationen und sozialpazifizieren-
den Hoffnungen, die seit dem frühen 20. Jahrhundert mit der Propaganda des
„Aufstiegs durch Bildung“ verbunden und jetzt in „Bildung als Bürgerrecht“⁵
politisch geadelt wurden, waren längst Allgemeingut geworden. Die Beobach-
ter hinkten insofern also dem tatsächlichen Bildungsverhalten hinterher.

AUSLÖSER DER BILDUNGSEXANSION?

Aber hatte Picht wenigstens mit seinen harschen Urteilen über die Bildungs-
politik um 1964 recht? Setzte er damit die historische Zäsur in der politischen
Wahrnehmung des Bildungsproblems und in den Prämissen der Bildungs-
politik, die die bis heute anhaltende Bildungsexpansion auslösten? Stellt man
Picht in den Kontext der Zeitdiagnosen und der Bildungspolitik, dann muss
man die Zuschreibung an Picht als den großen Initiator und Auslöser der Bil-
dungsexpansion stark problematisieren. Die Zuschreibung erweist sich als
Tradierung einer Illusion – als seien die Dynamik im Bildungssystem und das
Verhalten ihrer Akteure primär politisch bestimmt, als würden die Aufregun-
gen, die in der wiederkehrenden Rhetorik von Katastrophe und Krise formu-
liert werden, von einer problemblinden Bildungspolitik belastet und verstärkt,

die vom Föderalismus leider – wie Kritiker sagen – ins Recht und in die Macht
gesetzt wird, aber im Grunde nur ihre Unfähigkeit demonstriert.

Vorsicht ist bereits geboten, wenn man auf die Daten schaut, die Picht
nutzte. Dabei handelte es sich – oh Wunder! – um Daten, die im Auftrag der so
häufig verachteten Kultusministerkonferenz (KMK) erstellt und 1963 vorge-
legt wurden, um die demografische Entwicklung und ihre Konsequenzen für
die Schulpolitik präziser zu erfassen. Die KMK war keineswegs nur als daten-
generierender Beobachter aktiv, sondern hatte 1964 im Vorfeld ihrer 100. Sit-
zung notwendige Reformen im Bildungswesen und in der Bildungspolitik in
ihrer „Berliner Erklärung“ beschlossen. Das war nicht das Nachbeten der
Picht'schen Forderungen; im Gegenteil: Picht bediente sich vielmehr ihrer.
Die Hauptschule als Modernisierung der Volksschuloberstufe stammt zum
Beispiel ebenso aus diesem Kontext wie Maßnahmen zur Lehrerbildung oder
die Klausel, die länderspezifische Schulversuche erlaubt und damit eine neue
Schulpolitik, die man dann bald in Hessen – mit Ernst Schütte schon seit
1958 – oder in Baden-Württemberg, Berlin und Niedersachsen erleben konnte.

Diese Aktivitäten standen nicht isoliert oder nur als Reaktion auf Picht,
sondern griffen Anregungen von Planungs- und Beobachtungsgremien auf,
die schon in der Mitte der 1950er-Jahre gegründet worden waren – wie etwa
des 1953 gegründeten „Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und
Bildungswesen“ (DA), dem Picht selbst angehörte, oder des 1957 etablierten
„Wissenschaftsrats“. In Letzterem wurden explizit Bildungsplanung, -ökono-
mie und -forschung diskutiert. Zum Kontext der Gründung des Wissen-
schaftsrates gehört ein Plan von August Rucker (1954 bis 1957 Staatsminis-
ter für Unterricht und Kultus in Bayern im Kabinett Wilhelm Hoegner, der
einzigen sozialdemokratisch geführten Regierung aus SPD, Bayernpartei,
FDP und des Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und
Entrechteten in Bayern GB/BHE bis heute) aus dem Jahr 1956, der den Aus-
bau von Fach- und Ingenieurschulen vorsah. Der Wissenschaftsrat folgte
1960 mit einem Ausbauplan für die Universitäten; Anfang der 1960er-Jahre
wurden in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg – von
CDU-Regierungen – neue Universitäten gegründet (Bochum, Konstanz, Re-
gensburg), 1965 schließlich begann der Bildungsrat, über den seit 1963/64
gesprochen wurde, in der Kooperation von Forschung, Politik und Verwal-
tung seine Arbeit.

PICHTS IDEENGEBER

Das Bündnis von Politik und Bildungsforschung wurde also nicht erst und
schon gar nicht allein durch das protestantisch-liberale Milieu um Hellmut
Becker oder Hartmut von Hentig, Richard von Weizsäcker oder Picht ins Ge-
spräch gebracht, wie heute gelegentlich der Eindruck erweckt wird.⁶ Auch die

empirische Bildungsforschung begann nicht erst mit der Gründung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung 1963, sondern bereits Anfang der 1950er-Jahre mit der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung (heute Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung), in der die Bildungssoziologie (mit Eugen Lemberg) und die Bildungsökonomie (mit Friedrich Edding) schon vor 1960 gepflegt wurden, auf die Picht oder Hellmut Becker später zurückgriffen.

Auch die Parteien hatten die Bildungspolitik vor Picht entdeckt. Parallel zur Arbeit am Godesberger Programm veranstaltete die Sozialdemokratie einen ersten großen bildungspolitischen Kongress, allerdings: „Auslese“ stand hier, wie in Hessen nach 1958, noch gleichwertig neben „Förderung“. Die Bundestagsdebatte, die im März 1964 stattfand, retrospektiv scheinbar als Antwort auf Picht (der auch explizit erwähnt wird), war in Wirklichkeit schon im Januar 1964, also vor Pichts Artikeln, mit einer Großen Anfrage der SPD zur Regierungserklärung des Kanzlers Ludwig Erhard vom 18. Oktober 1963 veranlasst worden. Erhard hatte, ein Signal für das große CDU-Interesse am Thema, in seiner Rede das Thema Bildung der „Bedeutung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert“ gleichgeordnet. Die SPD wollte deshalb wissen, was denn die Bundesregierung konkret plane, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse zu sichern und die Bildungspolitik in den ihr zustehenden Rang zu heben. An den prominenten Kultusministern von Paul Mikat über Wilhelm Hahn bis zu Bernhard Vogel und Hans Maier sieht man zugleich, dass reformorientierte Bildungspolitik kein Privileg der SPD war oder prominent nur von Carl-Heinz Evers oder Johannes Rau vertreten wurde.

Seit 1964 herrschte schließlich Konsens darüber, dass die alte Planungs- und Reflexionsform von Bildung, wie sie im Gespräch gebildeter Akteure aus Politik und Kultur im DA seit 1953 etabliert war, nicht weitergeführt werden konnte. Als neues Forum wurde 1965 der „Bildungsrat“ gegründet. Seine beiden Säulen der „Bildungskommission“ und der „Regierungskommission“ etablierten eine Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik, Bund und Ländern sowie Forschung und Entwicklung, die für die Folgezeit prägend wurde, weil erst sie den ideologischen Konflikt über die „Gesamtschule“ erzeugte, der die Bildungspolitik seither dominierte.⁷ Hier wird die Realität von Bildungspolitik ebenso erzeugt wie die Muster ihrer Wahrnehmung – und nicht mit oder von Picht.

Der Bildungsrat steht dabei in Polemiken und Analysen im Grunde für einen Komplex unterschiedlichster Diskurse und Akteure, Systemzustände und Veränderungen im Bildungswesen. Dazu gehören politische Fraktionierungen und Überzeugungen, etwa über die Gestaltbarkeit von Begabung und die Abwehr von „Auslese“, Forschungsaktivitäten und -kontroversen, Diagnosen von innen oder von auswärtigen Beobachtern, etwa der OECD oder der *International Association for the Evaluation of Educational Achievement* (IEA). Eingebettet ist das in den tatsächlichen Wandel im Bildungssystem, im

Bildungsverhalten der gesellschaftlichen Milieus und in der Bildungsverfassung – man denke nur an die „Gemeinschaftsaufgaben“, die das Grundgesetz seit 1969 als gravierenden Wandel in der föderalen Verfassung kennt.

DER ANFANG DER AUFGEREGTHEITEN

Theoriekonjunkturen in den Bildungswissenschaften und systemischer Wandel sind begleitet von den kontinuierlichen Aufgeregtheiten der Beobachter in der Öffentlichkeit, in den Medien und in den beteiligten Wissenschaften selbst. Picht war wahrscheinlich am ehesten für diese Aufgeregtheiten ausschlaggebend – in der Mischung von Deskription und Apokalypse, Mittelwertstatistik und Planungsemphase, die man – abgesehen vielleicht von der Ruhepause in den 1980er-Jahren, als wir den „melancholischen Diskurs, nach der Orgie“ der 1960/70er-Jahre pflegten⁸ – seit der Wiedervereinigung von 1990 erneut kennt. Diese Aufgeregtheit erfuhr mit dem „PISA-Schock“ 2001 eine neue Dynamik und zeigt heute in besorgten und fordernden Texten über „digitale Bildung“ oder die diversen „Bildungsdisparitäten“, „Heterogenität“ oder „Inklusion“, „Bildungsstandards“ und „Kompetenzen“ oder G8 und G9 (nachdem die Gesamtschule vom Tisch ist) eine eigene Stabilität.

NUR SCHEINBARE VORREITERROLLE

Die unverkennbare Nähe zu Picht und seine scheinbare Vorreiterrolle wurzelt in einigen konstanten Argumenten, deren Schwächen aber unverkennbar sind:

1. die konflikthaften Urteile über den Föderalismus (die aber seine Dynamik verkennen),
2. die nicht leicht interpretierbaren Diagnosen der Bildungsforschung (die, wie bei Picht oder Hellmut Becker, bei Andreas Schleicher und der OECD, zu oft selbst Partei sind oder Trivialitäten zu Grundlagenbefunden aufblasen, wie bei John Hattie, der meint, uns erinnern zu müssen, dass es auf den Lehrer ankommt, oder die zentrale Strukturprämissen des deutschen Bildungssystems zu lange ignorieren, wie bei der OECD),
3. die falsche Konzentration auf das Abitur als zentralen Indikator für Gleichheit und Bildungserfolg (die nur die Statusideologie des Bürgertums bekräftigt, statt am Abitur die zentrale, ebenso förderliche wie problematische Steuerungsfunktion im Bildungssystem zu diskutieren) und
4. schließlich die Ignoranz, zumindest aber das Desinteresse gegenüber dem Bildungsverhalten der Akteure. Die nämlich, gleich ob Frauen oder Katholiken, Arbeiterkinder oder Lernende „mit Migrationshintergrund“,

konstruieren ihre eigenen Bildungskarrieren relativ unabhängig von diesen Aufgeregtheiten, auch über die Nutzung zweiter Bildungswege und gelegentlich zur Überraschung der Bildungsforscher.

Anders als zu Pichts Zeiten kann man deshalb heute von einer Bildungsbenachteiligung von Frauen oder Katholiken nicht mehr sprechen, und nicht alle „Disparitäten“, die uns die Bildungsforscher zeigen, können zugleich als Ausdruck von Ungerechtigkeit interpretiert werden. Angemessene Erklärungen für die Differenzen im Bildungsverhalten liefern sie schon gar nicht. Gelassenheit ist deshalb wahrscheinlich die Tugend, die man auch gegenüber dem Alarmismus in der Bildungsdebatte pflegen sollte – zumindest das kann man aus der Beobachtung von Pichts „Bildungskatastrophe“ lernen.

¹ Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg i. Br. 1964.

² Joachim Radkau: Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute, München 2017, S. 210–241.

³ Zit. nach Picht 1964, S. 13.

⁴ Vgl. Peter Lundgreen (Hrsg.): Bildungsbeteiligung. Wachstumsmuster und Chancenstrukturen 1800–2000, Beiheft 7 der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Wiesbaden 2006.

⁵ Ralf Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965.

⁶ Ulrich Raulff: Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben. Eine abgründige Geschichte, München 2010.

⁷ Heinz-Elmar Tenorth: „Politikberatung und Wandel der Expertenrolle oder: Die Expertise der Erziehungswissenschaft“, in: Reinhard Fatke / Jürgen Oelkers (Hrsg.): Das Selbstverständnis der Erziehungswissenschaft: Geschichte und Gegenwart, 60. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik, Weinheim/Basel 2014, S. 139–171.

⁸ Ewald Terhart: „Bildungsforschung, Bildungsadministration, Bildungswirklichkeit: eine systematische Annäherung“, in: Klaus-Jürgen Tillmann / Witlof Vollstädt (Hrsg.): Politikberatung durch Bildungsforschung, Opladen 2001, S. 17.

Das Ticken der „Doomsday Clock“

Nukleare Prophezeiungen und Prognosen gestern und heute

MICHAEL RÜHLE

Geboren 1959 in Stuttgart, leitet das Referat Energiesicherheit in der NATO-Abteilung für neue Sicherheitsherausforderungen. Er gibt hier unabhängig von seiner Funktion ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Seit Anbruch des nuklearen Zeitalters stellt sich die Frage, wie mit der Existenz von Atomwaffen umzugehen ist. Durch die nuklearen Drohgebärden Nordkoreas ist

diese Problematik jüngst wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt.

Die enorme Zerstörungskraft macht Kernwaffen zu einer singulären politischen, militärischen und moralischen Herausforderung. Die orthodoxe Sicherheitspolitik nutzt das zerstörerische Potenzial der Kernwaffen zur Kriegsverhinderung. Abschreckung lautet der zentrale Gedanke, dem gemäß die latente Furcht vor dem nuklearen Feuer die internationale Politik zähme. Für die Kritiker ist dieses

Argument ohne Belang. Für sie ist der Einsatz von Nuklearwaffen – bewusst initiiert oder versehentlich ausgelöst – nur eine Frage der Zeit, selbst wenn seit über siebzig Jahren keine Nuklearwaffen militärisch eingesetzt worden sind. Sie halten die Abschaffung aller Nuklearwaffen für den einzigen Ausweg, um der nuklearen Katastrophe zu entgehen.

WAHRSCHEINLICHKEIT DES WELTUNTERGANGS

Immer wieder haben diese Kritiker versucht, ihren Warnungen durch entsprechende Symbolik Nachdruck zu verleihen. 1947 erschien erstmals die „Doomsday Clock“ auf dem Titel des amerikanischen Magazins *Bulletin of the Atomic Scientists*, deren Zeiger auf sieben Minuten vor Mitternacht standen. Seit jener Zeit haben sie sich jedes Jahr um einige Minuten vor oder zurück bewegt – doch immer blieben sie nahe genug an der Zahl Zwölf, um vor der drohende Apokalypse zu warnen. Dass ausgerechnet der wissenschaftliche Beirat einer Zeitschrift zu wissen vorgibt, wie es um den Zustand der Welt bestellt ist, hat immer wieder Widerspruch hervorgerufen. Vor allem aber hat das durch die Uhr suggerierte Bild einer Menschheit, die sich ständig am Rand der Katastrophe befindet, die Frage aufgeworfen, ob es sich hier nicht eher um ein kontra-produktives – weil entmutigendes – Symbol handelt, das letztlich nur Resignation erzeugt.

Trotz allem wurde die „Doomsday Clock“ zu einer Ikone des Nuklearzeitalters. Sie reflektierte die diffuse Angst vor dem nuklearen Inferno, ohne jedoch prä-

zise Prognosen über den Zeitpunkt des Eintritts der Katastrophe abzugeben. Alle Versuche, konkreter zu werden, sind – eigentlich nicht überraschend – gescheitert. Dies gilt beispielsweise für die Wissenschaftler, die in den 1950er- und 1960er-Jahren glaubten, die Wahrscheinlichkeit des nuklearen Weltuntergangs mathematisch voraussagen zu können. Es gilt ebenso für die sogenannten Friedensforscher, die in den 1980er-Jahren mit der Aussage Panik auslösten, die Stationierung bestimmter Waffensysteme durch die NATO werde unweigerlich einen Nuklearkrieg provozieren, weil man die Sowjetunion zum nuklearen Präventivschlag zwingen. Sie alle scheiterten glücklicherweise an der Tatsache, dass die Kernwaffenstaaten sich als weitaus vorsichtiger im Umgang miteinander erwiesen, als es die Kritiker befürchtet hatten.

NUKLEARE „GAME CHANGER“

Doch Zweifel an der Qualität mancher nuklearer Prophezeiungen ändern nichts an der Notwendigkeit des Versuchs, globale nukleare Entwicklungen wenigstens in ihren Grundzügen vorauszusehen, um die eigene Politik entsprechend justieren zu können. Dies ist weitaus weniger spekulativ, als es den Anschein haben mag. Betrachtet man die Entwicklung des nuklearen Dossiers der letzten beiden Jahrzehnte, so lassen sich mehrere Faktoren ausmachen, die die kommenden Jahre entscheidend prägen werden. Diese Entwicklungen werden zwar nicht zur Abschaffung von Nuklearwaffen führen, sie werden jedoch die Aufrechterhaltung des

Prinzips der nuklearen Abschreckung als Grundlage westlicher Sicherheitspolitik wesentlich erschweren.

Spätestens seit der im Sommer 2017 ausgesprochenen Drohung Nordkoreas, eine Nuklearwaffe über dem Pazifik zur Explosion zu bringen, ist der Einsatz einer Nuklearwaffe jenseits eines unterirdischen Tests wahrscheinlicher geworden. Die Detonation einer einzigen Atom-bombe – selbst wenn sie, wie in der Drohung Nordkoreas angedeutet, nur als politisches Signal gedacht wäre und keine großen menschlichen Opfer verursachen würde – wäre ein „game changer“ von enormer Bedeutung. Nuklearkritiker würden einen solchen Vorfall als endgültigen Beweis dafür sehen, dass Atomwaffen als Mittel zur Friedenssicherung untauglich sind; für andere wäre nukleare Abschreckung jetzt erst recht unverzichtbar. Die Folge wäre eine internationale Debatte, in der viele sicherheitspolitische Grundsätze zur Disposition gestellt werden könnten.

GEFAHR DES NUKLEARTERRORISMUS

Ein schwerer Unfall in der nuklearen militärischen Infrastruktur eines Staates, gleichgültig, ob durch Sabotage oder unzureichend geschultes Personal, wäre ein weiterer „game changer“ mit unübersehbaren politischen Folgen. Überwog bislang die Auffassung, dass der sicherheitspolitische Nutzen nuklearer Abschreckung ihre Risiken aufwiege, könnte ein Unfall große Teile der Öffentlichkeit zu der Überzeugung führen, dass der Besitz von Nuklearwaffen in erster Linie ein Sicherheitsrisiko darstelle. Dasselbe Ergebnis

wäre bei einem massiven Cyberangriff gegen die nukleare Infrastruktur eines Staates zu erwarten. Die Erkenntnis, dass ein Nuklearwaffenstaat nicht immer die volle Kontrolle über sein Atomarsenal besitzen könnte, würde das öffentliche Vertrauen in die etablierte Sicherheitspolitik massiv beschädigen.

Der Nuklearterrorismus ist ein weiterer Faktor, der die Rolle von Kernwaffen in der internationalen Politik nachhaltig verändern könnte. Zwar erfordert der Bau einer Atomwaffe nach wie vor eine aufwendige (staatliche) Infrastruktur; sollte es Terroristen dennoch gelingen, glaubwürdig mit dem Einsatz einer nuklearen Waffe zu drohen, oder sollte in einem Nuklearwaffenstaat ein fundamentalistisches Regime an die Macht kommen, so würde eine völlig neue Bedrohungslage entstehen. Die nukleare Abschreckung bliebe zwar ein wichtiges Instrument für die Zähmung der zwischenstaatlichen Beziehungen, doch mit der religiösen oder ideologischen Rechtfertigung für Massenmord und Märtyrertum würden die Regeln des nuklearen Abschreckungssystems teilweise aufgehoben.

Ein nuklearer Domino-Effekt in einer geopolitischen Schlüsselregion wäre ein weiterer Faktor, der die Bedeutung nuklearer Abschreckung verändern könnte. Zwar ist die Zahl der Länder, die sich für eine nukleare Bewaffnung entschieden haben, bislang gering geblieben; das Auftauchen eines neuen nuklearen Hegemons in einer spannungsgeladenen Region wie dem Nahen Osten könnte jedoch Nachbarstaaten zur Reaktion zwingen. Würden sie von der „Plutonium-Option“ Gebrauch machen, also ihre zivilen Leichtwasserreaktoren zweckentfremden, um waffenfähiges Plutonium herzustellen, könnte die daraus

resultierende „Proliferationskaskade“ die Nichtverbreitungsbemühungen der vergangenen fünfzig Jahre weitgehend zu nichtemachen.

„ERWEITERTE ABSCHRECKUNG“ UND KERNWAFFENVERBOT

Die Ausdehnung der nuklearen Schutzverpflichtungen der Vereinigten Staaten auf ihre nicht-nuklear gerüsteten Verbündeten gehört zu den wichtigsten ordnungspolitischen Konstanten des nuklearen Zeitalters. Über dreißig Staaten in Europa und Asien vertrauen auf den „nuklearen Schirm“ der USA, der ihre Sicherheit garantiert und zugleich eine nationale nukleare Option entbehrlich macht. Sollten die USA jedoch diese Politik aus ideologischen oder finanziellen Gründen aufgeben, so würden einige Verbündete zu dem Schluss gelangen, dass man selbst für seine nukleare Sicherheit sorgen müsse. Dies wäre nicht nur ein schwerer Schlag für das globale Nichtverbreitungsregime, sondern auch für die Glaubwürdigkeit der gesamten globalen Ordnungspolitik der USA.

Auch eine dramatische Veränderung des rechtlichen Rahmens für die globale nukleare Ordnung könnte eine auf nukleare Abschreckung aufbauende Sicherheitspolitik untergraben. Der gegenwärtig in den Vereinten Nationen erarbeitete Nuklearwaffen-Verbotsvertrag, der Atomwaffen als „illegal“ stigmatisieren soll, wird zwar nicht zur globalen Abrüstung führen, aber die Kluft zwischen Nuklearwaffen- und vielen Nicht-Nuklearwaffenstaaten vertiefen. Damit wird zugleich der Atomwaffensperrvertrag, der einzige

nahezu universelle Rahmen für die Regulierung des nuklearen Besitzes beziehungsweise Nichtbesitzes, einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Am Ende könnte eine neue Ära ohne jede Art von vereinbarter nuklearer „governance“ stehen, die weitaus weniger berechenbar wäre als das gegenwärtige Regelwerk.

EIN NEUES NUKLEARZEITALTER?

Alle alarmistischen Prophezeiungen über die unmittelbar bevorstehende nukleare Apokalypse haben sich bislang als falsch entpuppt. Seit 1945 wurde keine Nuklearwaffe mehr militärisch eingesetzt. Die Nuklear-Pessimisten übertrieben die kriegsauslösenden technologischen Zwänge und unterschätzten den politischen Willen der Kernwaffenstaaten zur Kriegsverhinderung. Dennoch wird die grundsätzliche Kritik an der nuklearen Abschreckung als eine Art permanentes Misstrauensvotum gegenüber der etablierten Sicherheitspolitik weitergehen. Verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik heißt deshalb, die Bedeutung nuklearer Abschreckung überzeugend zu erklären, ohne dabei ihre Risiken zu bagatellisieren. Angesichts der hier beschriebenen Entwicklungen, die in ihrer Gesamtheit nichts weniger als ein neues Nuklearzeitalter begründen könnten, wird dies der politischen Führung des Westens in den kommenden Jahren viel abverlangen. Die „Doomsday Clock“ tickt wie schon seit Beginn des nuklearen Zeitalters. Eine Zwangsläufigkeit, dass die Zeiger die Zwölf erreichen, gibt es auch bei einer veränderten Weltlage nicht.

A Never Ending Story?

Römische Antike und die Prophezeiung des Untergangs

ROLAND STEINACHER

Geboren 1972 in Innsbruck,
Mitglied der Kolleg-Forscherguppe
Migration und Mobilität, Eberhard
Karls Universität Tübingen.

Europa wandte sich häufig nach Rom, wenn es um Vorbild, Orientierung, aber auch Warnung oder Prophezeiung ging. Glaubte das 18. Jahrhundert im Römischen Reich Rationalität und ein gerechtes, stabiles politisches System zu

finden, suchte das 19. Jahrhundert ebenfalls nach einer Rechtfertigung für Eroberungen und koloniale Herrschaft. Die totalitären Regime des vergangenen Jahrhunderts wiederum fanden Bilder von Stärke und Ordnung, sie orientierten sich für ihre Propagandabauten an römischer Architektur.

Heute jedoch scheinen Furcht und Schrecken an die erste Stelle getreten zu sein. Donald Trump möchten manche mit populistischen („popularen“) Politikern der römischen Republik, wie Catilina und Caesar, oder gar mit den Paradebeispielen von Tyrannen, wie den Kaisern Nero oder Caracalla, vergleichen.¹ Ein Fachhistoriker prophezeit bürgerkriegsähnliche Zustände und Verfallserscheinungen in der Europäischen Union, etwa ein „Ende des Westens, wie wir ihn kannten“.² „Wertewandel“, „Individualismus“,

„Familienzerfall“, „Masseneinwanderung“, „Ultraliberalismus“ und andere Faktoren hätten in der ausgehenden römischen Republik wie im Europa unserer Tage die „herkömmlichen Gesellschafts- und Staatsmodelle“ ausgehöhlt. Das Ende sei nun nahe.³

Für die Spätantike und das Ende der (west)römischen Staatlichkeit findet sich ein anderes Schreckensbild. Wilde barbarische Horden sollen die befestigten Grenzen überrannt und einer hochentwickelten Zivilisation den Todesstoß versetzt haben. Nicht nur einmal wurde das politische Ende Westroms dabei zu den Flüchtlingsströmen unserer Tage in Beziehung gesetzt. Ein bekannter Althistoriker schrieb 2016, das Römerreich sei fremdenfreundlich gewesen, man habe Einwanderung akzeptiert, ja gefördert, und sei letztlich an ihr gescheitert. Ähnliches – so wird damit unverhohlen impliziert – drohe nun Deutschland und Europa.⁴

GERINGER NUTZEN – GROSSER SCHADEN

Wenn Wissenschaftler aufgeladenen Vergleichen differenzierend entgegen treten, wird ihnen nicht selten in populistischer Manier einfach die Kompetenz abgesprochen. Das geschah der Cambridger Althistorikerin Mary Beard, als sie Arron Banks, Bankier und Finanzier der UKIP (*United Kingdom Independent Party*), auf Twitter widersprach. Banks hatte behauptet, Einwanderung habe das Römische Reich zerstört, und das geschehe nun ebenfalls dem Vereinigten Königreich – wieder so eine Prophezeiung. Professor Beards Forderung, differenziert zu diskutieren und die Quellen zu lesen, sowie der Verweis auf ihren Expertenstatus hatten viele Diskussionen und auch Angriffe zur Folge. Banks antwortete mit der Feststellung, die Wissenschaft habe kein Monopol auf die Deutung der Geschichte, „you don't have a monopoly on history“. Schließlich habe er sich mit der Sache sehr wohl befasst und mehrmals mit seinem Sohn den Film „Gladiator“ gesehen.⁵ Wissenschaftliche Expertise anzuzweifeln oder gar zu negieren, ist in Europa und Trumps USA häufiger geworden.

Schließlich bleibt festzustellen, dass solch aufgeregten Debatten wenig nützen, aber viel schaden. Übrig bleibt in den Köpfen jener, die sich schon ihr Bild von der Welt gemacht haben, die Ansicht, dass die Wissenschaft ohnehin nur aus politisch korrekten „Gutmenschen“ besteht, die die Wahrheit zu verschleiern trachten. Als Angela Merkel im Sommer dieses Jahres beim Politischen Forum Ruhr über Soziale Marktwirtschaft und Ludwig Erhard referierte, ging es auch um offene Grenzen und politische sowie wirtschaftliche Verantwortung. Auf Einwände reagierend, bediente sich Frau Merkel historischer Vergleiche. Dem Römischen Reich sei es nicht durch Abschottung wirtschaftlich gut gegangen, sondern weil es intensiven Austausch mit seinen

Nachbarn unterhalten habe. Höhnisch entgegnete ein Journalist der *Wirtschaftswoche* daraufhin, niemand im Saal habe eine Ahnung vom tatsächlichen Ausmaß des mit der Völkerwanderung und dem Zusammenbruch des Reichs einhergehenden extremen Wohlstandsverlusts.⁶

Ist es aber so einfach? An diesem Punkt erlaube ich mir nun, anzusetzen und am Beispiel der sogenannten Völkerwanderung dem geneigten Leser einige Überlegungen anzubieten.⁷ Ziel dieser Gedankengänge soll es sein, die Möglichkeit der Prophezeiung oder Prognose durch ein Aufzeigen der Komplexität der Quellenlage infrage zu stellen.

Vier Punkte werden leicht übersehen, wenn man die sogenannte Völkerwanderung des 4. bis 6. Jahrhunderts verkürzt und vereinfacht darstellt:

Erstens waren alle Bewohner der von Rom im Laufe der Jahrhunderte gewonnenen Gebiete, die zu Provinzen wurden, aus der Sicht der Eroberer zunächst einmal auch Barbaren. Es gab innerhalb der römischen Grenzen stets Bevölkerungsgruppen, die in den sogenannten Barbarenländern lebten; viele von ihnen dienten bereits seit der Zeitenwende im römischen Heer.

Zweitens wissen wir allein aus der textlichen Überlieferung von mindestens vierzig organisierten Ansiedlungen barbarischer Gruppen auf dem Reichsgebiet zwischen den Regierungszeiten des Augustus (27 v. bis 14 n. Chr.) und des Theodosius (bis 395). Neben „äußeren“ gab es somit auch „innere“ Barbaren.

Drittens handelte es sich zu keiner Zeit um eine Masseneinwanderung. Bewegt haben sich bewaffnete Kriegerverbände, manche in der Größe kampfstarker Armeen, und fast alle waren von den Römern selbst aktiv ins Land geholt worden.

Viertens wurden und werden antike Erzählelemente von bedrohlich anbrandenden Völkermassen im Rahmen der populären Version der „Völkerwanderung“ erstaunlich unreflektiert übernommen und weitergeführt.

ALTE UND NEUE BILDER ZU WANDERUNGEN UND BARBAREN

In einem Brief beschäftigte sich der Philosoph und Politiker Seneca (etwa 1 bis 65 n. Chr.) mit dem Wandel der Völker. Wanderungen und Migrationen – so Seneca – bedingten zu allen Zeiten die Entstehung von Staaten und Völkern. Er zählte eine Reihe von Gründen für das Verlassen der Heimat auf: Bevölkerungswachstum und daraus resultierender Nahrungsmangel, Naturkatastrophen, Krankheiten, wirtschaftliche und kulturelle Unterschiede zwischen Ländern der Barbaren und der Mittelmeerwelt.

Diese Vorstellungen erschienen bereits Seneca selbstverständlich und sind den heute genannten frappierend ähnlich. In der Spätantike wurden barbarische Horden als bedrohlich gezeichnet – die verwendeten Metaphern sind

entsprechend eindringlich: Wellen, Fluten oder Lava. Als zahlreiche Goten im Jahr 376 in Thrakien eintrafen und es der lokalen römischen Militärverwaltung nicht gelang, diese Menschen zu ernähren und zu kontrollieren, schrieb Ammianus Marcellinus von „unzähligen Völkermassen“, die die römischen Provinzen „überfluteten“.

Die antiken Texte stellten Motive zur Verfügung, die man Jahrhunderte später aufgreifen und weiterentwickeln konnte. Das Konzept einer „Völkerwanderung“ entstand in der frühen Neuzeit, der deutsche Begriff selbst in der Epoche Friedrich Schillers. Ursprungserzählungen von Wanderungen waren und sind gleichzeitig einfache und narrativ reizvolle Modelle, um ohne große Schwierigkeiten historischen Wandel zu erklären. Die realen Vorgänge aber waren viel komplexer.

WAREN DIE FREMDEN WIRKLICH FREMD?

Rom beeinflusste – spätestens seit den Eroberungen Caesars im 1. Jahrhundert v. Chr. – Gesellschaften noch Hunderte von Kilometern jenseits seiner Grenzen. Ägypten und Nordafrika, Sizilien und Sardinien lieferten reichlich Getreide, sodass im Reich kein Mangel an Nahrung herrschte. Sich von Rom anwerben zu lassen, sicherte verbündeten Kriegerverbänden die Versorgung der eigenen Leute. Abkommen mit fremden Anführern wurden geschlossen, Soldaten angeworben und Verbände auch gegeneinandergehetzt. In den Gebieten nördlich, südlich und östlich der Reichsgrenzen entstanden Kriegereliten, die sich gern auch in den Dienst des Imperiums stellten, um andere Barbaren von dessen Grenzen fernzuhalten.

Und innerhalb der Grenzen? Unterworfenen Völkern erhielten zunächst eigene Verwaltungsbezirke um einen Vorort, *civitas*. Das Umland gehörte verwaltungstechnisch und rechtlich zur Stadt – ganz nach griechischem Vorbild. Die meisten Menschen lebten jedoch weiterhin auf dem Land, das sie zu bestellen hatten, und besaßen nicht das volle römische Bürgerrecht. Sie waren zwar persönlich frei, aber juristisch nur eingeschränkt handlungsfähig. Erst ein Erlass Kaiser Caracallas (Regierungszeit: 211 bis 217) von 212, die *Constitutio Antoniniana*, erhob alle freien Provinzbewohner zu Vollbürgern. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte aber auch danach weiter unter vorrömischen, „barbarischen“ Bedingungen, außerhalb der Städte und ohne irgendwelche Rechte. Zudem war die römische Gesellschaft stark hierarchisiert. Der scheinbar so schnelle und dramatische Fall der römischen Ordnung lässt sich damit besser begreifen: Nur eine Minderheit der Bevölkerung profitierte von Staat und Stadt. Zuletzt ist zu betonen, dass unseren Quellen mit wenigen Ausnahmen die Stimmen der Eliten zugrunde liegen, und diese Männer hatten viel zu verlieren.

Im 3. Jahrhundert entstanden partikuläre Herrschaftsbereiche, zum Beispiel das „Gallische Sonderreich“ zwischen 260 und 274, etwa auf dem Gebiet des heutigen Frankreichs, Spaniens und Englands. Dieses „Sonderreich“ war wie das große Imperium aufgebaut. Es hatte Konsuln und einen Senat, Münzen und eine Armee. Wie konnte es entstehen? Die Rheinarmee hatte geputscht und einen eigenen Kaiser erhoben. Dieser begnügte sich mit den westlichen Provinzen des Reichs. Es zeigte sich, dass ein solches System gar nicht so schlecht funktionierte; viele Angehörige der lokalen Eliten trugen das neue Gebilde mit. Die Soldaten musste man zwar zufriedenstellen, aber dafür konzentrierten sich diese auf die Abwehr innerer und äußerer Feinde und garantierten sowohl die eigene Bezahlung als auch den Wohlstand der reichen Provinzbewohner. All das verweist auf die Entwicklungen des 5. und 6. Jahrhunderts.

RÖMISCHE BARBAREN

Der tiefgehende Strukturwandel des 3. Jahrhunderts erfasste auch die Peripherie. Die zentrale Verteilung von Geldern und Gütern an barbarische Verbündete funktionierte nur noch eingeschränkt. Das Reich war mit sich selbst beschäftigt. Manche Nachbarn versuchten, die Schwächen des Zentrums zu nutzen, und plünderten römisches Gebiet. Am Rhein formierten sich Franken und Alemannen, an der unteren und mittleren Donau Goten und Vandalen. Diese Entwicklung hatte mit römischen Bedürfnissen zu tun: Ein Kommandeur wollte im Vorfeld der Reichsgrenzen Ansprechpartner und Verbündete mit ausreichender Kampfkraft, die ihm bei der Sicherung der Grenze gegen Plünderer halfen. Für die Barbaren wiederum war es äußerst attraktiv, mit den Römern zusammenzuarbeiten. Schnell konnten aus Verbündeten und Söldnern aber Feinde werden: Alle Soldaten, egal welcher Herkunft, neigen dazu, sich im Zweifelsfall zu nehmen, was sie begehren. Als nach 375 die Hunnen an den römischen Grenzen erschienen, brach das ohnehin schon fragile System zusammen. Goten, Vandalen und andere Verbände drangen ins Reich und nahmen dort ihren Platz ein, nicht mehr unter römischem Kommando, sondern auf eigene Rechnung.

Jüngst hat der Konstanzer Althistoriker Henning Börm in einer kurzen Geschichte Westroms von Honorius (regierte von 395 bis 423) bis Justinian (527 bis 565) den Zerfall der westlichen Reichshälfte mit jenem des Alexanderreichs in den Diadochenkriegen verglichen.⁸ Römische Bürgerkriege und nicht enden wollende Machtkämpfe unter Beteiligung reichsfremder Soldateska hätten zur Zergliederung der westlichen Provinzen in Nachfolgereiche geführt; nicht die Wanderung von Völkern war der erste Grund, wie man es lange gesehen hat. Die wandernden Gruppen – oder eben häufiger militärische Verbände – bewegten sich aufgrund der schnellen Dynamik im

Römischen Reich. Ihre Wanderungen waren die Folge, nicht die Ursache des Zerfalls des westlichen Imperiums in einander bekämpfende politische Einheiten. Die reichsfremden Krieger eroberten nicht das Römische Reich, sondern kämpften in römischen Bürgerkriegen.

Das Adjektiv „barbarisch“ erfuhr im spätantiken Latein eine bezeichnende Bedeutungsverschiebung. Meinte *barbarus* zunächst „fremd“, „unrömisch“ oder „ungesittet“, meinte es bald auch „tapfer“ oder „wacker“ wie noch im heutigen Englischen, Französischen, Italienischen und Spanischen (*brave, bravo*). Während des Dreißigjährigen Kriegs drang eine solche Bedeutung auch ins Deutsche („brav“) ein, und erst später verengte sich das Wort auf die heute geläufige Bezeichnung von „gehorsam, redlich, folgsam“. „Barbarisch“ und „soldatisch“ waren in der Spätantike in Wahrheit nicht voneinander zu trennen.⁹

Soldaten barbarischer Herkunft waren spezialisierte Dienstleister. Sie nutzten die Gelegenheit der Auflösung römischer staatlicher Strukturen. Als die Bürgerkriege kein Ende nahmen und die Macht der Zentralregierung immer mehr schwand, machten sie sich schließlich selbstständig. Goten, Vandalen und Franken regierten die römischen Provinzen. Niemand wollte die Strukturen zerstören, im Gegenteil. Denn die neuen militärischen Eliten strebten die Kontrolle des Steuersystems und den Besitz landwirtschaftlicher Güter an. Diese Übernahme der Provinzen und Städte ermöglichte erst eine komfortable Versorgung der barbarischen Soldaten, die sich an die Stelle des weströmischen Heeres setzten.

Wenn man nun also unbedingt eine Analogie zur Gegenwart postulieren wollte, dann wären nicht die „Flüchtlingsströme“ die entscheidenden Faktoren, sondern beispielsweise eher eine libysche Söldnermiliz, die einen neuen Limes in der Sahara bewachen müsste, und dann, weil sie nicht mehr bezahlt wird, Deutschland oder Frankreich übernehme, wo zuvor Bürgerkriege die staatlichen Strukturen geschwächt haben müssten.

VON DER PROPHEZEIUNG ZUR DIFFERENZIERTEN SICHTWEISE

Innerer Streit und die strukturelle Instabilität der kaiserlichen Herrschaft gelten heute vielfach als entscheidende Gründe für den Niedergang Westroms. Menschen aus dem *Barbaricum* haben in diesen komplexen Ereignissen demnach zwar eine prominente Rolle gespielt, sie aber nicht verursacht.

Zugegeben: Vieles, was die Vorgänge im 4. bis 6. Jahrhundert betrifft, ist in der modernen Geschichtswissenschaft umstritten. Diskussion und Abwägung sind jedoch nötig, um ein Verständnis der Vorgänge zu erlangen. Verallgemeinerungen und Verkürzungen helfen nicht, weder beim Begreifen der Vergangenheit noch bei der Analyse der Gegenwart. Es darf bezweifelt werden,

dass die Migrationen unserer Tage mit den geschilderten Verhältnissen der ausgehenden Antike verglichen werden können. Seien wir also zumindest betreffend der Prophezeiung des bevorstehenden Untergangs beruhigt: Es wird uns in jedem Fall anders ergehen als den alten Römern.

¹ Joseph S. Nye: „Is America Like Rome?“, in: The Huffington Post, 21.04.2015, www.huffingtonpost.com/joseph-s-nye/america-like-rome_b_7147216.html [22.09.2017].

² David Engels: „Der letzte Ritt. Das Ende des Westens, wie wir ihn kannten“, in: Cicero. Magazin für politische Kultur 11/2016.

³ David Engels: „Catos Tragik“, in: Cato. Magazin für neue Sachlichkeit 1/2017; „Wir haben keine Chance, einen Bürgerkrieg zu vermeiden“, Interview mit David Engels, www.huffingtonpost.de/2017/02/01/david-engels-buergerkrieg_n_14546506.html [22.09.2017].

⁴ Alexander Demandt: „Untergang des Römischen Reichs. Das Ende der alten Ordnung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.01.2016, www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/untergang-des-roemischen-reichs-das-ende-der-alten-ordnung-14024912-p2.html [04.07.2016].

⁵ „Who said it, Arron Banks or Mary Beard?“, www.theguardian.com/books/2016/dec/06/who-said-it-arron-banks-or-mary-beard?CMP=tw_t_gu [31.12.2016]; Arron Banks: „You don't have a monopoly on history!“, www.huffingtonpost.co.uk/entry/ukip-arron-banks-mary-beard-rome_uk_5845c2d5e4b07ac7244927f6 [31.12.2016]; Uwe Walter: „Kein Raum für Fakten. Mary Beard im Twitter-Krieg“, <http://plus.faz.net/evr-editions/2016-12-14/aRuLoYmeYuLSRsIWSEJllwU?GEPc=s2> [14.12.2016].

⁶ Ferdinand Knauß: „Die Weltkanzlerin verspricht ‚Wohlstand für alle‘“, in: Wirtschaftswoche, 12.07.2017, www.wiwo.de/politik/deutschland/angela-merkel-die-weltkanzlerin-verspricht-wohlstand-fuer-alle/20051506.html [22.09.2017].

⁷ Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Thematik findet sich bei Roland Steinacher: Rom und die Barbaren. Völker im Alpen- und Donauraum (300–600), Stuttgart 2017 (einleitende Kapitel).

⁸ Henning Börm: Westrom. Von Honorius bis Justinian, Stuttgart 2013.

⁹ Roland Steinacher: Die Vandalen. Aufstieg und Fall eines Barbarenreichs, Stuttgart 2016, S. 17.

Falsche Propheten

—
Wann Menschen besonders empfänglich für sie sind

MICHAEL UTSCH

Geboren 1960 in Gießen, Honorarprofessor für Religionspsychologie an der Evangelischen Hochschule in Marburg, Wissenschaftlicher Referent der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin.

Die Gegenwart ist durch eine Vielzahl von Meinungen, Standpunkten, Überzeugungen und Weltanschauungen geprägt. Einerseits eröffnen die heutige Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit ungeahnte Möglichkeiten. Wenig ist vorgegeben und von Traditionen bestimmt – selten stand jungen Menschen eine größere Entfaltungsvielfalt in beruflicher und persönlicher

Hinsicht zur Verfügung als heute. Andererseits fühlen sich manche hiervon überfordert. Herauszufinden, was ich „wirklich“ will, was zu mir passt, was die beste Wahl ist – diese Fragen lassen sich kaum eindeutig beantworten. Der Stress erhöht sich, wenn der Anspruch hinzukommt, bloß keine Fehler zu machen – man hat ja nur ein Leben. Einige erleben diese Vielfalt als „Optionsstress“; die „Qual der Wahl“ lässt sie zögern und zaudern, zumal die

sich kurzfristig verändernden Angebote nur schwer zu durchschauen sind. Wer hilft, die richtige Entscheidung zu treffen? Wo findet man Hilfen für die optimale Wahl? Dieser „Optionsstress“ hat dem Berufszweig des Coachings ungeahnten Zulauf beschert – immer mehr professionelle Berater bieten bei einer Entscheidungsfindung ihre Dienste an.

In dieser aufgeheizten gesellschaftlichen Situation sind Propheten willkommen. Ursprünglich versteht sich ein Prophet als Überbringer einer unheilvollen oder heilvollen Zukunftsdeutung, die er oder sie von einer höheren beziehungsweise göttlichen Autorität empfangen hat. In Zeiten von Unsicherheit und Krisen wird nach tragfähigen Zukunftslösungen gesucht. Dabei schenken die Menschen auch spekulativen Erklärungen und irrationalen Deutungen Gehör.

BEDROHLICHE ZUKUNFT?

Nach meiner Einschätzung stoßen heutige „Propheten“ deshalb auf eine verstärkte Resonanz, weil das Vertrauen in das bislang gültige wissenschaftliche Weltbild ins Wanken geraten ist. Auch die Politik, die Wirtschaft und die Kirchen haben in den letzten Jahren durch Skandale und Krisen einen massiven Vertrauensverlust erlitten. In dieser gesellschaftlichen Umbruchsituation, charakterisiert durch Bindungsverlust, Digitalisierung und multikulturelles Zusammenleben, gewinnen Propheten an Bedeutung, da der oder die Einzelne individuelle Lösungen und Auswege finden muss. Viele nehmen die Zukunft als Bedrohung wahr. Im Kontext der großen, weltweiten Probleme wie der Überbevölkerung, der Umweltverschmutzung, schwindender Ressourcen und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich ergeben viele Bausteine eine bedrückende Perspektive. Die Zukunft ist bedrohlich, weil die herkömmlichen Methoden des Umgangs mit sich und der Welt den Anforderungen einer humanitären Zukunft für alle Menschen nicht gerecht werden können. Selbst der hohe Bildungsstandard in Europa hat den politischen und religiösen Fundamentalismus nicht aufhalten können.

Ein Großteil des verfügbaren Wissens der Menschheit wird durch die Informationstechnologie in Sekundenschnelle für diejenigen zugänglich gemacht, die einen Internetanschluss besitzen. Was aber nützt detailliertes Faktenwissen, wenn es an Weisheit zum richtigen Umgang damit mangelt? Obwohl Fakten jederzeit im Internet abgerufen werden können, fehlt es an Kriterien, nach denen die Informationsflut bewertet und gedeutet werden kann. Bildung ist eben mehr als Wissen. In der heutigen Informationsgesellschaft sind nicht mehr Fakten, sondern es ist „Orientierungswissen“ gefragt. Eine funktionierende Gesellschaft benötigt gebildete Menschen, die gefundene Informationen klug auswerten und anwenden können. Hierzu ist allerdings eine weltanschauliche Orientierung erforderlich.

FALSCHER PROPHETEN ENTLARVEN

Um einen „falschen“ Propheten zu entlarven, sind auf der Grundlage der getroffenen Unterscheidung zwischen Fakten- und Orientierungswissen folgende Fragen hilfreich:

1. Sind die behaupteten „Fakten“ überprüfbar und zutreffend, oder sind die behaupteten Tatsachen meinungseingefärbte Interpretationen?
2. Wird zwischen Tatsache und Interpretation, zwischen Faktum und deutender Interpretation überhaupt unterschieden? Diese Unterscheidung ist wichtig, um dem Zuhörer eine eigene Meinung und Interpretation der Faktenlage zu ermöglichen.
3. Macht der „Prophet“ seine Deutungsperspektive, seine weltanschauliche „Brille“ transparent? Die Transparenz der weltanschaulichen Voraussetzungen ermöglicht dem Zuhörer, herauszufinden, ob diese Position mit der eigenen in Übereinstimmung zu bringen ist.

Unsichere Zeiten, fundamentalistische Polarisierungen und strikte Milieubildungen mit einseitigen, wirklichkeitsverzerrenden Darstellungen erfordern reflektierende und ethisch gebildete Bürger, die Fakten überprüfen können und sich im Rückgriff auf ihr eigenes Wertegerüst und Gewissen ein eigenes Bild machen. Das erübrigt den Rat des „Propheten“ – egal, ob er wahr ist oder falsch.

FAKTENWISSEN

ermöglicht einen gigantischen technischen Fortschritt, beleuchtet aber nur eine Seite der Wirklichkeit. Es wirkt verführerisch, denn es

- suggeriert vollkommene technische Kontrolle und Berechenbarkeit,
- nährt den Machbarkeitswahn,
- geht vom „Unverwundbarkeitsmythos“ aus: der Mensch als Maschine, die mit der richtigen Bedienungstechnik problemlos „funktioniert“,
- übersieht, dass Enttäuschungen, Schmerzen, Wunden und die Vergänglichkeit Bestandteile des Lebens sind und den Menschen prägen,
- übergeht häufig das intuitive Wahrnehmen, die richtungsweisenden Gefühle der „emotionalen Intelligenz“.

ORIENTIERUNGSWISSEN

- kann nicht wissenschaftlich abgeleitet, sondern nur weltanschaulich-religiös begründet werden,
- erfordert anthropologische Entwürfe, die nicht nur beschreiben, was der Mensch leisten kann, sondern auch, wozu er sich anstrengen soll,
- setzt ein Menschenbild voraus, das über die Entwicklungsziele einer reifen Persönlichkeit, Glück, Sinn oder „gelingendes Leben“ Auskunft gibt,
- geht von weltanschaulich begründeten Werten aus, die als Grundlage einer Gemeinschaftsordnung dienen (zum Beispiel Gerechtigkeit, Würde, Freiheit),
- gibt Antworten zum Umgang mit existenziellen Fragen wie Zufall, Schuld, Leid oder Tod,
- ermöglicht freiwillige Selbstbegrenzung technischer Möglichkeiten aufgrund ethischer Verpflichtungen (zum Beispiel im Hinblick auf die Atomenergie, Gentechnik oder Transplantationsmedizin) beziehungsweise freiwilligen Verzicht im Alltag (Fernsehen, Alkohol, Handy).

Stunde Null in Mossul

Eindrücke aus der ehemaligen „Hauptstadt des Islamischen Staates“

NILS WÖRMER

Geboren 1978 in Duisburg, Leiter des KAS-Auslandsbüros Syrien/Irak mit Sitz in Beirut (Libanon).

LUCAS LAMBERTY

Geboren 1989 in Aachen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak mit Sitz in Beirut (Libanon).

Es ist heiß an diesem Sonntagmittag in Mossul. Unbarmherzig brennt die Augustsonne vom Himmel, 52 Grad Celsius zeigt das Handydisplay an. Schützend halten sich junge Studentinnen in schwarzen

Abayas (traditionellen Überkleidern) und farbenfrohen *Hijabs* (Kopftüchern) ihre Schreibhefte und Bücher über den Kopf. Schwatzend und lachend warten sie am Eingang zu den Mauerresten, die einmal die Universität von Mossul waren. Einst als zweitgrößte Bildungseinrichtung des Irak weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt, ist von der Universität heute wenig mehr übrig geblieben als Ruinen. 31 Monate – also fünf Semester lang – hatte der Islamische Staat (IS) hier gewütet. Seiner Schreckensherrschaft fiel ein Großteil der wertvollen Bücher und alten Manuskripte zum Opfer, vor allem aber



Blick auf das Universitätsgelände

starben Hunderte Professoren und Studenten. Nun soll trotz allem wieder so etwas wie Alltag einkehren – selbst wenn das fast völlig zerstörte Universitätsgelände wegen der durch den IS verlegten Sprengfallen nur eingeschränkt zugänglich ist.

Die Aufgaben in Mossul sind gewaltig. Am 9. Juli 2017 hatte der irakische Premierminister Haider al-Abadi die vollständige Befreiung der Stadt verkündet. Weite Teile Mossuls – darunter auch die an-Nuri-Moschee, in der IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi 2014 das „Kalifat“ ausgerufen hatte – liegen nach dem fast neun Monate langen Kampf der irakischen Armee und der internationalen Anti-IS-Allianz gegen die Terrororganisation in Schutt und Asche. Allein der Wiederaufbau der Infrastruktur wird etwa eine Milliarde US-Dollar kosten, schätzen die Vereinten Nationen. Zudem hat der IS weite Teile Mossuls vermint. Die Räumung der Sprengfallen ist aufwendig und geht nur schleppend voran. Um sich ein Bild von

der Situation vor Ort zu machen und die Möglichkeiten eines künftigen Engagements auszuloten, unternahm das Auslandsbüro Syrien/Irak der Konrad-Adenauer-Stiftung im August eine erste *Fact-Finding*-Mission in den Osten der Stadt. Von Erbil ging es in drei geschützten Fahrzeugen durch Checkpoints der kurdischen Peschmerga, der schiitischen Milizen und der irakischen Armee nach Mossul – eine fast vierstündige Überlandfahrt durch die ausgedörrten Felder der Ninawa-Ebene, vorbei an eingezäunten Flüchtlingslagern, die früher wenig mehr als eine Stunde gedauert hatte.

PREKÄRER AUFBRUCH

Bereits in den Vororten der ehemals zweitgrößten Metropole des Irak zeigt sich, dass der Wiederaufbau in vollem Gange ist. Über die staubigen, schlaglochgeplagten



Zerstörtes Gebäude in Mossul

Einfallstraßen rumpelt eine schier endlose Kolonne von altersschwachen Sattelschleppern, bis oben hin beladen mit Steinen, Bauholz und Zement. Überall ist Baulärm zu hören, Arbeiter in blauen Arbeitsanzügen gießen in der Mittagshitze dampfenden Asphalt auf die Straßen, gesprengte Brücken werden repariert, eingestürzte, durch Einschusslöcher entstellte Häuser eingerüstet. An den Straßenkreuzungen bieten Händler auf hölzernen Schubwagen Fisch aus dem nahegelegenen Mossul-Stausee an. Auch die Wasseraufbereitungsanlage werde bald wieder ihren Betrieb aufnehmen, berichtet der aus Mossul stammende Mohammed von der *Women Empowerment Organisation* (WEO), einer Partnerorganisation, die bereits wieder Projekte in Mossul durchführt und die den Besuch mitorganisiert hatte.

Trotz der Fortschritte beim Wiederaufbau sind laut der Internationalen Organisation für Migration bislang nur

knapp 300.000 Binnenflüchtlinge nach Mossul zurückgekehrt, etwa 800.000 leben nach wie vor in Lagern außerhalb der Stadt. Die Gewalt des radikal-islamistischen IS hatte sich ab 2014 in Mossul gezielt gegen Schiiten, Christen und andere Minderheiten gerichtet. Heute schrecken viele aus Angst vor den ehemaligen Nachbarn und Freunden, die oftmals mit dem IS kollaborierten, vor einer Rückkehr in die Heimat zurück. Zwar werden sich die Wunden im Straßenbild in den nächsten Jahren durch ausreichende Investitionen „verarztet“ lassen; doch wie eine Aussöhnung zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen der mehrheitlich von sunnitischen Arabern bewohnte Stadt sowie Tätern und Opfern der IS-Herrschaft gelingen kann, ist ungewiss und für viele noch kaum vorstellbar.

Nur wenige Kilometer entfernt von der Universität ist von Aufbruchsstimmung wenig zu spüren. Wie ein Mahnmal

ragt am Ufer des Tigris der massive Komplex des Ninawa International Hotels in den Himmel. In den letzten zweieinhalb Jahren wehten hier die schwarzen IS-Fahnen, die Terrororganisation hatte es als einziges Hotel im „Kalifat“ weiterbetrieben. Hier stiegen hochrangige IS-Kommandeure ab, bereiteten sich Selbstmordattentäter auf ihre Anschläge vor, wurden minderjährige Jesidinnen als Sexsklavinnen gehalten. Auf den Straßen vor dem Hotel lungern finster dreinblickende junge Männer in ziviler Kleidung herum, die Kalaschnikows über den Schultern baumelnd, ohne erkennbare Aufgabe oder Zugehörigkeit. Reguläre irakische Sicherheitskräfte sind nicht in Sicht, die einheimischen Begleiter der Delegation drängen zum Aufbruch.

Die Sicherheitslage in Mossul ist fragil und könnte sich in den kommenden Monaten weiter verschlechtern. Die irakischen Sicherheitskräfte sind nach dem langen Kampf gegen den IS abgenutzt.

Mossul und sein Umland werden heute von einer Vielzahl unterschiedlicher Milizen kontrolliert. Unter ihnen befinden sich auch radikale, Iran-nahe Gruppen der al-Haschd asch-Schaabi, einer Dachorganisation schiitischer „Volksmobilisierungskräfte“, die sich 2014 im Zuge des Kampfes gegen den IS formierten und zur Befreiung des Nordirak beigetragen haben. In der Vergangenheit haben diese Gruppen in den befreiten Gebieten des Irak immer wieder Racheakte an der lokalen sunnitischen Bevölkerung verübt, was auch in Mossul die Spannungen anheizt. Zudem liegt die Stadt an der Grenze der umstrittenen Gebiete im Nordirak, die sowohl von der irakischen Zentralregierung als auch der kurdischen Regionalregierung beansprucht werden. Der Konflikt zwischen Bagdad und Erbil droht – nach dem gegen irakischen und internationalen Widerstand durchgeführten kurdischen Unabhängigkeitsreferendum – zu eskalieren, was direkte Folgen für Mossul hätte.



Wiederaufbau

DER SCHIITISCH-SUNNITISCHE GEGENSATZ

All das spielt dem IS in die Hände. Auch nach der offiziellen Befreiung ist die Terrororganisation weiterhin in der Stadt, agiert mittlerweile als Aufstandsbewegung aus dem Untergrund mit Guerillataktiken und Anschlägen. Wie viele Einwohner mit der Gruppe sympathisieren, ist unklar. Seit dem Sturz des sunnitischen Diktators Saddam Hussein 2003 sind die sunnitischen Araber systematisch im Irak marginalisiert worden und lehnen zu großen Teilen die schiitisch dominierte Zentralregierung in Bagdad ab. Der IS hatte sich als Alternative zur „schiitischen Diktatur“ dargestellt. In einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten nicht repräsentativen Umfrage, die die lokale Nichtregierungsorganisation *Iraqi Institution for Development* (IID) im November 2016 telefonisch im noch vom IS besetzten Mossul durchgeführt hatte, gaben achtzig Prozent der Befragten an, sich nicht von der iraki-

schen Zentralregierung repräsentiert zu fühlen. Dem seit 2014 amtierenden Premierminister Abadi ist es demnach nicht gelungen, den Sunniten eine Perspektive im Irak aufzuzeigen. Damit bleibt die Gefahr bestehen, dass der IS in sunnitisch-arabischen Gebieten wie Mossul wieder erstarkt.

Acht Kilometer östlich vom Stadtzentrum im Vorort Gogjali betreibt IID eine Schule und kämpft damit bereits heute gegen eine Radikalisierung der Generation von morgen. Hinter einer schmutzigen Betonhauswand in dem heruntergekommenen Städtchen dringt heller Kindergesang hervor. Das bunte Interieur des kleinen Klassenraums will so gar nicht zur grauen Tristesse des Vororts passen, überall hängen Kinderzeichnungen, zwanzig Schüler tanzen zusammen mit der Lehrerin zur lauten Musik eines Alphabet-Liedes. Allein die müden Augen der Kinder scheinen die Strapazen der letzten Jahre zu verraten. Unter der Herrschaft des IS habe man sich nur selten auf die Straße getraut, erzählt fast flüsternd Firas Salahe,



Ninawa International Hotel



Schule der Iraqi Institution for Development (IID) in Gogjali bei Mossul

der unteretzte Schulleiter, der es anders als viele seiner Bekannten nicht über das Herz gebracht hatte, seine geliebte Heimatstadt zu verlassen. Viele der Kinder seien traumatisiert, bräuchten psychologische Betreuung.

MAMMUTAUFGABE AUSSÖHNUNG

In einer gemeinsamen Erklärung vom 11. Juli 2017 haben der französische und der deutsche Außenminister darauf hingewiesen, dass „die Niederlage von IS in Mossul [...] die einzigartige Möglichkeit [bietet], das Land wieder aufzubauen und auf eine nationale Aussöhnung hinzuwirken“. Nur wenn dies ansatzweise gelingt, kann das zentrale Ziel deutscher und europäischer Politik in der Region, den Irak langfristig zu stabilisieren, realisiert werden. Mit Blick auf den langfristigen Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und die Behebung von Fluchtursachen ist dies ein entscheidender Faktor. Die Bundes-

regierung, die schon heute einer der größten Geber im Irak ist, hat für dieses Jahr weitere 100 Millionen Euro an Soforthilfe für Mossul zur Verfügung gestellt.

Während der technische Wiederaufbau „lediglich“ einer finanziellen Anstrengung und Managementleistung bedarf, kommt mit Blick auf die Aussöhnung zwischen religiösen und ethnischen Gruppen, die Rehabilitation und De-Radikalisierung von aktiven Unterstützern und Sympathisanten des IS sowie die Re-Integration von Binnenflüchtlingen eine Mammutaufgabe auf die internationale Gemeinschaft zu. Bei der Bearbeitung dieser Themenfelder wird auch die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag leisten. Ein Schwerpunkt des Auslandsbüros Syrien/Irak liegt 2018 darin, die Bemühungen der Bundesregierung politisch zu flankieren und gemeinsam mit etablierten Partnern wie der WEO und der IID auf eine friedliche Zukunft Mossuls hinzuwirken.

Alle Fotos: © Konrad-Adenauer-Stiftung, Nils Wörmer / Lucas Lamberty

Auch jenseits von Terror und Leid

Ansätze zur Bewältigung der IS-Schreckensherrschaft

STEFAN MEINING

Geboren 1964 in München, Historiker, Redakteur des ARD-Politmagazins „Report München“ beim Bayerischen Rundfunk

Nadia Murad: Ich bin eure Stimme. Das Mädchen, das dem Islamischen Staat entkam und gegen Gewalt und Versklavung kämpft, Knauer Verlag, München 2017, 376 Seiten, 19,99 Euro.

Jan Ilhan Kizilhan, Alexandra Cavelius: Die Psychologie des IS. Die Logik der Massenmörder, Europa Verlag, Berlin/München/Wien/Zürich 2016, 424 Seiten, 22,90 Euro.

Aktham Suliman: Krieg und Chaos in Nahost. Eine arabische Sicht, Nomen Verlag, Frankfurt am Main 2017, 232 Seiten, 17,90 Euro.

Bücher zum Aufstieg und zum Terror des mittlerweile zusammengeschrumpften „Islamischen Staates“ (IS) gibt es inzwischen mehr als genug. Für den interessierten Leser wird es deshalb immer schwieriger, das für ihn passende Buch zu finden. Doch nun haben drei Autoren, die alle in Deutschland leben, aber im Nahen Osten geboren wurden, bemerkenswerte Publikationen vorgelegt.

Dazu gehört *Krieg und Chaos in Nahost* des deutsch-syrischen Journalisten Aktham Suliman, der jahrelang das Deutschlandbüro des arabischen Nachrichtensenders Al-Jazeera leitete und der zu den renommiertesten Nahostkennern zählt. Suliman nimmt den Konflikt in und um Syrien und den Irak seit der Befreiung Kuwaits im Zweiten Golfkrieg 1990/91 unter die Lupe. Ganz bewusst wählt er nicht die Perspektive des fernen, abgehobenen Experten. Aktham Suliman beschreibt den Irrsinn von Krieg und Terror aus Sicht des mit leidenden und scharf beobachtenden Arabers, der als Student in die alte Bundesrepublik der 1980er-Jahre kam.

„FATA-MORGANA-DEMOKRATIE“

Geschickt verknüpft Suliman in ironischem Ton verfasste Anekdoten und schreckliche Reportererlebnisse mit der großen Politik. Dabei wirft er Fragen auf, die bislang im deutschen Diskurs keine Rolle spielten – etwa das Phänomen des „Demokratisierungsflüchtlings“. Hinter dieser Wortschöpfung Sulimans verbergen sich Menschen, die die Bombardements der internationalen Allianz in Syrien und insbesondere im Irak während

des Dritten Golfkrieges 2003 überlebten, sonst aber alles verloren hatten. Dieser Verlust, so Suliman, wäre für die Betroffenen vielleicht verschmerzbar gewesen, wenn auf die Bomben Wohlstand und Demokratie, so wie im Westen Deutschlands nach 1945, gefolgt wären. Im Irak sei stattdessen eine „Fata-Morgana-Demokratie“ errichtet worden. Ähnliches gelte für den „Arabischen Frühling“, der Leid, Tod und Vernichtung brachte, aber keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Rückblickend, so Suliman, handelte es sich um 25 verlorene Jahre für Millionen Menschen in einer zerrissenen Region. Übrig geblieben sei die trübselige und wenig hoffnungsvoll stimmende Tatsache, dass „wir Araber [...] am Ende der Geschichte als Flüchtlinge zu Gast bei der Welt waren und immer noch sind“.

Eines dieser Flüchtlingsschicksale ist Nadia Murad. In ihrem Buch *Ich bin eure Stimme* will sie für die Tausende Mädchen und Frauen sprechen, die der IS verschleppte, verkaufte und vergewaltigte, die aber aus falscher Scham schweigen. Eine authentischere Stimme als Nadia Murad ist kaum vorstellbar! Als Zwanzigjährige wird sie vom IS verschleppt, kann jedoch fliehen. Viele ihrer Familienangehörigen überleben den Vormarsch der Terrormiliz hingegen nicht.

Dank eines Sonderkontingents des Landes Baden-Württemberg kann Murad nach Deutschland ausreisen. Seitdem hat sie eine Mission: aufklären, warnen, anklagen. Ohne Übertreibung kann die so zerbrechlich wirkende, aber unglaublich willensstarke Frau als die weltweit prominenteste und authentischste Stimme der IS-Opfer gelten. Nadia Murad sprach vor den Vereinten Nationen, vor dem Europarat und mit zahlreichen führenden Politikern;

darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im September 2016 wurde Nadia Murad zur „Sonderbotschafterin für die Würde der Überlebenden von Menschenhandel“ der Vereinten Nationen ernannt. Amal Clooney, die ein Vorwort zu dem Buch beisteuert, ist Nadia Murads Rechtsanwältin.

Nadia Murads Buch beschreibt nicht allein das Martyrium einer jungen Frau. Es erzählt die Geschichte einer religiösen Minderheit, der 2014 die völlige Auslöschung drohte: Nadia Murad wird 1993 im Nordirak als Tochter einer einfachen ezidischen Großfamilie im Dschabal Sindschar, westlich der einstigen Millionenmetropole Mossul, geboren. Die entlegene Region war jahrhundertlang ein Rückzugsort der kleinen religiösen Minderheit der Eziden¹, die immer wieder Not und Verfolgung erdulden mussten. Als Nadia Murad auf die Welt kommt, regiert Saddam Hussein; der Zweite Golfkrieg 1990/91 hatte den Diktator geschwächt, aber er konnte sich an der Macht festklammern – auch in den kahlen, im Sommer glutheißen Höhenzügen des Dschabal Sindschar.

ZEITENWENDE ZUM BÖSEN

2003 wird Saddam Hussein gestürzt und eine internationale Koalition unter der Führung der USA übernimmt die Regierungsgewalt. Das Sterben geht dennoch weiter: Religiöse Minderheiten geraten immer stärker unter Druck. Wie der Journalist Aktham Suliman nimmt auch Nadia Murad wahr, wie sich in ihrer kleinen Welt in den Bergen des Sindschar eine Zeitenwende hin zum Bösen abzeichnet. 2003 sei das Schlüsseljahr für vieles, was dann folgte. Brutale, lokale Auseinander-

setzungen hätten sich, so Murad, damals gesteigert und seien anschließend in einen umfassenden islamistischen Terrorismus übergegangen. In sunnitischen Dörfern habe man begonnen, islamistischen Extremisten Unterschlupf zu gewähren und Eziden als „Ungläubige“ abzuqualifizieren.

Im Sommer 2014 kommt es zur Katastrophe. Terrormilizen des IS überrennen weite Teile des Dschabal Sindschar. Für den IS sind die Eziden „Teufelsanbeter“ und haben kein Lebensrecht. Zigtausende Männer, Frauen und Kinder werden ermordet oder verschleppt. In mehreren Kapiteln beschreibt Nadia Murad ihre Leidenszeit und ihre Flucht. Meist sind es einfache, aber umso brutaler wirkende Sätze wie: „Jede Sekunde in der Gewalt des ‚Islamischen Staats‘ war Teil eines langsamen, schmerzvollen Todes – sowohl körperlich als auch seelisch“; oder: „Irgendwann gibt es nur noch die Vergewaltigungen und sonst nichts mehr. Es wird einfach zum normalen Tagesablauf.“ Diese Sätze wühlen den Leser auf und lassen die brutale Realität des IS für seine Opfer erahnen. Mit- oder gar Schuldgefühle bei ihren Peinigern hat die junge Frau nie erfahren: „Sie waren einfach überzeugt davon, im Recht zu sein und Gott auf ihrer Seite zu haben.“

Zu einem ähnlichen Urteil kommen der Psychologieprofessor und promovierte Orientalist Jan Kizilhan und die freie Journalistin Alexandra Cavelius in ihrem ebenso beeindruckenden wie erschreckenden Buch *Die Psychologie des IS*. Auch sie sehen hinter der IS-Gewalt eine Methode. Ziel der Miliz sei, die Opfer physisch oder psychisch zu vernichten. Dies gelte insbesondere für die Mädchen und Frauen. In den patriarchalen Gesellschaften des

Nahen Ostens bedeutet eine Vergewaltigung noch immer den Verlust der Ehre des Opfers und der ganzen Familie.

Der seit 2010 an der Dualen Hochschule Villingen-Schwenningen lehrende Jan Kizilhan gehört zu den führenden Experten über den IS. Mit einem einzigartigen Projekt gelang es ihm, mehr als tausend traumatisierte ezidische Frauen und Kinder zur ärztlichen Behandlung nach Baden-Württemberg zu bringen. Wie Murad und Suliman stammt Kizilhan aus der Region: In den 1970er-Jahren kam er als Kind aus dem kurdischen Teil der Türkei, wo früher eine starke ezidische Minderheit lebte, nach Deutschland. Kizilhan verfügt somit sowohl über die wissenschaftliche Expertise als auch über die notwendigen Sprachkenntnisse, um mit seinen Patientinnen zu kommunizieren. Immer wieder besucht er die Zufluchtsorte der Eziden im kurdischen Nordirak. Für das Forschungsprojekt sprach er aber nicht nur mit den Opfern, sondern auch mit den Tätern. Seine Gesprächsprotokolle beschreiben ein Ausmaß an Grausamkeit, das „die Grenzen unseres Verstandes“ sprengt, wie der Autor selbst feststellt.

„RÜCKKONVERTIERUNG“ DER TÄTER

Unter anderem dokumentierte Kizilhan in seinem Buch Teile des Gesprächs mit einem inhaftierten IS-Massenmörder in Kirkuk. Vor den Augen des Lesers entsteht das Bild eines Gewalttäters, der zeitweilig in Italien lebte, sich gewählt ausdrücken kann, keineswegs ungebildet erscheint und dennoch unfähig ist, für seine Mord- oder Vergewaltigungstaten

irgendeine Art von Mitgefühl oder gar Schuld zu verspüren: Die ermordeten ezidischen Männer waren ihm „egal“; die Vergewaltigung der Mädchen bereitete ihm „Spaß“.

Kizilhan und Cavelius verstehen ihr Buch nicht allein als Dokumentation von Menschheitsverbrechen, sondern versuchen, Lösungswege aufzuzeigen: Die IS-Anhänger hätten in einer „sektenähnlichen Situation, in einer anderen Realität, die keinen Kontakt zur Wirklichkeit der Opfer hat“, gelebt. Jedes Argument gegen den IS sei als Propaganda zurückgewiesen worden. Nur durch eine „Rückkonvertierung“ der Täter sei es möglich, die von ihnen ausgehende Gefahr zumindest einzuschränken, selbst wenn dies für die Opfer unerträglich klingen mag. Ebenso notwendig wie die Schaffung von Sicherheitskonzepten sei daher die Beschäftigung mit dem Islam, da „der IS seine Verbrechen islamisch-religiös begründet“. All diese Maßnahmen würden Generationen beschäftigen; ohne Garantie auf Erfolg. Keine einfachen, aber ehrliche Thesen! Doch wer könnte nach den Menschheitsverbrechen, die der IS verübte und wohl auch leider in der Zukunft verüben wird, schnelle Lösungen anbieten?

Drei Bücher von vier höchst unterschiedlichen Autoren, die die Herausforderung des islamistischen Terrorismus unter den verschiedensten Blickwinkeln analysieren und dokumentieren: Jedes einzelne bringt dem Leser großen Erkenntnisgewinn, die Lektüre aller drei Bücher zusammen führt indes zu einem mehr als dreifachen Mehrwert.

¹ Der Autor übernimmt die ab Juni 2015 inzwischen von der Mehrheit der Eziden gebrauchte und von der üblichen Schreibweise „Jesiden“ abweichende Bezeichnung (vgl. www.ezw-berlin.de/html/3_171.php).

Etwas unternehmen in der Pflege

Die neue Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjuvenen über Unternehmen und Pflege

KRISTINE LÜTKE

Geboren 1982 in Nürnberg, ab 1. Januar 2018 Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjuvenen, Geschäftsführerin der Seniorenbetreuung und -pflege „bei St. Otto“ GmbH sowie des Altenwohn- und Pflegeheims und der Seniorenwohnanlage „Am Forstweiher“ GmbH.

Frau Lütke, Sie sind im September zur Bundesvorsitzenden der Wirtschaftsjuvenen Deutschlands gewählt worden und werden dieses Amt demnächst antreten – mit welchen Zielen?

Kristine Lütke: Die Wirtschaftsjuvenen möchten tragfähige Lösungen für unsere Gesellschaft und für den Wirtschaftsstand-

ort Deutschland bieten: zum demografischen Wandel, zur Integration von Flüchtlingen; die Digitalisierung ist ein großes Thema. Auch das Bekenntnis zur europäischen Gemeinschaft und zum Euro wollen wir ins Zentrum unseres Engagements rücken. „Arbeiten in der Zukunft“ wird ein zentrales Stichwort sein – mit Fokus auf Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Beispielsweise gilt es, die Chancen der Digitalisierung so zu nutzen, dass neue Arbeitsformen entstehen, mit denen sich Familie und Arbeit besser unter einen Hut bringen lassen.

Die Wirtschaftsjuvenen wollen die Akzeptanz von unternehmerischem



© WJD/Thomas Imo

Handeln erhöhen. Steht es darum – beispielsweise nach dem Dieselskandal – so schlecht?

Kristine Lütke: Da ist bei manchen Konzernen zuletzt viel Vertrauen verspielt worden, aber auf die meisten kleinen und mittelständischen Unternehmen trifft das nicht zu. Dennoch zeigt sich, dass es mit dem Unternehmerbild nicht zum Besten steht. Fragt man in Schulen, antwortet kaum ein Jugendlicher, dass er sich vorstellen kann, einmal ein eigenes Unternehmen zu führen. Auch die immer neuen Regulierungs- und Dokumentationsanforderungen scheinen mir ein Anzeichen dafür zu sein. Entscheidend ist, dass wir unser Selbstverständnis als „ehrbare Kaufleute“ sichtbarer vorleben und somit das Unternehmerbild wieder positiver gestalten.

Hat unternehmerisches Handeln im Bereich der Pflege – Sie leiten in einem Familienunternehmen drei stationäre Altenpflegeheime – besondere Akzeptanzprobleme? Die Berichterstattung über die „Pflegebranche“ fällt, gelinde gesagt, nicht immer positiv aus.

Kristine Lütke: Fraglos mag es Missstände geben. Aber wenn es immer wieder heißt, die alten Menschen lägen stundenlang in ihren Ausscheidungen, dann entspricht das ganz und gar nicht meiner Wahrnehmung. Im Gegenteil: Nach meiner alltäglichen Erfahrung geben alle, die in diesem Bereich arbeiten, ihr Bestmögliches. Dennoch stehen vor allem wir als private Pflegeunternehmer häufig am Pranger. Da heißt es pauschal, wir würden unsere Mitarbeiter ausbeuten und pflegen

unsere Bewohner nicht gut. Dabei bestätigen Studien wie zuletzt das Gutachten des Bremer Universitätsprofessors Heinz Rothgang, dass private Anbieter in der Regel mehr Fach- und Pflegekräfte beschäftigen und bei gleicher Qualität günstiger sind als die Angebote der Wohlfahrtsverbände und Kommunen.

Ist es überhaupt moralisch vertretbar, mit alten und kranken Menschen Gewinne zu erwirtschaften?

Kristine Lütke: Mit diesem Vorbehalt haben wir tatsächlich oft zu kämpfen. Darauf antworte ich stets mit der Frage: Verdienen öffentlich-rechtliche oder städtische Träger etwa kein Geld? Wir halten dagegen, dass erst die kleinen und mittelständischen Unternehmen eine familiäre Pflege in kleinen Räumlichkeiten ermöglichen, wo auch neue Konzepte und Ideen – ohne Rücksicht auf unzählige Hierarchiestufen – umgesetzt werden können. Vor allem aber: Ich möchte, dass mein Unternehmen gut funktioniert; und das kann es nur dann, wenn gute Arbeit geleistet wird. Gewinne sind aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten immer wichtig, um das langfristige Bestehen der Unternehmen sicherzustellen. Dies gilt für Automobilunternehmen ebenso wie für Pflegeunternehmen.

Es gibt rund 13.600 stationäre und teilstationäre Pflegeheime in Deutschland. Wie ist dieser „Markt“ verteilt, und welche Entwicklungen müssen eher kleine private Anbieter fürchten?

Kristine Lütke: Momentan wird mehr als die Hälfte der Pflegeleistungen von privaten Anbietern erbracht, vom kleinen

Pflegedienst bis hin zum Pflegeheim. In den letzten Jahren zeigt sich, dass viele kleine und mittelständische Unternehmer keinen Nachfolger mehr finden – nicht zuletzt, weil der Trend leider wieder zu mehr Verstaatlichung geht. Beispielsweise sieht das Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG III), das am 1. Januar 2017 in Kraft trat, vor, dass Pflegeunternehmen ihre Lohn- und Gehaltsstrukturen bei den Vergütungsverhandlungen vollkommen offenlegen müssen; die Personalkosten werden damit zum durchlaufenden Posten. Bisher wurde eine angemessene Vergütung für Pflege- und Betreuungsleistungen vereinbart. Mit dem PSG III wird den Unternehmen das volle Risiko aufgebürdet, werden ihnen aber nur geringe Möglichkeiten der Refinanzierung und der Erzielung eines Gewinns eingeräumt.

In kleinen und mittelständischen Unternehmen ist das schwierig umzusetzen und setzt viel zu geringe Anreize. Daher ist momentan ein Trend zu Konzentrationsprozessen bei den Pflegeanbietern zu beobachten. Für uns Mittelständler wird es dagegen immer herausfordernder, ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben und gutes Personal in ausreichender Menge zu finden.

Während sich in Deutschland eine Pflegekraft im Schnitt um dreizehn Patienten kümmert, sind es in der Schweiz und in Schweden nur etwa acht, in den Niederlanden sieben und in den USA fünf. Wie sind solche Unterschiede zu erklären?

Kristine Lütke: Das Ansehen des Pflegeberufes spielt eine entscheidende Rolle. Nach wie vor scheint in Deutschland die Meinung zu dominieren: Pflege oder Erziehung – das kann jeder. Dies trägt nicht

unbedingt zur wachsenden Motivation der Pflegerinnen und Pfleger bei. Wenn ich aber nur Mitarbeiter beschäftigen würde, die im Pflegebereich arbeiten, weil nichts anderes verfügbar ist, hätte ich niemanden, der die Arbeit mit Leidenschaft tut. Wenn dann noch ständig behauptet wird, das sei der schlimmste Job, den man sich vorstellen könne – wer will denn dann noch in der Pflege arbeiten? Natürlich ist es nicht immer ein angenehmer Job, aber man muss die Sichtweise auf diesen Beruf verändern, die positiven Dinge herausstellen, um Menschen für diese Arbeit zu begeistern. Das funktioniert, denke ich, in den anderen Ländern deutlich besser.

Haben die Personalprobleme nicht auch mit der Bezahlung zu tun?

Kristine Lütke: Die Forderung nach mehr Personal im Pflegebereich unterstütze ich, aber damit stellt sich auch die Frage: Wo sollen die Leute herkommen? Das Problem liegt darin, dass die Entgelte für Pflege – also das, was die Pflege kosten darf – in Verhandlungen mit den überörtlichen Sozialhilfeträgern beschlossen werden. Aus diesem Grund können Unternehmer nur schwerlich flexibel über Gehaltsmöglichkeiten entscheiden. Grundsätzlich werden die Löhne zwar bis zur Höhe einer Tarifvergütung refinanziert. In Ballungsräumen liegen sie aber längst darüber. Hier müssen wir schauen, wie wir diese Lücke schließen. Ich bin auch dafür, dass Pfleger mehr verdienen sollten, aber dann müssen auch Möglichkeiten bestehen, dieses Geld erwirtschaften zu können.

Im Augenblick gibt es die Erwartungshaltung, dass die Qualität der Pflege höher werden, dass mehr und besser bezahlte Pflegekräfte eingestellt werden, dass Ar-

beitsbedingungen verbessert werden sollen – aber das bitte auch zum gleichen Preis wie vorher! Nur wird das nicht funktionieren. Hier muss sich vor allem auch die Politik ehrlich machen.

Vielleicht hilft es ja, die Ausbildung für Pflegeberufe attraktiver zu machen. Mit dem Pflegeberufegesetz wird eine generalistische Pflegeausbildung eingeführt. Hinzu kommt, dass man jetzt Studiengänge für die Pflege anbietet. Was halten Sie von diesen Entwicklungen?

Kristine Lütke: Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Ich bin schon einmal froh, dass sich Auszubildende in ihrem dritten Lehrjahr für eine Vertiefung „Altenpflege“ entscheiden können. Denn die Altenpflege ist keine Akutkrankenpflege, sondern ein eigenständiges, hochkomplexes Berufsbild. Allerdings muss und wird nicht jede Schule diese Vertiefungsmöglichkeit anbieten. Deshalb bin ich nicht davon überzeugt, dass der gefundene Kompromiss zur Reform der Pflegeberufe zielführend ist. Ich glaube auch nicht, dass das mehr Personal in die Pflege bringt; vor allem nicht in die stationäre Altenpflege. Hier wäre der Erhalt einer „echten“ Altenpflegeausbildung sicher sinnvoller.

Nun zur Frage des Pflege-Bachelors: Ich bin gegen eine „Akademisierung“ der Pflege und frage mich, wie wir Hochschulabsolventen einsetzen sollen. Wir benötigen nicht mehr „Köpfe“, die keine Pflegearbeit am Patienten mehr leisten wollen. Die tollsten Konzepte helfen nichts, wenn wir niemanden haben, der auf der Station die Pflegebedürftigen wäscht, anzieht und die Körperpflege übernimmt oder einfach für die Menschen da ist. Pflege spielt sich

nicht im Büro ab; sie spielt sich auf Station, oft am Bett ab.

Inwieweit sind Sie auf Personal aus dem Ausland angewiesen?

Kristine Lütke: Ohne wird es nicht gehen, weil wir in Deutschland mit anderen attraktiven Wirtschaftsbereichen um junge und qualifizierte Menschen konkurrieren. Meine stellvertretende Pflegedienstleitung stammt aus Harar in Äthiopien; überhaupt haben in unserer Einrichtung rund siebzig Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Migrationshintergrund, was im Großen und Ganzen sehr gut funktioniert.

Aber auch das wird nicht reichen. Wir brauchen die „Rückkehrer“ aus der Elternzeit – etwa durch andere Möglichkeiten der Koordinierung von Schicht- und Kindergartenzeiten. Wir brauchen die Älteren, die wir möglichst lange gesund im Beruf behalten sollten. Und dann brauchen wir auch Zuwanderer, die anhand eines strukturierten Einwanderungsrechts und beruflicher Fähigkeiten ausgewählt werden.

Wenn Sie an die nächsten zehn, zwanzig Jahre denken, wo sehen Sie Ihre größten Herausforderungen?

Kristine Lütke: Von den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einmal abgesehen, denke ich an erster Stelle an den demografischen Wandel,

wenn die „Babyboomer“ mit ganz anderen Bedürfnissen auf uns zukommen. Die Individualisierung wird größeres Gewicht erhalten, sodass es das *eine* Angebot, das für alle passt, nicht mehr gibt.

Darüber hinaus denke ich auch an neue technische Hilfsmittel, die in Ländern wie Japan bereits genutzt werden, aber bei uns in Deutschland auf große Vorbehalte stoßen. Ich persönlich glaube nicht, dass bei uns Pflegeroboter durch die Gänge fahren und die Leute versorgen werden, aber ich sehe Möglichkeiten bei den „körperfernen“ Arbeiten, die dazu beitragen, dass für den persönlichen Kontakt mit den Bewohnern mehr Zeit bleibt – etwa Trinkbecher, die zurückmelden, wie viel ein Patient getrunken hat, Betten, die automatisch das Gewicht messen, sodass der Patient nicht mehr zur Waage und zurück ins Bett gehoben werden muss. Auch Roboter, die Wäsche verräumen, sind für mich durchaus vorstellbar. Schon heute würde ich bei einem Neubau zumindest um Betten und Bäder herum Sturzsensoren in die Fußböden einbauen lassen, die sofort anzeigen, wenn jemand gestürzt oder auch nur gestolpert ist. Diese neuen Möglichkeiten helfen Personal und Bewohnern, doch noch müssen Vorbehalte überwunden werden. Auch in der Pflege hat die Zukunft bereits begonnen, aber wir sind teils mental nicht darauf eingestellt.

Die Fragen stellte Bernd Löhmann am 11. Oktober 2017.

Lehrmeister mit innerem Kompass

Zum 85. Geburtstag von Bernhard Vogel

ROLAND KOCH

Geboren 1958 in Frankfurt am Main, Politiker, Manager und Rechtsanwalt, 1999 bis 2010 Ministerpräsident Hessens, 1998 bis 2010 Landesvorsitzender der CDU Hessen, seit 2010 Ehrenvorsitzender der CDU Hessen, 2011 bis 2014 Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE. Heute führt er den Aufsichtsrat der UBS Europe SE und ist Mitglied im Aufsichtsrat von Vodafone Deutschland.

„Wer für die Politik lebt, macht im innerlichen Sinne sein Leben daraus, er genießt entweder den nackten Besitz der Macht, die er ausübt, oder er speist sein inneres Gleichgewicht und Selbstwertgefühl aus dem Bewusstsein, durch Dienst an einer ‚Sache‘ seinem Leben einen Sinn zu verleihen. In diesem innerlichen Sinn lebt wohl jeder ernste Mensch, der für eine Sache lebt, auch von dieser.“

Wenn man sich dem komplexen und kraftstrotzenden Lebenswerk von Bernhard Vogel anlässlich seines 85. Geburtstages nähern will,

kann das einleitende Zitat von Max Weber eine den Kern der Sache erreichende Formel sein. Natürlich ist über diesen Mann, Bernhard Vogel, alles schon einmal gesagt und geschrieben worden. Eine Festschrift ohne Oberflächlichkeit zu seinem 80. Geburtstag lässt da wenig offen. Doch weder sein Wirken noch seine Wirkung enden. Wer ihn auf Tagungen – und wahrlich nicht nur auf denen seiner so geschätzten Konrad-Adenauer-Stiftung – beobachtet, sieht ihn weiter im Mittelpunkt. Er kennt die Akteure und weiß

die Debatte zu beeinflussen. Er ist immer wohlvorbereitet und verliert sich nicht in der Vergangenheit.

Es gibt keine formale Ausbildung für Politiker. Aber der Weg Vogels wäre dafür überaus geeignet. Ein erfolgreiches Studium, Tätigkeit im direkten Umfeld eines der politischen Wissenschaft verbundenen Gelehrten (Dolf Sternberger), Befassung und eigenständige Vermittlung einer prägenden Idee (Katholische Soziallehre) und das behutsame, aber beharrliche Eindringen in die Welt der Parteipolitik (Stadtrat, Bundestagskandidat): So könnte auch ein Curriculum für jemanden, der in der Politik sein „inneres Gleichgewicht und Selbstwertgefühl“ sucht, beschrieben sein.

Dieser Start legte den Grundstein für eine explosive Karriere: nach kurzer Zeit im Bundestag Landesminister – ernannt auf Druck der Landtagsfraktion gegen den Willen des Ministerpräsidenten; nach einer Kampfabstimmung für exakt zwölf Jahre Ministerpräsident, dann ein theaterreifer Abgang; nochmals elf Jahre Ministerpräsident in einem „jungen“ Bundesland; Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken; langjähriger und zweifacher Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, heute ihr Ehrenvorsitzender. Es waren Hunderte von Ämtern und Herausforderungen, aber bereits diese knappe Liste zeigt das Außergewöhnliche.

So lässt sich auch in der Mitte des neunten Lebensjahrzehnts erneut die Frage stellen, was im Sinne von Max Weber Bernhard Vogels „Sache“ war und ist, die seinem Leben von „innen und außen“ den Sinn gibt. Dabei geht es um die politischen Ideen. Deshalb sei nur kurz gesagt: Ich habe Bernhard Vogel aus der Perspektive des Jahrzehnte jüngeren, politischen Weggefährten und Amtskollegen als einen immer zugewandten und verlässlichen Freund kennengelernt. Ich habe ihm manches zu verdanken und habe oft versucht, es ihm gleichzutun.

CHRIST UND FÖDERALIST

Besonders zwei Aspekte scheinen mir auch durch die Brille des heute Aktuellen von besonderer Bedeutung: seine Grundüberzeugungen als katholischer Christ und sein überzeugtes Beharren auf dem Primat des Föderalismus in der Staatsorganisation.

Wir leben in einer Zeit, in der die ernsthafte Gefahr besteht, dass beide Gedanken, sowohl die Verwurzelung im christlichen Glauben als auch die Überzeugung von der Leistungsfähigkeit dezentraler Verantwortung, als rückwärtsgewandt und überflüssig beiseitegelegt werden. Die Überzeugung, dass der freiheitliche Staat von Voraussetzungen getragen wird, die er aus eigener Kraft nicht bewältigen kann, ist zwar politrhetorisches Allgemeingut, aber sie verliert als Leitlinie praktischer Politik an Stellenwert. Wer will denn heute das Familienbild noch aus christlicher Überzeugung definieren? Vielmehr herrscht

doch die Angst, man grenze andere aus, wenn man auf das Primat des eigenen Glaubens verweist.

Bernhard Vogel war niemals klerikal. Zu seinen Lebensleistungen gehört das Herausführen der Katholiken in eine offene Gesellschaft entlang den Pfaden des Zweiten Vatikanischen Konzils. Aber er hat immer darauf bestanden, dass es Werte gibt, nach denen man lebt, und diese auch offen benannt werden. Deutschland ist ein christliches Land, selbst wenn andere Religionen ebenfalls viele Anhänger haben. Die „Verantwortung vor Gott“ im Grundgesetz hat nicht irgendeinen Gott gemeint. Das ist kein Herrschafts-, sondern ein Lebensprinzip. Die defensive missionarische Ruhe der christlichen Kirchen, ihre zunehmende Unfähigkeit, Sprachrohr gesellschaftlicher Zukunftskonzepte zu sein, und die immer geringere Notwendigkeit, politische Entscheidungen auch an den die Gesellschaft prägenden Prinzipien zu rechtfertigen, können Bernhard Vogel nicht ruhen lassen. Ich bin der festen Überzeugung, dass in den Bestrebungen, ein größeres Maß an europäischem Zusammenhalt zu schaffen, um einen Kontinent ohne einheitliches Staatsvolk zu einem politischen, ökonomischen und philosophischen Block in der globalen Welt zu formen, das offene Bekenntnis zur selbstbindenden Kraft religiöser Haltungen unersetzbar bleibt. Vogel kann das erklären, aber wie viele außer ihm?

MITVERANTWORTUNG FÜR DAS GANZE

Nicht viel anders ist es mit dem Föderalismus. Wer Ministerpräsident in zwei Bundesländern war, und dies auch noch in den sogenannten „alten“ und „jungen“, hat zu diesem Ordnungsprinzip einer modernen Gesellschaft eine sachliche und emotionale tiefe Beziehung. Bernhard Vogel hat die Aufgabe des Ministerpräsidenten in allen Dimensionen ausgefüllt. Da sind die gradlinige Führung einer großen und vielschichtigen öffentlichen Verwaltung, die intellektuelle Führung der Bevölkerung und der eigenen politischen Partei sowie die Präsenz vor Ort. Aber zugleich ist es eben auch die Mitverantwortung für das Ganze. Wir sind beide davon überzeugt, dass es richtig ist, dass Deutschland aus der Bundeshauptstadt und den Hauptstädten der Bundesländer gemeinsam regiert wird.

Dieses Prinzip der föderalen Ordnung steht heute zumindest auf dem populistischen Prüfstand. Die wohlfeile Behauptung, unwichtige Fragen könnten dezentral, wichtige Fragen aber müssten zentral entschieden werden, stellt die Wirkmechanismen von Föderalismus und Subsidiarität auf den Kopf. Die Herausforderung der Unterbringung der eigentlich nicht zu bewältigenden Zahl von flüchtenden Menschen im Herbst 2015 konnte gemeistert werden, weil eine föderale Ordnung von Bund, Ländern und Gemeinden eigenverantwortlich Lösungen schuf, ohne jeweils auf andere zu warten.

LEUCHTTURM DER BILDUNGSPOLITIK

Noch fundamentaler konnte Bernhard Vogel diese Erfahrung in der Bildungspolitik machen. Er war ein wahrer Leuchtturm der Bildungspolitik. Seine Zeit als Kultusminister von Rheinland-Pfalz fiel mitten in den Schulkampf: Einheitsschule oder Vielfalt, Konfessionsschule oder gemeinsame Wege, Lehrerausbildung in der Nachkriegswelt, die Umwälzungen an den Hochschulen und die Verbreiterung der Bildungsangebote durch neue Universitäten. Das war schon in *einem* Bundesland schwer zu bewältigen; eine Bundesverwaltung hätte es überfordert. Schon an der hessischen Landesgrenze und seinem dortigen Amtskollegen Ludwig von Friedeburg (SPD) konnte Vogel immer erkennen, dass jede bildungspolitische Entscheidung auch eine gesellschaftspolitische Dimension hatte. In welchem ideologischen Einheitsbrei wäre Deutschland untergegangen? Möglicherweise hätte der bundesweite Zeitgeist ein weniger geeignetes System allgemein verbindlich durchgesetzt. Bernhard Vogel stand dabei immer unter Druck. Er verließ sich auf seinen inneren Kompass, auf seine Katholische Soziallehre, sein Vertrauen in jeden Einzelnen und den Wettbewerb der Ideen.

Auch heute brauchen wir Misstrauen gegen einheitliche, vermeintlich alternativlose Konzepte. Deutschland muss dem Einzelnen vertrauen und wird seine Stärken behalten. Aber auch jeder Einzelne muss an seine Stärke und die eigene Verantwortung glauben. Auf der Basis eines verbindlich bleibenden europäischen Wertefundaments und in Respekt vor der Lösungskraft und dem Lösungswillen der Völker und Regionen Europas kann eine weitere Epoche des Erfolgs entstehen. Alle werden dabei immer wieder nach dem Sinn fragen, den es braucht, um Gleichgewicht und Selbstgefühl zu bewahren. Bernhard Vogel ist darin ein Lehrmeister.

Es bleibt eine persönliche Bemerkung: Bei den Hunderten von Begegnungen, die ich bis heute mit dem Jubilar haben durfte, habe ich das feste Ritual erkannt, dass Bernhard Vogel keinen Diskussionsbeitrag und keine Rede beginnen konnte, ohne zunächst zu danken. Sein Dank galt den Menschen, der Einladung, dem Projekt oder einfach dem zuletzt geäußerten Gedanken. Damit konnte nie ein Zweifel über seine Haltung entstehen. Er ist weder selbstverliebt, noch hält er sich für überlegen. Er zieht die Kraft aus den Begegnungen und nutzt sie, um seine Gedanken auf den Prüfstand zu stellen. Mit dieser Geisteshaltung hat er sehr viele Ämter geprägt, nicht zuletzt jenes, die weltweit und national so bedeutende Stiftung mit dem Namen Konrad Adenauers zu führen. Statt zu Beginn tue ich es zum Schluss: Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag und vielen, vielen Dank!

„Die Ungeduld ist keine politische Gabe“

Über die Deutschland- und Ostpolitik Bernhard Vogels

HERMANN WENTKER

Geboren 1959 in Bonn, Leiter der Forschungsabteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und außerplanmäßiger Professor an der Universität Potsdam.

Christopher Beckmann: Klares Ziel und langer Atem. Bernhard Vogel – Brückenbauer zwischen Ost und West. Mit einem Gespräch zwischen Bernhard Vogel und Michael Rutz, Herder Verlag, Freiburg/Basel/Wien 2017, 336 Seiten, 24,00 Euro.

Bernhard Vogel ist bekannt als langjähriger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen sowie als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Als Deutschland- und Ostpolitiker hingegen ist er nicht in Erinnerung, lagen seine Arbeitsfelder als Kultusminister und als Ministerpräsident im „Land der Rüben und Reben“ doch auf ganz anderen Gebieten. Gleichwohl galten, wie die Untersuchung von Christopher Beckmann zeigt, der DDR, der Deutschlandpolitik und der

Aussöhnung mit Polen ein großes Maß seiner Aufmerksamkeit und ein erstaunliches Engagement.

Schon als Bundestagsabgeordneter (1965 bis 1967) und als Kultusminister von Rheinland-Pfalz (1967 bis 1972) äußerte sich Vogel öffentlich zur Deutschlandpolitik, die damals heftig in Bewegung war. Einerseits ging es um eine Öffnung der Bundesrepublik zu den Staaten Ostmitteleuropas, andererseits um die Frage der Anerkennung der DDR. Während Vogel Ersteres bejahte, lehnte er Letzteres ab: Die DDR war für den studierten Soziologen und Politologen, der nicht nur von Dolf Sternberger, sondern auch von Carl Joachim Friedrich beeinflusst war, eine totalitäre Diktatur, mit der die freiheitliche Bundesrepublik keinen Umgang pflegen sollte. Die Bundesrepublik sorgte für Vogel als starker Rechts- und Sozialstaat für Vertrauen bei den Ostdeutschen: Genau wie Konrad Adenauer und Kurt Schumacher war er Anhänger der Magnettheorie. Der Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschen wollte er entgegenarbeiten, und im globalen Ost-West-Konflikt trat er für Entspannung ein.

Vor diesem Hintergrund war er von der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition zwar nicht begeistert, stand den Ostverträgen allerdings nicht völlig ablehnend gegenüber. Denn auch Vogel erkannte, dass sich die Rahmenbedingungen für die Deutschlandpolitik seit den 1960er-Jahren grundlegend verändert hatten: Da weder die USA noch die Sowjetunion ein Interesse an einer Änderung des Status quo in Deutschland hatten, galt es, sich dieser Situation anzupassen. Anders als die Regierung Brandt-Scheel, die eine Politik der „aktiven Anpassung“ (Werner Link) an die globale Détente verfolgte, sah

Vogel pragmatisch, dass man an einer staatlichen Anerkennung der DDR nicht länger vorbeikam. Die Chancen der Ostpolitik, die in einer intensivierten Kontaktpflege zu den Ostdeutschen bestanden, wollte er nutzen, indem er zu vermehrten Reisen in die DDR aufforderte. Gleichzeitig wollte er deren Risiko – einer Vertiefung der deutschen Teilung – durch Aufrechterhaltung eines gesamtdeutschen Bewusstseins entgegenarbeiten; außerdem mussten alle Wege zu einer Wiedervereinigung offengehalten werden. Daher war das auf eine Normenkontrollklage des Freistaats Bayern – und nicht, wie es irrtümlich heißt, der CSU – zustande gekommene Verfassungsgerichtsurteil von 1973 ganz in seinem Sinne.

ZÄHE RÜCKZUGSGEFECHE GEGEN DEN VATIKAN

Da Vogel an diesen Grundsätzen bis zur Wiedervereinigung unbeirrt festhielt, geriet er als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Gegensatz zur Ostpolitik des Vatikans. Denn auch die Kurie unter Papst Paul VI. erachtete ein Entgegenkommen gegenüber der DDR für erforderlich. Da die Bistumsgrenzen nicht mit der innerdeutschen Grenze übereinstimmten, wollte die DDR die Bistümer entsprechend den politischen Grenzen neu zuschneiden. 1973 kam der Vatikan dem entgegen, indem er statt der vier ostdeutschen bischöflichen Kommissare vier direkt dem Vatikan unterstellte Apostolische Administratoren ernannte, die de jure noch zu den Mutterdiözesen gehörten. Das war aus Sicht der DDR, die unter anderem die Schaffung

einer nationalen Bischofskonferenz forderte, aber nur ein erster Schritt. Für den ZdK-Präsidenten waren die Apostolischen Administratoren jedoch die äußerste Konzession, die er akzeptieren konnte. Gemeinsam mit dem deutschen Episkopat arbeitete er weiteren Zugeständnissen entgegen, konnte allerdings die 1976 erfolgte Aufwertung der Berliner Ordinarienkonferenz zur „Berliner Bischofskonferenz“ nicht verhindern.

Insgesamt handelte es sich um zähe Rückzugsgefechte, oftmals in Gestalt von geheimen Interventionen Vogels, von denen, wie Beckmann schreibt, wenig bekannt ist. Ob Vogels Privatarchiv dazu mehr enthält, entzieht sich unserer Kenntnis, da der Autor darauf offensichtlich keinen Zugriff hatte. Insgesamt konnten Vogel und das ZdK die Kurie zwar nicht von ihren Plänen einer kirchlichen Neuordnung in der DDR abbringen, aber sie trugen „in erheblichem, vielleicht sogar entscheidendem Maße dazu bei, den Vollzug dieses Schrittes [...] hinauszuzögern“. Mit der Wahl des deutschfreundlichen Karol Wojtyła zum neuen Papst wurden 1978 die Neuordnungspläne ad acta gelegt.

Seit den 1960er-Jahren war Vogel auch auf Aussöhnung mit Polen bedacht, auch wenn er ursprünglich noch Hoffnung auf eine Revision der deutschen Ostgrenze hegte. Als Paul VI. 1972 mit der Ernennung von vier polnischen Administratoren in Breslau, Oppeln, Allenstein und Landsberg vier neue Diözesen einrichtete, brachte Vogel zwar Verständnis für diesen aus pastoralen Gründen für notwendig gehaltenen Schritt auf, kritisierte aber, dass der Vatikan vorher die Bundesrepublik nicht konsultiert hatte. Gleichzeitig betrachtete er es als Ministerpräsident als seine Aufgabe, Brücken nach Polen zu

bauen. Sein Polen-Engagement beruhte letztlich auf drei Säulen: der Kulturpolitik, dem Maximilian-Kolbe-Werk, zu dessen Präsident er 1984 gewählt wurde, und engen Beziehungen zur Solidarność. Zahlreiche Reisen in das östliche Nachbarland in den 1980er-Jahren dokumentierten Vogels nachhaltigen Einsatz auf diesem Gebiet.

STASI-BERICHTE „VON ERSCHÜTTERNDER BANALITÄT“

Als sich in den 1980er-Jahren die deutsche Teilung zu verfestigen schien, blieb Vogel seinen Grundsätzen treu, die er lediglich leicht modifizierte: So verschob er den Fokus von der Forderung nach Wiedervereinigung auf das Selbstbestimmungsrecht für die Ostdeutschen, und er betonte angesichts des Verfalls der „Nationalstaatlichkeit“ stärker die Kulturnation. Das Ziel der staatlichen Einheit relativierte er damit indes nicht und wandte sich gegen „die Apostel der Selbstaufgabe der deutschen Einheit“ wie etwa Günter Gaus und Oskar Lafontaine.

Dass er selbst zum Zusammenhalt der Nation beitragen wollte, belegen seine Privatreisen in die DDR. Elfmal besuchte er zwischen 1977 und 1988 die unterschiedlichsten ostdeutschen Regionen, um Präsenz zu zeigen und diesen Teil Deutschlands besser kennenzulernen. Dabei absolvierte er nicht nur ein touristisches Programm und traf ausgewählte Personen, etwa aus dem kirchlichen Bereich, sondern versuchte, soweit das angesichts der Überwachung durch die Stasi möglich war, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu

kommen. Die enge Kontrolle von allen Schritten Vogels durch das Ministerium für Staatssicherheit, der in dessen Berichten als „Sperling“, „Pfälzer“ oder „Feder 1“ firmierte, war aus Sicht des Regimes vor allem notwendig, um Auftritte von „Demonstrativtätern“ zu verhindern. Die Erkenntnisse der Stasi über Vogels Besuche waren Beckmann zufolge indes von „erschütternder Banalität“.

BEGEGNUNGEN MIT HONECKER

Anders als andere Ministerpräsidenten scheute Vogel vor Besuchen bei Honecker zurück, um diesen nicht zu sehr aufzuwerten. Jedoch traf auch er dreimal mit dem Staatsratsvorsitzenden zusammen. Beim ersten Besuch in Ost-Berlin im Februar 1987 war er in offizieller Mission des Kanzleramts unterwegs, um die Wogen nach dem Wahlkampf zu glätten, in dem Kohl von politischen Gefangenen „in Gefängnissen und Konzentrationslagern“ in der DDR gesprochen hatte. Trotz aller Konzilianz wich Vogel kontroversen Themen nicht aus und beharrte bei den deutschlandpolitischen Streitthemen auf dem Standpunkt der Bundesregierung. Beim zweiten Treffen im September 1987 im Rahmen des Bundesrepublik-Besuchs von Honecker in Trier standen nach der Besichtigung des Karl-Marx-Hauses Wirt-

schaftsbeziehungen, Städtepartnerschaften und Petitionen in humanitären Angelegenheiten im Mittelpunkt des Gesprächs. Die innerdeutschen Probleme brachte Vogel in seiner Tischrede bei dem anschließenden Mittagessen zur Sprache. Im Rückblick bewertete er Honeckers Visite positiv, da sie Voraussetzung für den massiven Ausbau des Besucherverkehrs gewesen sei.

Vogel, der Ende 1988 als CDU-Vorsitzender von Rheinland-Pfalz abgewählt worden und als Ministerpräsident zurückgetreten war, wandte sich als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung ab 1989 verstärkt Osteuropa zu. Die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung waren Voraussetzungen für seine zweite Karriere als Ministerpräsident von Thüringen. Vogel hielt sich allerdings angesichts des „Himmelfahrtskommandos“ die Rückkehr in die Stiftung offen, blieb aber bis 2003 in Erfurt.

Beckmann hat ein lesenswertes Buch geschrieben, das von umfangreicheren persönlichen Quellen, etwa aus den Papieren Vogels, sicher noch profitiert hätte. Überdies lässt sich erst vor dem Hintergrund einer noch zu schreibenden Biographie ermesen, welche Rolle die Ost- und Deutschlandpolitik für einen Ministerpräsidenten spielte, der vornehmlich mit anderen Dingen befasst war. Ein erster wichtiger Beitrag dazu liegt indes mit der Studie Beckmanns vor.

Der Weg zur modernen Volkspartei

—
Die CDU in den 1970er-Jahren

In seinem umfangreichen Werk zur Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) hat der Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Bernd Faulenbach, die 1970er-Jahre selbstbewusst zum „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ erklärt.¹ Fraglos ist es die Zeit von „Mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt). Die Geschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), die nach dem Machtwechsel 1969 erstmals auf die harten Bänke der Opposition verwiesen worden war, wird in der Literatur dagegen vielfach verkürzt und auf wenige Themen reduziert wiedergegeben. Meist geht es um das Ringen der christdemokratischen Bundestagsfraktion um eine einheitliche Position zu den Ostverträgen, den Machtkampf zwischen Rainer Barzel und Helmut Kohl sowie um die Querelen mit der Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU), und ihrem mächtigen Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

Dass sich die CDU ab Ende der 1960er-Jahre sukzessive zu einer modernen Volkspartei entwickelte, wird – von wenigen Ausnahmen abgesehen² – in der Forschung bislang nur wenig thematisiert, wurden doch in den 1970er-Jahren entscheidende Weichen gestellt, die den Weg der Partei bis heute prägen. Die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik hat es sich zum Ziel gesetzt, hierbei neue Akzente zu setzen. Eine wissenschaftliche Tagung, die 2018 in Berlin stattfinden wird, soll die programmatische und organisatorische Reformphase der CDU in den 1970er-Jahren in den Blick nehmen und dadurch neue Impulse für die weitere Forschung geben.

So war das Ende der Regierungszeit 1969 für die CDU zwar einerseits ein tiefer und schmerzlicher Einschnitt, gleichzeitig aber auch Auftakt zu einer Phase umfassender innerparteilicher Reformen. Mit dem Regierungswechsel ging in der CDU zudem ein Generationenwechsel einher. „Die Jungen“, wie Rainer Barzel und Helmut Kohl, machten sich nach dem Tod Konrad Adenauers 1967 daran, die CDU zu einer modernen Volkspartei weiterzuentwickeln und von ihrem Gründungsvater zu emanzipieren. Auch der Beitrag, den die „alternativen 68er“ leisteten, darf nicht unterschätzt werden. In Reaktion und als Antwort auf die Studentenrevolte, die mit dem Tod Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 einen ersten tragischen Höhepunkt erreichte, engagierten sie sich in der Politik: in der Jungen Union, im Ring Christlich-Demokratischer Studenten und in der CDU. Zu ihnen zählten Peter Radunski, Wulf Schönbohm oder Gerd Langguth, die in den Reformjahren entscheidende Impulse für die Modernisierung der CDU gaben.

Für die Entwicklung der CDU spielte dabei der gesellschaftliche Wandel eine wesentliche Rolle: Die politischen Parteien mussten sich nun mit Pluralisierung, Individualisierung und Emanzipation sowie den Forderungen nach weitergehender Demokratisierung und Partizipation auseinandersetzen. Hinzu kamen die damit einhergehende Auflösung alter Milieus und Vereinesetze sowie die abnehmende Kirchenbindung, die insbesondere die CDU traf. Vor diesem Hintergrund prophezeiten einige, dass die CDU zu einer ländlichen Kleinpartei schrumpfen würde. Alarmiert durch solche Szenarien, wurde der Mitgliederwerbung eine zentrale Rolle beigemessen. Dabei sollte die Partei nicht nur quantitativ wachsen. Vielmehr war es das Ziel, Mitgliederschichten zu gewinnen, die man bislang vernachlässigt hatte: junge Menschen, Arbeiter und Frauen. Inwiefern beeinflussten diese neuen Mitglieder die Partei? Veränderten sie die Mitgliederstruktur so nachhaltig, dass sich auch die politische Agenda verschob?

Insgesamt waren die 1970er-Jahre das Jahrzehnt der Parteiprogramme. So stellte Rainer Barzel rückblickend inhaltliche Defizite innerhalb der Union fest: „Wir müssen irgendwann in den 60er-Jahren, und zwar wir alle, die geistige Führung verloren haben“ (Januar 1973). Eine umfassende Programmarbeit setzte ein, die 1978 in der Verabschiedung des ersten

Grundsatzprogramms in der Geschichte der CDU auf dem Parteitag in Ludwigshafen gipfelte. Was waren die Erwartungen an das Programm? Konnte sich die CDU damit als moderne Volkspartei präsentieren und Zukunftsvisionen aufzeigen, ohne ihren geistigen Kern zu verlieren? Und würde es der Partei gelingen, diese Grundsätze auf die praktische Politik zu übertragen?

Dass die CDU moderne Volkspartei werden wollte, zeigte sich auch an der Demokratisierung und Professionalisierung der Parteiarbeit. Diese Entwicklung hatte Auswirkungen auf das Verhältnis von Partei und Fraktion: Lange war die CDU vorwiegend aus dem Kanzleramt heraus geleitet worden. Mit dem Regierungswechsel füllte zunächst die Bundestagsfraktion das entstandene Machtvakuum aus. Erst in den 1970er-Jahren entwickelte sich die Partei zu einem wirklich eigenständigen politischen Entscheidungszentrum. Dabei stellten sich die Fragen, wie sich die parteiinternen Entscheidungsabläufe veränderten, welchen Einfluss Landes- oder Kreisverbände auf die Politik im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hatten und auf welche Weise sich die Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU einbringen konnten.

Die CDU nutzte die Zeit der Opposition, um sich umfassend zu regenerieren, indem sie sich organisatorisch und programmatisch modernisierte. Die Reformphase in den 1970er-Jahren trug schließlich dazu bei, dass die CDU bei der „Wende“ 1982 gut aufgestellt war.

Kathrin Zehender

*Wissenschaftliche Referentin, Abteilung Zeitgeschichte,
Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik*

¹ Vgl. Bernd Faulenbach: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011.

² Vgl. dazu insbesondere Wulf Schönbohm: *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980*, Stuttgart 1985; Frank Bösch: „Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren“, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 296–309.

**ZWISCHEN MENSCHHEITSTRAUM
UND MENSCHHEITSALBTRAUM**

Utopia hat offenbar seit jeher viele Anhänger. Thomas Morus' *Von der besten Staatsverfassung und von der neuen Insel Utopia, ein wahrhaft goldenes Büchlein, genauso wohltuend wie heiter* ist nach der Bibel das meistgedruckte Buch der Welt. Im Zeitalter der Entdeckungen und der Reformation – disruptive Veränderungen für wahr – erschien es 1516 erstmalig im flandrischen Löwen. Die dritte, Baseler Ausgabe von 1518 enthielt Illustrationen von Ambrosius Holbein, darunter die fiktive Landkarte rechts.

Der Holzschnitt zeigt die ferne Insel „Nirgendwo“ („ou-topia“), mit ihrer Hauptstadt „Amaurotum urbs“ („Nebelstadt“) und dem reichlich strömenden Fluss „Anydrus“ („wasserlos“). Links unten ist der lebhaft gestikulierende Seefahrer „Hythlodaeus“ („Geschichtenerzähler“, aber auch „Schwätzer“ oder „Aufschneider“) zu sehen, der als fiktiver Augenzeuge einem Gelehrten, wohl Thomas Morus, von seiner Reise nach Utopia berichtet. Dass der Umriss von Insel und Dreimaster einem amorphen Totenschädel gleicht, ist als weitere wortspielerische Andeutung von „Morus“ und „mors“ („Tod“) interpretiert worden. Aber ist es das allein? Besitzt nicht schon die Utopie des Thomas Morus – Prototyp aller Utopien des modernen Denkens – etwas Unheimliches? Offensichtlich scheint aus ihr die Dystopie bereits hervor.

Die Zweifel an der eigenen Utopie sind in Thomas Morus' Buch nicht allein mit den sprachlichen Ironiesignalen angelegt. Bahnbrechend neue Gedanken – ihrer Zeit um Jahrhunderte voraus: ein gewählter Präsident, Selbstverwaltung anstelle staatlicher Gewalt, ein Sechs-Stunden-Arbeitstag – werden ebenso entwickelt wie Charakteristika totalitären Horrors: Einheitskleidung, Sozialtechnologie, Beglückungszwang, sogar Euthanasie für diejenigen, die „unproduktiv“ sind.

Zwischen Menschheitsträumen und Menschheitsalpträumen liegt nur ein schmaler Grat. „Real existierende“ Gesellschaftsutopien der Vergangenheit haben das auf schreckliche Weise gezeigt. Wenn sie heute beispielsweise in autoritären Retro-Utopien neu Gestalt annehmen oder wenn die Biotech-Labore dieser Welt an der Perfektionierung des Menschen forschen, dann wird deutlich, dass die erfahrungsgesättigte Vorsicht weicht.

Der heilige Thomas Morus ist im Jahr 2000 von Papst Johannes Paul II. nicht wegen seines weitreichenden Gesellschaftsentwurfs zum „himmlischen Patron der Regierenden und Politiker“ ernannt worden, sondern mit Hinweis auf das Primat des Gewissens und die „erhabene Würde, die der menschlichen Person zukommt, da sie die ganze Dingwelt überragt und Träger allgemeingültiger sowie unverletzlicher Rechte und Pflichten ist“ (*Gaudium et spes*).

Die Insel Utopia.
Holzschnitt von Ambrosius Holbein (um 1494–1519) aus der Ausgabe Basel (Froben) 1518, 17,8 × 11,8 cm, Kunstmuseum Basel.
© akg-images



Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2018
zum Thema

Ich

Zum Verhältnis von Politik und Individuum

Mit Beiträgen unter anderen von Juliane Schäuble,
Dorothea Weltecke, Eckart von Hirschhausen und Jürgen Kaube.

IMPRESSUM

Nr. 547, November/Dezember 2017, 62. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering
und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Marcel Serr (Redaktionsmitarbeiter)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

*mit
Vertrauen*

IN DIE ZUKUNFT

Redaktionsbeirat

Alexander Brakel, Ulrike Hospes,
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



GEMEINSAM MEHR ERREICHEN

DER FREUNDKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

Der Freundeskreis bietet all jenen eine Heimat, die sich den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers verbunden fühlen und auf dieser Basis ihren Teil zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten wollen.

Die Förderer des Freundeskreises gehören zur „KAS-Familie“ und stehen in regelmäßigem Kontakt mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie erhalten kostenlos aktuelle Informationen über Arbeitsschwerpunkte und auf Wunsch erstellen die Experten der Stiftung individuelles Informationsmaterial zu ausgewählten politischen Themengebieten.

Exklusiv für den Freundeskreis bietet die Stiftung Seminare mit hochkarätigen Referenten an. Unterstützt vom internationalen Netzwerk der KAS ermöglichen politische Studienreisen den Förderern einmalige Einblicke und unvergessliche

Eindrücke der besuchten Länder und ihrer Politik, Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit und hohe Qualität des Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung langfristig zu sichern. Wir bedanken uns für Ihr Engagement!

Weitere Informationen über den Freundeskreis und den jährlichen Förderbeitrag finden Sie unter www.kas.de/freundeskreis

Ihr Ansprechpartnerin:
Dr. Christine Wagner
Telefon: 030/26996-3256
Telefax: 030/26996-53256
christine.wagner@kas.de

Freundeskreis
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23 | 10785 Berlin



FREUNDKREIS
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

LUDWIG ERHARD – DEUTSCHLANDS GRÖSSTER MUTMACHER

NEUES ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

**MIT BEITRÄGEN U. A. VON VALDIS DOMBROVSKIS, LARS P. FELD,
REGINA GÖRNER, CARSTEN LINNEMANN,
ALFRED C. MIERZEJEWSKI, ANDREAS MUNDT, FRIEDRUN QUAAS,
WOLFGANG SCHÄUBLE, ASHOK SRIDHARAN**



**ERHÄLTlich
PER E-MAIL ODER
PER POST ***

Den Deutschen geht es insgesamt so gut wie nie zuvor. Dennoch sind viele tief verunsichert. Globalisierung und Digitalisierung wecken Skepsis und Zweifel. Was würde Ludwig Erhard heute raten? Er ist Deutschlands größter Mutmacher.

Sonderausgabe der
Politischen Meinung
5 Euro

* Bestellen Sie hier

per Mail: politische-meinung@kas.de

per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin